

A U S Z E I T

auszählen (sw, V.), (Boxen: Ein am Boden liegender, hockender, sitzender Boxer wird vom Ringrichter im Sekudentempo von 1 bis 9 ausgezählt, bei 10 ist er ausgezählt und der Kampf ist beendet (Knock-out).

Auszeit, die;-; -en (Basketball, Volleyball): Pause, Spielunterbrechung, die einer Mannschaft nach bestimmten Regeln zusteht. Die A. ist e. wesentliche Maßnahme, um auf das Geschehen Einfluß zu nehmen. Auszeit wird genommen, um taktische Maßnahmen für den Angriff oder die Verteidigung zu besprechen, der Mannschaft eine Erholungspause zu verschaffen, bei hektischer Spielweise das Spiel zu beruhigen, den Spielfluß des Gegners zu unterbrechen und die Mannschaft psychisch wieder aufzurichten.

Die Auszeit ist nur effektiv, wenn sie optimal genutzt wird. Taktische Anweisungen werden möglichst knapp und klar gegeben.

auszementieren (sw, V.): die Innenseite von etw. mit einer Zementschicht versehen: einen Schacht, einen Keller auszementieren.

IMPRESSUM

Herausgeber	World University Service Goebenstraße 35 65195 Wiesbaden Tel.: 0611/446648
Redaktion	Günther Boege
Satz	Thorsten Enderlein
Titel	AG für Design und Kommunikation Wiesbaden
Druck	Gegendruck Scharnhorststraße 9 65195 Wiesbaden Tel.: 0611/441320
Bezug	WUS

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck mit Quellenangaben
erlaubt gegen Übersendung von
zwei Belegexemplaren

INHALTSVERZEICHNIS	Seite
Zum Heft	5
Vorbemerkungen zum Projekt: Ausgangspunkte	9
 PROJEKTANTRAG UND PROJEKTDESCHREIBUNGEN:	
Projektantrag I	16
Projektantrag II (verkürzte Laufzeit)	27
 Werbung -	
Die Hochschulen als Kooperationspartner - ein Bettelbrief	32
 Projektkommunikation	
Zum Beispiel: Informationsbriefe	38
 Am Ende des Projektes (1995) -	
Einige Ergebnisse und Schlußfolgerungen	44

SITUATIONSBERICHTE "VOR ORT"

Oliver Diehl, Einen Schritt vor und zwei zurück - Die undankbare Aufgabe eines Projekt-Koordinators in Mainz	56
Hans-Jürgen Schmidt, Projektarbeit in Darmstadt	71
Ahmad Hosseinizadeh und Gottfried Mergner, Das Oldenburger Modell im Rahmen des Projektes <Informieren statt Kapitulieren>	80
Fazit Was bleibt - Erkenntnisse aus der Projektarbeit in Dresden, Leipzig und Oldenburg - 3 Interviews	89

PERSPEKTIVEN

Günther Boege, Das Ausländerstudium - Ein Beispiel für heimlichen Rassismus an der Hochschule?	126
---	-----

ANHANG

Verzeichnis der lieferbaren AUSZEIT-Hefte	139
---	-----

ZU DIESEM HEFT

Nach langer Pause wieder eine AUSZEIT:

Das vorliegende Heft erscheint als erstes (Doppel-)Heft mit mehr als einem Jahr Verspätung.

Die Verzögerung entstand vordergründig durch die personell und materiell eingeschränkten Arbeitsbedingungen der Redaktion - aber die sind nichts Neues und wurden ja auch bisher irgendwie gemeistert. Eigentlicher Anlaß für die Verzögerung war jedoch eine Kontroverse zwischen Redaktion und Vorstand über die Präsentation der Ergebnisse des WUS-Projektes INFORMIEREN STATT KAPITULIEREN in der Öffentlichkeit - eben als AUSZEIT-Heft.

Als normaler Projektbericht? Als Dokumentation? Als kritische Bestandsaufnahme? Beschlossen wurde schließlich ein Kompromiß, in dem Teile des Projektberichts einfließen, der sich aber im wesentlichen kritisch mit dem Projekt selbst auseinandersetzen versucht - mit seiner Anlage, seiner Zielsetzung und Durchführung, seinen Trägern. Und seinem Ergebnis! Rassismus, so mußten wir lernen, findet in der Hochschule zwar statt, aber er wird nicht zur Kenntnis genommen, viel weniger bekämpft.

Übrigens scheint es, als habe die lange Auseinandersetzung um das vorliegende Heft auch sein Gutes gehabt: Vorstand und Redaktion haben gemeinsam ein Redaktions-Statut erarbeitet, und tendenziell soll die Redaktion künftig aus einem Team von drei oder vier (ehrenamtlichen) RedakteurInnen bestehen.

Zum Thema des Heftes:

Die Laufzeit des Projektes fiel unglücklicherweise mit dem allgemeinen Zwang zum Sparen zusammen - entsprechend erging es seiner finanziellen Ausstattung. Das bedeutete zum Beispiel, daß kurz vor der geplanten Realisierung des Projektes Finanzierung und inhaltliche Ausrichtung rigoros reduziert werden mußten (s. Projektantrag I und II). Trotzdem gab es Ergebnisse und es können Schlußfolgerungen gezogen werden. Eine der Erkenntnisse war, daß die Hochschulen an den Fragen des Projektes nicht so interessiert waren, wie das den aktuellen politischen Ereignissen in Deutschland angemessen gewesen wäre.

Die sanfte Kritik an der unpolitischen Haltung der Germanistik in den fünf Nachkriegsjahrzehnten der Bundesrepublik, die der Bundespräsident zur Eröffnung des Germanistenkongresses im September 1996 in Frankfurt übte, kann auf die gesamte Hochschul-Landschaft ausgedehnt werden: es ist schon erstaunlich, wie wenig Erkenntnisse und Anregungen von hier zu den grundsätzlichen Problemen von Land und Gesellschaft in der Vergangenheit ausgegangen sind. So scheint es, als sei die Hochschule von dem "neuen" Problem der Ausländerfeindlichkeit und des Rassismus in keiner Weise berührt.

Gleichwohl sind die Hochschulen für die Arbeit des WUS sehr wichtige Ansprech- und Kooperationspartner. Aber es kann nicht behauptet werden, daß das Projekt INFORMIEREN STATT KAPITULIEREN als Versuch, rassistische Tendenzen an den Hochschulen zu "outen" und Gegenstrategien zu entwickeln, dort immer auf offene Ohren gestoßen wäre, weder bei den Leitungen, noch in der Professorenschaft, noch bei den deutschen KommilitonInnen. Auch als sich die Projektarbeit immer mehr auf die Gruppe der ausländischen Studierenden konzentrierte, ihre Studienbedingungen aufzeigte, bei denen rassistische Zumutungen nicht die geringsten Schwierigkeiten bedeuten, und sich für grundsätzliche Veränderungen einsetzte, konnte sich kaum eine Hochschule innerhalb des

Projektverbündes entschließen, engagiert oder gar enthusiastisch die Auseinandersetzung mitzutragen.

Vermutlich hat das sehr viel zu tun mit dem zunehmend eingeschränkten organisatorischen Rahmen der Hochschulen und ihrer reduzierten Gestaltungskompetenz, natürlich auch mit ihren inzwischen dramatisch reduzierten finanziellen Spielräumen. Aber es hat sicherlich auch sehr mit dem Snobismus und einer gewissen Ignoranz zu tun, mit denen Wissenschaft und Forschung in Deutschland traditionell alles betrachten und bewerten, was außerhalb der eigenen Sphäre gedacht und entwickelt wird. Und das ist dann vielleicht schon eine Art von Eurozentrismus, der bereits hart an die Grenzen rassistischer Vorstellungen stößt.

Da sind dann ausländische Studierende, die ja hier erst Wissenschaft und Forschung lernen wollen, ganz besonders wenig in ihrem Blickfeld, und es darf niemanden verwundern, daß in diesem Bereich die Bewerbungen um einen Studienplatz in den letzten Jahren auffallend zurückgegangen sind.

Geht die Zahl der ausländischen Studienbewerber in Deutschland in den letzten Jahren auch deshalb kontinuierlich zurück?

Gehören die diese konkreten Projekt-Erfahrungen mit einer distanzierten Hochschulverwaltung und desinteressierten Professoren, mit deutschen Studierenden, die den ausländischen Kommilitonen gern übersehen, mit Präsidenten und Rektoren, die sich nur schwer den Blick schärfen lassen für die Probleme einer relativ großen Minderheiten-gruppe unter ihren akademischen Bürgern, in die Bestandaufnahme eines Projektes? Und wenn ja - wie? Stört Kritik die weitere Zusammenarbeit?

Diese redaktionellen Irritationen wurden übrigens zunächst salomonisch gelöst: Das vorliegende Heft beschreibt das Projekt weniger dokumentarisch als politisch wertend. Im

wesentlichen geben die Beiträge örtliche Verhältnisse wieder und setzen sich mit ihnen auseinander. Dabei kommen sehr unterschiedliche Einschätzungen heraus - auch vom Wert eines Projektes wie INFORMIEREN STATT KAPITULIEREN an sich (s. besonders die Gespräche im Kapitel "Fazit"). Im großen ganzen will das Heft also weniger Sachbericht sein, als eher etwas von der aktuellen Hochschul-Atmosphäre vermitteln, in der das Projekt stattgefunden hat.

Der eigentliche Projektverlauf liegt demnächst in einer umfangreichen Dokumentation von geringer Stückzahl vor, in der die Planung und Durchführung des Projektes an authentischem Material selbst nachvollzogen werden kann. Sie kann über die Geschäftsstelle des WUS gegen Rechnung bezogen werden.

DIE REDAKTION

Vorbemerkungen zum Projekt: AUSGANGSPUNKTE

Anfang 1993 entwickelte WUS mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (damals: Ministeriums für Bildung und Wissenschaft) ein Konzept für die Bekämpfung rassistischer Übergriffe an den Hochschulen.

Ausgangspunkt der Arbeit dabei war die Überlegung, daß die Hochschule eine gesellschaftliche Institution ist, die selbstverständlich zeitgenössisches "Klima" atmet und zeitgenössische Probleme widerspiegelt und sie zeitgenössisch zu lösen versucht. Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in der Gesellschaft muß also auch innerhalb der Hochschule relevant sein.

Ab Mai 1993 richtete WORLD UNIVERSITY SERVICE dann das Projekt "**Informieren statt Kapitulieren**" an einigen Hochschulen in der Bundesrepublik ein. Das Projekt lief bis September 1995, die Zahl der teilnehmenden Hochschulen schwankte im Projektverlauf und pendelte sich bei 10 ein. Es waren Hochschulen unterschiedlicher Provenienz: Fachhochschulen, Universitäten, Technische Hochschulen, Massenuniversitäten, aber auch kleinere Hochschulen in Randgebieten, Hochschulen mit geringerer und starker ausländischer Studentenzahl, aus den alten und den neuen Ländern usw.

Absicht des Projektes war es, Rassismus an den Hochschulen zu erkennen und zu analysieren, über das Problem zu informieren und Strategien für eine Problemlösung im konkreten Hochschulalltag zu finden.

Es lag sowohl von der Sache als auch vom Projektbetreiber, WUS, her nahe, bei der Identifizierung rassistischer Ideologien in der Hochschule von der Gruppe der ausländischen Studierenden auszugehen, denn sie sind der Erfahrung nach "Opfer". Das Projekt war jedoch keineswegs so angelegt, daß die ausländischen Studenten von vornherein unmittelbar in das Projekt involviert werden sollten - das ergab sich erst im Verlauf der Projektrealisierung, allerdings bereits in seiner Anfangsphase.

Das Ergebnis des Projektes ist ambivalent: Wir können zwar jetzt sagen, Rassismus an den Hochschulen existiert, müssen aber einräumen, daß er sich schwer personell zuweisen läßt: er äußert sich im wesentlichen in einem **allgemeinen** wissenschaftlichen und menschlichen Verhalten. Das schließt nicht aus, daß es auch ein ausgesprochen persönliches diskriminierendes Verhalten gegenüber Ausländern an der Hochschule gibt, und zwar von seiten der Hochschullehrer ("Lernen Sie erst einmal richtig Deutsch, bevor Sie ..."), wie von seiten der deutschen KommilitonInnen oder einzelner Angestellter. Doch diese Haltung ist relativ vereinzelt und scheint zufällig. Zweitens: wir konnten darüber innerhalb der Hochschule frei informieren, aber wir trafen wenige, die uns zuhören wollten. Drittens können wir Wege vorschlagen, wie die Hochschulen sich dem Problem "Rassismus" stellen können, sie kosten jedoch nicht nur eine ernsthafte intellektuelle Auseinandersetzung über Aufgabe und Ziel unserer konkreten wissenschaftlichen Arbeit, sondern auch finanzielle und personelle Sondermittel, die in der üblichen Ausstattung nicht genügend vorhanden sind.

Die Konzentrierung der Projektarbeit auf die Gruppe der ausländischen Studierenden erfolgte in dem Moment, als uns allen offensichtlich wurde, daß sie die eigentlichen Betroffene eines verkappten Rassismus an der Hochschule ist, vor allem deshalb, weil er sich in „Ausgrenzung“ ausdrückt. Notwendigerweise geriet damit das "Ausländerstudium" selbst, seine Organisation, seine Intentionen und seine Zielrichtung in unser kritisches Blickfeld. Wir mußten feststellen, daß es nie in der Lage war - und auch nie den expliziten Auftrag hatte - die ausländischen Studierenden kulturell und intellektuell gleichberechtigt in den Hochschulalltag einzubinden, und

interpretierten dies als Indikator einer rassistischen Einstellung gegenüber der persönlichen sozialen und politischen Autonomie der ausländischen KommilitonInnen. Das Resultat ist Ausgrenzung. 'Ausgrenzen' kann auf vielerlei Art geschehen. Hier entsteht es vor allem durch Inakzeptanz der **persönlichen** Erfahrungen und Lebensentwürfe des ausländischen Studierenden und seiner kulturellen Identität und **allgemein** durch die Ignorierung seiner Andersartigkeit. Dies scheint allerdings selten bewußte Strategie zu sein, sondern eher Resultat einer Art Eurozentrismus.

Die Frage von Rassismus verknüpfte sich für das Projekt "Informieren statt Kapitulieren" in seinem weiteren Verlauf also an die Frage des Wohlergehens der ausländischen Studierenden unterschiedlichsten Herkommens an deutschen Hochschulen.

Wir konnten feststellen, daß Rassismus an den Hochschulen aus einer Vielzahl von Verhaltensweisen persönlicher und sozialer Art besteht. So erfahren beispielsweise ausländische Studierende in der Regel nur dann Aufmerksamkeit und Anerkennung bei ihren deutschen KommilitonInnen und Lehrern, bei ihren Vermietern und Arbeitgebern, wenn sie in ihrer Einstellung, ihrer Arbeitsweise und ihrem Arbeitserfolg dem deutschen Standard entsprechen. Dabei spielt es für diese Anerkennung meist keine entscheidende Rolle, ob dieser Standard inhaltlich immer kompatibel ist, es genügt, gewissermaßen als Unterwerfungsge-
ste, häufig **der Schein** einer Übereinstimmung.

Das bedeutet nichts anderes, als daß deutsche Professoren und Studierende nicht sehr neugierig sind auf fremde Lebensformen und -vorstellungen oder auf die unterschiedlichen Lebensperspektiven, die andere politische, ökonomische, kulturelle Verhältnisse und Denkstrukturen als die eigenen hervorgebracht haben. Anscheinend existiert für sie nur eine einzige legitime Form wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens: die eigene, die abendländisch-westliche. Insofern gibt es auch in den Hochschulen kaum Unterschiede zum Verhalten der deutschen Umwelt gegenüber den "ausländischen Mitbürgern" im normalen Alltag, die ja bekanntlich auch nach einem langen Leben in Deutschland keineswegs integriert sind, sich in ihr aufgenommen und heimisch sehen - gegenteilige Behauptungen von Politikern ändern daran nichts.

Dementsprechend kommt ein ausländischer Studierender in Deutschland immer noch am besten durch das Studium, wenn er sein Interesse

und seine Herkunft, seine Mentalität und seine Zukunftswünsche, kurz, seine Identität, für die Zeit seines Studiums in Deutschland auf Eis legt und sich affirmativ den Gebräuchen, auch den wissenschaftlichen und kulturellen Gebräuchen und Eigenheiten seiner gastgebenden Umgebung anschließt und möglichst allen hier geforderten Kriterien kritiklos entspricht.

Das Problem ist, daß diese Strategie des Mimikry nicht ohne Schaden an Seele und Intellektualität jahrelang ertragen werden kann, besonders nicht in dem Alter, in dem sich normalerweise die ausländischen Studierenden befinden, einer Entwicklungsstufe zwischen Adoleszenz und Erwachsenenesein, noch dazu allein, isoliert von ihrer gewohnten Umwelt und ihren vertrauten Bezugspersonen.

In vielen Fällen ist dieser kulturelle Verpuppungszustand aus ebendiesen Gründen vom einzelnen nicht durchzuhalten, weil er auf Verleugnung aller bisherigen eigenen Erfahrungen hinausläuft. Er erweist sich aber auch häufig als sinnlose Strategie, weil durch Anpassung der "Ruch des Fremden" grundsätzlich nicht ausgemerzt erscheint und die angestrebte Kommunikation mit der deutschen Umwelt somit kaum angenommen wird: es bleibt weitgehend soziale und kulturelle Isolierung.

Die deutschen Hochschulen verstehen sich als international, das Ausländerstudium, das heißt neben der Anwesenheit einer Vielzahl von ausländischen Studierenden natürlich auch eine Auseinandersetzung mit ihren Besonderheiten, Eigenarten, Möglichkeiten und Fähigkeiten, ist deswegen explizit erwünscht und wird auch entsprechend finanziell gefördert, nicht zuletzt deshalb, um Provinzialismus in der deutschen Wissenschaft zu überwinden. Die Hochschul-Wirklichkeit ist anders.

Zur Förderung gehört eben auch konstitutiv die Anerkennung fremden Denkens als gleichberechtigt, und zwar zunächst ohne irgendwelche Nützlichkeitsabwägungen, und das akzeptierende Eingehen auf fremde Wert- und Lebensvorstellungen. So ist schließlich das Bewertungsverfahren, das der ausländische Studierende vor Beginn seines Studiums in der Bundesrepublik über sich ergehen lassen muß, nicht gerade Ausdruck der Akzeptanz seiner kulturellen Eigenart - die Vorbereitung auf ein Studium an einer deutschen Hochschule könnte ohne die "Arroganz

der Macht" nun wirklich anders, kulturell solidarischer, menschlich und wissenschaftlich gerechter, vor allem aber sinnvoller und effizienter erfolgen, als dies die jeweiligen Kulturabkommen angeblich erzwingen.

Und warum ist der ausländische Studierende dem **Ausländergesetz** unterworfen, obwohl sein Aufenthalt von vornherein befristet ist und eine eindeutige, kontrollierbare Zielrichtung hat? Ist es gerecht im Sinne einer Chancengleichheit, im Sinne einer Gleichberechtigung, wenn neuerdings, im August 1997, vom Innenministerium wiederum neue Verwaltungsvorschriften erarbeitet werden, die die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen für ausländische Studierende noch rigider fassen, als das ohnehin bereits der Fall ist? (s. FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 29.8.97, S. 1) Soll von höchster Stelle Ausländerstudium endgültig verhindert werden?

Studieren unter einem Sondergesetz?

Ist die Tatsache, daß Ausländer unter den einschränkenden Bedingungen des Ausländergesetzes hier studieren müssen, daß sie also allein schon vom Gesetz her ihren deutschen Kommilitonen ungleichberechtigt sind - ist das nicht bereits eine Form von Diskriminierung, die Rassismus genannt werden muß? Ist es noch mit einem freien Studium vereinbar, wenn etwa das zweimalige Scheitern am Vordiplom für den ausländischen Studenten Ausweisung bedeutet? Sind die Einschränkungen eines Studienplatzwechsels, wie sie für ausländische Studierende gesetzt sind - und nur für sie - vereinbar mit den Vorstellungen einer eigenverantwortlichen Studienplanung, wie es in Deutschland seit jeher gang und gäbe ist?

Noch problematischer aber als diese gesetzlichen Sonderregelungen für den ausländischen Studierenden sind nach unseren Schlußfolgerungen aus dem Projektverlauf, daß diese Ungereimtheiten, Ungleichgewichtigkeiten und Ungerechtigkeiten für die deutsche, die "gastgebende" Seite, Normalzustand sind und nicht hinterfragt werden.

Aus diesen Erfahrungen ergaben sich die weiteren Projektschritte, vor allem der Versuch, innerhalb der Hochschule über den Sinn des Ausländerstudiums und die besonderen Bedürfnisse, Interessen und Probleme der ausländischen Studierenden erst einmal grundlegend zu informieren. Uns erschien das auch deshalb wichtig zu sein, damit sie

sich überhaupt einmal einigermaßen unbefangen in der Hochschulöffentlichkeit zu bewegen und ihre Sache möglichst selbst zu vertreten lernen. Dies scheint auch am ehesten Schutz vor Zumutungen und Angriffen zu gewährleisten: Selbstdarstellung und Öffentlichkeit.

Um diesen ersten Schritt gehen zu können, bedürfen die ausländischen Studierenden aber zunächst einmal der Unterstützung. Die Absicht dabei ist immer, sie in ihrer Eigenständigkeit zu akzeptieren und zu bestärken. Letzteres ist vielleicht der eigentliche Unterschied zu vielen derartigen Bemühungen, die auch schon in der Vergangenheit zum Alltag der Hochschulen gehört haben.

Es gibt an den Hochschulen und um die Hochschulen herum traditionell eine Reihe von entsprechenden Einrichtungen, angefangen von den Auslandsämtern und Studienberatungen bis hin zu den AStA-Vertretungen, den Studentengemeinden, den Studienkollegs, den verschiedenen Fördervereinen für das Auslandsstudium usw. Sie alle sind auch bisher in der "Ausländerarbeit" tätig gewesen, zum Teil sind sie hierfür aufgebaut worden. Aber ihre Tätigkeit ist bisher örtlich häufig unkoordiniert, häufig begreifen sie auch ihre Arbeit im wesentlichen immer noch als formal-organisatorisch und nicht im Sinne ihrer sozialen Dimension: Hilfe zur Selbsthilfe.

Von ihnen, besser gesagt: von einigen ihrer Mitarbeiter, lebte dann auch zum Gutteil das Projekt, ohne ihre engagierte Mitarbeit, die im Zweifelsfall immer Zusatzarbeit bedeutete, wäre weder seine Organisation noch seine Durchführung möglich gewesen. Sie waren stets ansprechbar, hilfsbereit und kooperativ.

Das gilt auch in hohem Maß für die studentischen Koordinatoren des Projektes - meist ausländische KommilitonInnen. Ihre Mitarbeit und ihr Einsatz ist umso bemerkenswerter, als relativ frühzeitig klar war, daß die Absichten des Projektes sich zeitlich und inhaltlich keineswegs so gradlinig und logisch realisieren ließen, wie dies die Planung intendierte. Das bedeutete für sie jede Menge - unbezahlte - Mehrarbeit.

Die Umwege und Verzögerungen des Projektverlaufs aber resultierten meistens aus der Schwierigkeit, die Projektabsichten, Aufdecken und Beschreiben rassistischen Denkens und Handelns in der Hochschule, in die Hochschul-Öffentlichkeit selbst hinein zu vermitteln. Ein wesentliches Ergebnis des Projektes ist dann wohl auch die Erkenntnis, das die

Projektabsichten dort aktuell auf keinen echten Bedarf stoßen, zumindest nicht innerhalb des deutschen "Ambiente".

Projekterfahrung war aber auch, daß dieser Bedarf geweckt werden kann. Dies ist hin und wieder phasenweise gelungen, jedoch ist es - mit wenigen Ausnahmen - niemals gelungen, das Anliegen des Projektes zu einer Sache der Hochschule selbst zu machen. Ausnahme ist zum Beispiel die Ringvorlesung an der Carl-von-Ossietzky-Universität, Oldenburg, über Wissenschaft und Bildung in ihrer globalen Vernetzung, WS 1995/96.

In diesem Heft wird also versucht, den Projektverlauf so darzustellen, daß seine Ansätze und Ziele für den Leser einigermaßen klar erkennbar sind und er Wirkungen, Erfolge und Fehler des Projektes selbst beurteilen kann - vielleicht auch erkennen kann, daß das Projekt mit seiner 3-Jahres-Laufzeit die Probleme nur aufzeigen, jedoch im großen ganzen nicht lösen konnte.

Das muß anderen Aktivitäten überlassen bleiben, langfristiger angelegten, besser ausgestatteten Unternehmungen, bei denen sich alle beteiligen, Deutsche und Ausländer, Studenten und Professoren, weil es ihr gemeinsames Interesse ist.

DIE PROJEKTLEITUNG

PROJEKTPLANUNG UND PROJEKTBECHREIBUNGEN

PROJEKTANTRAG I

Das Projekt wurde in Form eines Projektantrags erstmals Ende 1992 beschrieben (der Antrag selbst wurde im Frühling 1993 dem BMBW zur Förderung vorgelegt).

In ihm wurde sehr ausführlich die gegenwärtige Situation an den Hochschulen dargestellt. Als Hintergrund dieser Darstellung wurde bereits hier die Lage der ausländischen Studierenden skizziert. Sie sind jedoch nicht die einzige Zielgruppe der Projektarbeit. Genannt werden u.a. innerhalb der Hochschule vor allem die Dozentenschaft und die deutschen KommilitonInnen, außerhalb der Hochschule die Studierenden in den Schulpraktika (an Schulen mit einem erheblichen Anteil an ausländischen Schülern) bis hin zu den kommunalen Ausländergruppierungen.

Dadurch sollte sich eine relativ enge Verzahnung zwischen den gesellschaftlichen Bereichen ergeben als Konsequenz der Einsicht, daß Hochschule nicht im luftleeren gesellschaftlichen Raum existiert, also auch in ihr ähnliche Fremdenfeindlichkeit und rassistische Tendenzen zu finden sein mußten, wie sie in der übrigen Gesellschaft zu verzeichnen waren.

Zur Erinnerung: es waren die Jahre von "Rostock" und "Solingen", das Problem der Ausländerfeindlichkeit war noch nicht relativiert und verdrängt, sondern wurde hautnah und öffentlich erfahren.

Gedacht war an eine möglichst enge Kooperation zwischen "außen" und "innen". Vermittlungsträger sollten Personen und Institutionen mit Zwischenstellung sein, also etwa studentische PraktikantInnen, Studentengemeinden, Delegierte der kommunalen Ausländergruppierungen usw.

Der Projektantrag (November/Dezember 1992) ist ziemlich umfangreich. Deswegen sollen hier nur Ausschnitte aufgeführt werden, die den inhaltlichen und intentionalen Duktus des geplanten Projektes kurz aufreißen.

In "Darstellung und Beschreibung" der Problematik heißt es beispielsweise:

Offene und direkte ausländerfeindliche Tendenzen in den Hochschulen haben zugenommen. Fast jeder ausländische Student erfährt während des Studiums mehr oder weniger gravierende Diskriminierungen. Sie drücken sich beispielsweise darin aus, daß mangelnde Perfektion in der Sprachbeherrschung durch den Dozenten in unverhältnismäßiger Form qualifiziert wird oder daß studentische Arbeitsgruppen ausländische Kommilitonen mehr oder weniger systematisch ausgrenzen.

Derartige Reaktionen erfolgen häufig aus einer ethnozentrierten Grundhaltung heraus, die vor allem die intellektuelle und kulturelle Autonomie und die entsprechenden Fähigkeiten von Studierenden aus der sogenannten Dritten Welt grundsätzlich und von vornherein in Frage stellt. Sie sind in ihrer Unflexibilität weder förderlich für einen allgemeinen effektiven vorurteilslosen wissenschaftlichen Diskurs, der ja wichtiges Kriterium eines Hochschulstudiums darstellt, noch sind sie für das soziale Klima einer Hochschule förderlich, das substantiell auf einem gemeinsamen und gleichberechtigten Denken und Handeln basiert. Sie können damit geradezu die unbefangene Aneignung von Wissenschaft und Studieninhalten konterkarieren, die das notwendige Umsetzen ihrer Ergebnisse in selbständiges, geschichtlich und sozial begründetes intellektuelles Handeln ermöglicht. Dies aber ist ausdrückliches Desiderat des Ausländerstudiums, wie es im Augenblick in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet.

Eine weitere Diskriminierung, die fast jeder ausländische Student während seines Studiums in der Bundesrepublik erfährt - und da gibt es wenig Unterschiede zwischen Studenten aus der "Dritten Welt" und Studenten aus dem EG-Raum oder Nordamerika - ist seine soziale und kulturelle Ausgrenzung, die ebenfalls in einer sehr allgemeinen ethnozentrierten Haltung wurzelt und nicht mehr ohne weiteres in der Lage ist, "Fremdes" als Ergänzung eigener Lebensvorstellungen und Erfahrungen zu begreifen, es gar als Bereicherung zu empfinden.

Gerade aus dieser Ignorierung fremder Vorstellungen, Erfahrungen und Meinungen, die häufig mit provinziellem Denken korrespondiert und somit dem Begriff der Wissenschaftlichkeit massiv entgegensteht, ergeben sich gravierende materielle Schwierigkeiten der ausländischen Studenten während ihrer gesamten Studienzzeit, die häufig den erfolgreichen Studienabschluß verhindern. Dazu gehören etwa die stark reduzierten Möglichkeiten für den einzelnen Studenten, in einem kontinuierlichen gemeinsamen Denken und Handeln mit den deutschen Kommilitonen eine für sein Studium nahezu unerläßliche Beherrschung der deutschen Sprache zu erreichen.

Dies verstößt jedoch nicht nur gegen das existentielle Interesse des ausländischen Studenten, sondern auch entscheidend gegen die öffentlich vielfach bekundeten Absichten auf Regierungsebene, die in der Bundesrepublik mit dem sogenannten Ausländerstudium stets verbunden waren, zum Beispiel eine Internationalität der Wissenschaft und Forschung zu gewährleisten, für die entsprechend erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden und werden.

Ein weiterer Punkt sollte in diesem Zusammenhang beachtet werden: Durch die fast allgemeine Nicht-Beachtung der spezifischen Situation, das spezifische Herkommen, die spezifischen intellektuellen und kulturellen Fähigkeiten, Erfahrungen und Perspektiven der ausländischen Studenten ist die Hochschule in der Bundesrepublik auch wenig in der Lage, in der gegenwärtigen politischen und sozialen Situation, die durch ein tiefes und oft genug sich aggressiv äußerndes Unbehagen gegenüber allem Fremden geprägt ist, die Rolle eines kundigen Vermittlers und Aufklärers zu übernehmen.

Diese Rolle muß die Hochschule jedoch langfristig übernehmen, um in der sozial und politisch notwendigen Entwicklung des Nationalstaats des 19. Jahrhunderts zu einem funktionierenden politischen Teil innerhalb der zukünftigen Völkergemeinschaft des 21. Jahrhunderts ihrem gesellschaftlichen Auftrag gemäß handeln zu können.

Das geplante Projekt soll daher das wissenschaftliche Nachdenken über das Ausländerstudium, die Aufarbeitung der damit verbundenen Probleme, das intellektuelle und soziale Eingehen auf die ausländischen Studenten und ihren besonderen historischen und kulturellen Hintergrund zu reflektieren versuchen und den gleichberechtigten und menschlichen Umgang mit ihnen auch für die "Außenwelt" beispielgebend fördern.

Hier folgen historische Einschätzungen der organisatorischen und intellektuellen Situation an deutschen Hochschulen im allgemeinen und bezüglich der Position des einzelnen Studenten in der heutigen Massenuniversität. Auf diesem Hintergrund wird dann noch einmal die Situation der ausländischen Studierenden dargestellt mit den wenigen Möglichkeiten einer intellektuellen und kulturellen Integration:

Nicht anders ergeht es dem einzelnen Studenten mit seinem Kommilitonen. Gegenseitige Verantwortlichkeiten beginnen abzubrockeln. Da der einzelne sich in der Hochschule kaum noch wissenschaftlich und menschlich aufgehoben fühlt, sondern sie weitgehend nur noch pragmatisch sehen kann, als notwendige Vorstufe einer bestimmten Berufsperspektive etwa, fühlt er auch keinen Anlaß, sich ernsthaft mit den Lehr- und Studienangeboten auseinanderzusetzen, geschweige denn mit den dahinterstehenden Menschen. Damit stirbt aber auch eine Maxime akademischen Lernens und weicht der inhaltlichen Beliebigkeit. (...) Die ausländischen Studenten sind verhältnismäßig wehrlos dem sich daraus entwickelten Desinteresse ausgesetzt, zumindest die Studenten aus den Entwicklungsländern, in denen etwa aus der familialen Situation heraus, das Interesse und die Neugier am "Nächsten" noch vorhanden ist. Sie reagieren darauf vielfach eingeschüchtert und zurückweichend. Und diese Haltung verdoppelt den Effekt ihrer sozialen Isolierung, der als Konsequenz oft das Symptom der Sprachlosigkeit hat: auch die ausländischen Studenten setzen sich, wenn auch aus

anderen Gründen, mit ihren deutschen Kommilitonen und Dozenten wenig und immer weniger auseinander. Die Folge ist, daß die Gruppe der ausländischen Studenten in ihrer Unverwechselbarkeit nur noch wenig wahrgenommen wird, und demzufolge auch die Verantwortlichkeit ihnen gegenüber kaum (mehr) vorhanden ist, und zwar weder von seiten der deutschen Studenten, noch von seiten der Dozenten.

Als Zielsetzungen des Projektes, Darstellung und Kritik eurozentrischer Vorstellungen als Nährboden für Rassismus, werden vor allem angegeben:

- *Informationen über die Gruppe der ausländischen Studenten*
- *Mobilisierung demokratischer Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus*
- *Unterstützung einschlägig arbeitender Gruppen und Institutionen:*

Das Projekt setzt einerseits im wesentlichen auf den korrigierenden Einfluß von Information und Aufklärung, die innerhalb der Hochschule in der Regel über Seminare und Veranstaltungen stattfinden, außerhalb der Hochschule in Podiumsdiskussionen, Vorträgen u.ä., andererseits auf die praktische Auseinandersetzung mit allen offenen und versteckten Erscheinungen von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Gleichgültigkeit gegenüber den Interessen und Bedürfnissen des anderen. Der andere: das ist in diesem Zusammenhang zunächst der ausländische Studierende.

Wenn man davon ausgeht, daß sein eigentliches Problem in Hochschule und Gesellschaft seine häufig hochgradige soziale Isoliertheit ist, sollen "Aufklärung und Information" erst einmal dem Verständnis seiner Situation dienen. Die Vorstellung dabei ist es, daß der andere desto weniger ignoriert werden kann, je mehr man von ihm weiß - die Vorbedingung für eine Auseinandersetzung mit ihm, die wiederum neue Einsichten und Erkenntnisse hervorbringen kann. (...)

In den geplanten Orientierungsveranstaltungen, die sich über das erste Semester hinziehen und für ausländische u n d deutsche Studierende

eingrichtet werden sollten, sollte fächerübergreifend gearbeitet werden, ähnlich wie das in den (hessischen) Fachbereichen "Sozial- und Kulturwissenschaften" der Fachhochschulen der Fall ist. Diese Seminare sollen nicht nur über den Studienablauf und die Studieninhalte informieren, sondern thematisch auch die Möglichkeit bieten, die verschiedenen vertretenen Kulturen in der konkreten Auseinandersetzung/Diskussion als gleichberechtigt zu erfahren und in ihrer besonderen Begründung achten zu lernen.

Vor allem im Zusammenhang mit den geplanten Orientierungsveranstaltungen sollte bereits eine Zusammenarbeit mit Gruppen angestrebt werden, die in den Bereichen mit Ausländerbezug hochschulintern (z.B. Dritte-Welt-Gruppen) oder außerhalb der Hochschule, etwa als Betreuer von Kindern von Aussiedlern, Asylbewerbern u.a., arbeiten und deren Erfahrungen eine gute Möglichkeit zum interkulturellen Austausch bieten.

Die Zielgruppen des Projektes ...

sind vor allem die ausländischen Studenten aus den Entwicklungsländern, die ASten und Auslandsreferenten, deutsche Studierende und Studentengruppen, die sich hochschulpolitisch mit der Problematik der "Dritten Welt" befassen, aber auch eine Studentenschaft, die sich individuell und unorganisiert mit den einschlägigen Problemen im weitesten Sinn befaßt und Interesse an der Auseinandersetzung mit dem "anderen" hat, z.B. Lehrer- und Pädagogikstudenten, die ehrenamtlich oder in ihrem Praktikum in die Arbeit mit Umsiedlern, mit Asylbewerbern u.a. oder in der Arbeit mit ihren Kinder eingebunden sind. Zielgruppe sind weiter die Mitarbeiter der Hochschuladministration, seien sie im Ausländeramt, in der Studienberatung oder in der Hochschulleitung beschäftigt, die Studentengemeinden als in der Ausländerarbeit sehr erfahrene Institutionen und eine Dozentenschaft, der auf Grund ihres Faches oder aus eigenem Engagement der Blick über den unmittelbaren kulturellen Tellerrand nützlich und notwendig erscheint und der die aktuelle, Fremden gegenüber unaufgeschlossene Situation in Hochschule und Gesellschaft Unbehagen verursacht.

Als Maßnahmen, Einrichtungen und sonstige Initiativen, sowie Einzelpersonen, die das Projekt verwirklichen und es später, nach einer gewissen Anlaufzeit, möglichst autonom weiterverfolgen sollten, wurden zum Beispiel vorgeschlagen:

- Studenten als Praktikanten in Schulen, Kindergärten, Freizeiteinrichtungen (mit vorwiegend ausländischen Kindern und Jugendlichen)
- Ausländische und deutsche Studenten als ehrenamtliche Betreuer in lokalen Flüchtlingsheimen und sonstigen Unterkünften: Hilfe bei Behördengängen, Sprachunterricht usw.

Außerdem wurde vorgeschlagen:

- Zusammenarbeit AStA/ausländische Kommunalvertretungen
- Zusammenarbeit Studienberatung/Ausländeramt und Studentengemeinden
- Kooperation Ausländerreferat/AStA und lokale Ausländerververtretungen (: Ausländische Studenten als Mit-Bürger)...

... und Maßnahmen innerhalb und außerhalb der Hochschule:

- Einführungsveranstaltungen für ausländische Studenten/Erstsemester (obligatorische Begrüßungen durch Hochschulleitung, AStA, Fachschaften usw., allgemeine Informationsveranstaltungen u.a.m.)
- Orientierungsveranstaltungen (Veranstalter: z.B. Auslandsamt, Studienberatungen, Fachschaften, AStA) exklusiv für ausländische Studienanfänger - eintägig bis ein-wöchentlich - als Foren auch multikultureller Information
- Feste (z.B. zum Semester-Beginn, zum Semester-Abschluß)

- Studienbegleitender Sprachunterricht
/ Vermittlung von Grundkenntnissen
/ Deutsch für Ausländer (DaF)
- Studienbegleitende Seminare - exklusiv für Ausländer/offen auch für deutsche Studenten: Allgemeine Fragen zu den Studieninhalten und zur Studienorganisation - offen auch für deutsche Studenten
- Wochenendseminare: Multi-/Interkulturelle Seminare/ Veranstaltungen (sozial- und kulturellreflektiv), z.B. zur ethnozentristischen Problematik
- Ringvorlesungen (disziplin-, fächer- und hochschulübergreifend) zu multikultureller Problematik
- Projektorientierte Seminare/Veranstaltungen zur ausländerspezifischen Innovation der Studiengänge (z.T. als Ferienakademie)
- Veranstaltungen mit Gastwissenschaftlern bzw. mit ausländischen Dozenten
- Wochenendseminare/Schulung in ausländerspezifischer Problematik für AStA-Referenten
- Öffentliche hochschulübergreifende Informationsveranstaltungen zu multikultureller Problematik, z.B.
 - / der Studentengemeinden, Studentenwerke, ASten
 - / der Hochschulleitungen, der Kommunalpolitiker, der kommunalen Ausländervertretungen
 - / der Hochschulvertretungen, der Gewerkschaften, lokalen Behörden/Ausländerbehörden, Kirchen
- / der Studentengemeinden, Studienberatungen, Auslandsreferenten, Vertrauenssdozenten verschiedener Hochschulen einer Region.

Das Projekt sollte im geplanten Umfang vorläufig nur an ausgewählten Hochschulen stattfinden, über deren Situation, Strukturen, Innovationsbereitschaft etc. entweder besondere einschlägige Kenntnisse vorlagen, und/oder die sich bereits in der einen oder anderen Weise um eine Lösung des vorliegenden Problems nachweislich bemüht haben, und/oder mit denen WUS (als Träger des Projektes) bei ähnlichen Aktivitäten kooperiert hat.

Träger wurden dann fürs erste und aus diesen besonderen pragmatischen Gründen die Universitäten Leipzig, Dortmund, Hamburg, Oldenburg, Frankfurt und Mainz, die Technischen Hochschulen bzw. Universitäten in Dresden und Darmstadt, die Gesamthochschule Kassel und die Staatlichen Fachhochschulen in Darmstadt und Frankfurt.

Als Träger des Projektes fungierte WUS. Ihm oblagen die gesamte Koordination und die zentrale Leitung des Projektes. Zu Koordinationszwecken wurde ein Beirat einberufen, der aus Vertretern der Hochschule und der Studentengemeinden bestand.

Die Projektplanung Ende 1992 war zunächst auf ein Jahr Laufzeit angesetzt. Entsprechend wurde der Projektantrag an den Co-Träger, das (damalige) Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW), formuliert.

Im geplanten Finanzrahmen (Kostenplan) des Projektes, immerhin eine sechsstellige Summe, waren als Personalstellen eine Leiterstelle und eine halbe Sachbearbeiter-Stelle eingeplant, aber auch Sachaufwendungen, die einzelne Aktivitäten "vor Ort" unterstützen sollten. Die Aufwendungen, die WUS zu tragen in der Lage war, lagen bei etwa einem Drittel der Gesamtsumme.

Bereits Anfang 1993, das Projekt sollte bereits März/April beginnen, war aber klar, daß diese Finanzierung nicht abgedeckt werden konnte. Die endgültige Bewilligung lag weit unter dem angesetzten Kostenplan. Das bedeutete zum Beispiel, daß die Projektleitung erheblich weniger Zeit in das Projekt investieren konnte als nach der Planung notwendig war, daß die Sachbearbeiterstelle wegfallen mußte, daß Einschnitte bei den Honoraren gemacht und studienbegleitende Orientierungsseminare aufgegeben werden mußten usw., daß

weniger Zuschüsse seitens des Projektes für hochschulinterne Initiativen gegeben werden konnten, schließlich daß die teilnehmenden Hochschulen bereits in der Anfangsphase sehr viel mehr an Sach- und finanzieller Leistung erbringen mußten, als ursprünglich beabsichtigt war. Und dies in einer Zeit, in der sie zunehmend unter den Sparbeschlüssen der Länderregierungen zu leiden hatten.

Dies alles bedeutete für den Beginn des Projektes deutliche inhaltliche Umdispositionen, die auch personelle Konsequenzen zur Folge hatten. Die Planung war ja von einem Projekt ausgegangen, das über die Hochschulgrenzen hinausführen und Schulen, Praktika/Lehrerstudenten, Kooperation mit einschlägigen kommunalen Ausländervereinigungen und ähnlichen Gruppierungen, auch gewerkschaftlicher und kirchlicher Art usw. einschließen sollte.

Vor allem diese letzteren Vorstellungen mußten aufgegeben werden, ebenso wie inhaltliche Teilplanungen, etwa interkulturelle Lehrveranstaltungen, entsprechende interfakultative Ringvorlesungen oder auch Seminare im Bereich "Deutsch für ausländische Studierende" als studienbegleitendes Angebot u.a.m. Einige ursprünglich geplanten Veranstaltungen fanden dennoch hie und da statt, etwa mit personeller und finanzieller Unterstützung des einen oder anderenm Auslandsamtes oder dank dem persönlichem Engagement einzelner Projektteilnehmer. Sie wurden jedoch nie die Regel.

Da zu diesem Zeitpunkt aus finanzorganisatorischen Gründen auch der Beginn zuwendungsfähiger Projekte auf den Herbst verlagert wurde, ergab sich eine erste verkürzte Projektphase vom April bis September 1993. Auch hier mußte also inhaltlich und zeitlich umgeplant, vor allem auf die Tatsache Rücksicht genommen werden, daß ein großer Teil dieser Phase in die Semesterferien fiel.

Aus diesen Umständen heraus mußte der Projektantrag stark verändert und in seinen inhaltlichen und organisatorischen Absichten äußerst reduziert werden. Spätestens hier wurde überlegt, ob in dieser zweiten Projektplanung die Ursprung-Idee des Projektes noch aufgehoben war.

Diese Umdisponierungen waren also nicht nur quantitativer Art; es wurde ja nicht einfach nur alles "Überflüssige" aus der Planung gestrichen. Die Reduzierung betraf zum Beispiel alle Initiativen, die über

die Hochschulgrenzen hinausgingen und war damit auch bedeutende inhaltliche Umstrukturierung.

Die unseitige Neuplanung (Projektplanung II) zeigt dies Dilemma auf.

Projektantrag II

(zum Projektantrag/verkürzte Laufzeit, April bis September 1993)

Diese Projektbeschreibung bezieht sich bereits - eben aus Gründen zeitlicher und finanzieller Einschränkungen - im wesentlichen auf die Zielgruppe der ausländischen Studierenden. Alle Initiativen und Kooperationen, die außerhalb der Hochschule geplant waren, sind auf ein Minimum beschränkt. Von einer Aufarbeitung des Rassismus in einem breiten hochschulöffentlichen Raum, der alle Gruppierungen - oder doch möglichst viele - einbeziehen soll, ist nur mehr wenig die Rede.

Die vorläufige Laufzeit des Projektes bedingt eine Reduzierung der inhaltlichen und organisatorischen Absichten des Projektes. Es liegt nahe, sich bei der Planung zum Beispiel auf Maßnahmen innerhalb der Hochschulen zu beschränken. Bei einer derartigen Einschränkung muß aber auch berücksichtigt werden, daß zwei von den verbliebenen 5 Monaten, nämlich Juli und August, in die Semesterferien fallen, in denen nicht nur der Vorlesungsbetrieb weitgehend ruht, sondern auch fast jede Art von inhaltlicher Organisation, und daß, bevor das Projekt anlaufen kann, bereits ein erheblicher Teil des Monats April verstrichen sein wird (Ostern).

Inhaltliche und organisatorische Maßnahmen werden sich deswegen vor allem auf die zweite Hälfte des April und die Monate Mai und Juni konzentrieren müssen. Es ist denkbar, daß Planungen, die ad-hoc-Maßnahmen betreffen, in dieser Zeit vereinzelt an den kooperierenden Hochschulen vorgenommen werden können, etwa Vorbereitungen zu einer Begrüßung der neuen ausländischen Studierenden zum Anfang des Wintersemesters durch die Hochschulleitungen. Planungen, etwa für Orientierungsveranstaltungen, die über ein Semester laufen sollen, müssen allerdings von längerer Hand vorbereitet werden. Ähnliches gilt für Teile der vorgesehenen Koordinationsarbeit oder für Informationsveranstaltungen oder für hochschulübergreifende Maßnahmen (wie sie im ursprünglichen Projektantrag vorgeschlagen sind). (...)

Der ursprüngliche Projektantrag ging von einer Veränderung der Einstellung im Bereich der Hochschulen gegenüber der Gruppe ausländischer Studierender aus und gleichzeitig von der Notwendigkeit einer interkulturellen wissenschaftlichen Arbeit, um eine Internationalität der deutschen Hochschule zu wahren oder zu begründen, um die Ausbildung jeder Form von kulturellem, moralischem und intellektuellem Rassismus zu beenden oder von vornherein zu verhindern.

Von dieser Intention sollte nicht abgegangen werden, weil nur sie das Dilemma der ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen, etwa ihre soziale und kulturelle Isolierung und die mangelnde Akzeptanz ihres intellektuellen Selbstverständnisses, aufheben kann. Von den im eigentlichen Antrag vorgesehenen Aktivitäten und Absichten sind daher besonders die unverzichtbar, die eine langfristige Perspektive einer fruchtbaren Einbeziehung der ausländischen Studierenden in den Hochschulbetrieb - und zwar in ihrer kulturellen und intellektuellen Eigenständigkeit entwickeln sollen. Dazu gehören zum Beispiel alle Bestrebungen, studienbegleitende Veranstaltungen inhaltlich und organisatorisch zu institutionalisieren.

Insofern sollte auch innerhalb des (zunächst) reduzierten Projektes zumindest auf eine Verfolgung langfristigerer Aktivitäten nicht verzichtet werden; das gilt zum Beispiel für die Einrichtung "Studienbegleitende Seminare". Dies könnte unter anderem in einer Art Vorplanung geschehen, die vorläufig in den einzelnen regionalen Kooperationssitzungen realisiert werden könnte (eine flächendeckende Abstimmung und Organisation müßte dann dem noch zu genehmigenden Projekt II vorbehalten bleiben, da aus Zeit- und Kostengründen die Zentralen Koordinierungssitzungen bis August 93 nicht realisiert werden können).

Die Zielgruppen werden zunächst auf Studenten- und Dozentengruppen innerhalb der Hochschule beschränkt, die bereits aktiv und unmittelbar mit dem Problem befaßt sind, im wesentlichen also auf Gruppierungen um die Studentenschaft beziehungsweise -räte herum, wobei direkter Ansprechpartner die Auslandsreferenten sein sollten, auf die Vertrauensdozenten für ausländische Studierende, auf Mitarbeiter der Auslandsämter und der Hochschulleitungen. Insofern

erscheinen auch hier die Absichten der ursprünglichen Projektplanung stark eingeschränkt.

Auf eine Zielgruppe, die - streng genommen - außerhalb der Hochschule arbeitet, kann allerdings auch in dieser eingeschränkten Planung nicht verzichtet werden, nämlich auf die Institution der Studentengemeinden, weil sie gewissermaßen Garanten einer besonders kenntnis- und erfahrungsreifen und kontinuierlichen Zusammenarbeit sind (andere Gruppierungen können nur dann als ad-hoc-Partner angesprochen werden, wenn sie innerhalb ihres Arbeitsgebietes bereits längere Erfahrung haben und in den Hochschuleinrichtungen entsprechend respektiert werden).

Andere Zielgruppen außerhalb der Hochschulen können in der reduzierten Projekt-Version kaum in die Arbeit eingebunden werden, es sei denn, sie seien auch hier besonders "eingeführt" und verfügten über erhebliche eigene Erfahrungen und selbständige Arbeitszusammenhänge. Dies könnte zum Beispiel bei der einen oder anderen Gewerkschaftsvertretung der Fall sein, natürlich auch bei den Studentengemeinden, ist aber lokal u.U. sehr unterschiedlich ausgeprägt und kann also nicht von vornherein angenommen werden.

Folgende Aktivitäten sollten in der Zeit bis August '93 möglichst uneingeschränkt verfolgt werden:

Hochschulintern:

- Einführungsveranstaltungen für ausländische Erst-Semester mit Begrüßungscharakter; WS 93/94
- Orientierungsveranstaltungen (Planung für WS 93/94)
- Sprachunterricht/Deutsch (Planung für WS 93/94)
- Studienbegleitende Seminare (Diskussion/Planung für WS 94/95)

Hochschulextern:

- Wochenendseminare (Multiplikatoren-Seminare) für - primär - AStA-Referenten mit interkultureller und ausländerspezifischer Problematik.

Bis Aug. '93 zu realisierende Maßnahmen könnten also im wesentlichen die unter Punkt 4 (im Antrag genannten) Aktivitäten sein (...) Von der angesprochenen Koordinierungsarbeit sollte der "Informationsbrief" realisiert und der "Leitfaden" angeplant werden, weil letzterer eine wichtige längerfristige Funktion innerhalb der studienbegleitenden interkulturellen Seminare haben soll.

Die Maßnahmeorte sollten vorerst aus zeitökonomischen Gründen in drei Groß-Regionen aufgeteilt werden, nämlich in eine Ostregion (Dresden, Leipzig, Kassel), eine Nord-Region (Hamburg, Bremen, Dortmund (?)) und in eine Süd-Region (Frankfurt, Mainz, Darmstadt). Aachen kann dabei nicht mehr berücksichtigt werden (...)

Zusammenfassung

Zu realisierende Aktivitäten:

Ansprechen und Kooperieren der Zielgruppen

- Auslandsreferate der Studentenschaften
- Hochschulleitungen und Planungen
- Auslandsämter
- Studentengemeinden

Durchführbare Maßnahmen:

- Einführungsveranstaltungen + Exklusiv-Begrüßung durch die Hochschulleitung
- Orientierungsveranstaltungen
- Fest (zu Beginn WS)

(u.U. können diese Veranstaltungen mit Themen, wie "Rassistische Hochschule", "Rassismus in der Wissenschaft", "Internationale Hochschule" o.dgl. ausgeweitet werden - mit Referat)

Die folgenden Maßnahmen sollten andiskutiert und möglichst konkret vorbereitet werden; eine andere Realisierung verbietet sich vorderhand aus Zeit- und finanziellen Gründen:

- Studienbegleitender Sprachunterricht (statt dessen vorläufig u.U. Einrichtungen von Deutschkursen/DaF)
- Studienbegleitende Seminare
- Interkulturelle Seminare
- Ausländerspezifische Problematik/"Multiplikatoren"

Termine:

- Regionale (nicht lokale!) Kooperations- und Koordinierungstermine
- Schulungsseminare der "Multiplikatoren" (in der reduzierten Form eines Wochenendseminars), in deren Vorstufen einer "Schulung" diskutiert werden (vorgesehen 18.6.-20.6. in Frankfurt)
- Einführungsveranstaltungen für WS 93/94 an den einzelnen Hochschulen
- Koordinatorenarbeit / überregional, vor allem Rund- oder Informationsbrief als Koordinierungsmedium (zumindest eine Ausgabe nach Abschluß von Projekt I ist angesichts einer möglichen Verlängerung der Projektes unverzichtbar).

Ortstermine:

An jeder der 8 Hochschulen muß ein vorbereitender Termin mit den Zielgruppen Auslandsreferate, Auslandsämter, Studentengemeinden und Hochschulleitungen - gemeinsam oder getrennt - stattfinden, auf der die Inhalte und Strategien des Projektes vorgestellt werden sollen. Dabei sollten möglichst die regionalen Termine geplant und überlegt werden, und ob eine Zentrale Koordinierungssitzung (etwa zu Ende des SS) effizient und möglich ist.

Auf den drei regionalen Kooperations- und Koordinierungssitzungen / 1-tägig sollen den einzelnen Hochschulen Planungen zu allen längerfristigen und/oder studienbegleitenden Veranstaltungen vorgeschlagen und begründet werden. Sie sollen dann beraten werden. Das gilt auch für die öffentlichen Veranstaltungen zum Thema "Rassismus" oder "Internationalität".

Möglicherweise wird ein zusätzlicher zentraler Koordinierungs- und Koordinationstermin notwendig - insgesamt sind es also etwa ein Dutzend auswärtiger Termine.

„Werbung“

Die Hochschulen als Kooperationspartner - ein Bettelbrief

Die finanzielle Einschränkung des Projektes zwang die Projektleitung, sich schon früher als geplant mit der Bitte um materielle und finanzielle Unterstützung an die teilnehmenden Hochschulen beziehungsweise deren Leitungen zu wenden.

Der folgende Rundbrief konfrontiert diese also das erste Mal mit Forderungen materieller, finanzieller, organisatorischer und moralischer Förderung. Außer einer allgemeinen positiven Absichtserklärung zu helfen, kam es im Projektverlauf praktisch zu kaum einer finanziellen Unterstützung seitens der Hochschulen, wohl aber zu einer materiellen Unterstützung, von Fall zu Fall und von Hochschule zu Hochschule äußerst unterschiedlich. Im allgemeinen bestand die materielle Förderung aus der Erlaubnis, die hauseigene Infrastruktur zu nutzen, bei Projektveranstaltungen Räume bereitzustellen usw. In der Regel wurden besonders die Auslandsämter angewiesen auszuwirken, allerdings ohne irgendeine Zusatzausstattung - was diese Hilfe natürlich im allgemeinen stark relativierte.

Dennoch gingen häufig gerade von einzelnen Auslandsämtern starke Initiativen aus, das Projekt nicht nur inhaltlich mitzutragen. Hie und da wurden aus entsprechenden Mitteln Tutorien für ausländische Studierende eingerichtet, ab und zu auch die Honorierung der örtlichen Koordinatoren aufgestockt usw. Anfänglich nahmen auch Vertreter der Auslandsämter häufig an den verschiedenen Koordinierungstreffen teil und wurden auch entsprechend beurlaubt.

Die moralische Unterstützung der jeweiligen Hochschulen bestand im wesentlichen darin, das Projekt im eigenen Haus wohlwollend agieren zu lassen und ihm keine Steine in den Weg zu legen.

An die
Präsidenten/Rektoren

21.11.1994

Betrifft: WUS-Projekt **INFORMIEREN STATT KAPITULIEREN**

Sehr geehrter Herr Prof. Dr.....,

seit Mai 93 verfolgt WORLD UNIVERSITY SERVICE mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft das Projekt

INFORMIEREN STATT KAPITULIEREN

an 11 Hochschulen in der Bundesrepublik. Absicht des Projektes ist es, Rassismus an den Hochschulen zu analysieren, über das Problem zu informieren und Strategien für eine Problemlösung im konkreten Hochschulalltag zu finden.

Ihre Hochschule war und ist an diesem Projekt durch Ihre persönliche Zustimmung von Anfang an aktiv beteiligt. Wir danken Ihnen heute, nach Abschluß des ersten Projektjahres, sehr herzlich für Ihre bisherige Unterstützung.

Inzwischen ist die erste Phase des Projektes vorläufig abgeschlossen und erste Ergebnisse liegen vor. Unserer Meinung nach zeigen sie weiteren Handlungsbedarf. Wir werden also das Projekt wenigstens ein weiteres Jahr weiterführen und bitten Sie nochmals um Ihre Hilfe.

Das vergangene Projektjahr diente vor allem der Bestandsaufnahme des Problems. Wir hatten dazu zunächst die Betroffenen eingeladen, das sind in der Regel die ausländischen Studierenden und Studienbewerber selbst und in diesem Bereich beratenden und betreuenden Institutionen, also die Auslandsämter, Studienberatungen, Ausländerbeauftragten, Auslands-Referenten, Studentengemeinden, Studienkollegs usw. In diesem Kreis wurde das Problem regelmäßig örtlich und überregional diskutiert und - jeweils nach Lage und Bedarf der einzelnen Hochschule - über notwendige Aktivitäten beraten.

Diese bestanden aus einem Bündel von Veranstaltungen; zu ihnen gehörten öffentliche Vorträge mit Themen wie Interkulturelle Wissenschaft, Ausländerstudium und Rassismus genauso wie Orientierungstage für ausländische Studierende, Tutorenschulungen für Einführungsseminare, Erstsemester-Begrüßungen mit anschließendem Fest oder auch semesterbegleitende Deutsch-Kurse.

Alle diese Initiativen standen unter dem Zeichen, Probleme, die innerhalb der Hochschule bei der Konfrontation verschiedener Lebenseinstellungen und -vorstellungen, unterschiedlicher wissenschaftlicher Arbeitsweisen, unterschiedlicher materieller Lebensumstände usw. entstehen, öffentlich als wichtige Angelegenheiten der Hochschule zu diskutieren und für gegenseitiges Verständnis zu werben.

Wir halten dies für eine gute und angemessene Möglichkeit, rassistischen Einstellungen an den Hochschulen vorzubeugen.

Diese Initiativen konnten wir vom Projekt her mittragen und zum Teil auch finanzieren beziehungsweise mitfinanzieren. Im weiteren Verlauf des Projektes wird es im wesentlichen um eine Ausweitung der Aktivitäten über die unmittelbar Betroffenen hinaus gehen. Es wäre wichtig, die Professorenschaft und die deutschen Studierenden, aber auch möglichst die Bediensteten in die Problematik miteinzubeziehen, um die ausländische Studentenschaft nicht in eine gettoähnliche Situation abdriften zu lassen, die sie nicht nur kulturell, sondern auch intellektuell weiter isoliert und somit ein selbständiges und effizientes Studium über die Maßen erschwert. Es kommen seitens der ausländischen Studierenden zunehmend Klagen darüber, daß sie als Gesprächspartner, KommilitonInnen und Lernende nur akzeptiert

werden, wenn sie sich als "Ausländer" verleugnen und als vollständig assimiliert erscheinen.

Dies verletzt sie in ihrer persönlichen und kulturellen Würde, verstößt gegen ihren Gleichheitsanspruch und stellt fortwährend ihre persönliche Identität in Frage. Wissenschaftliches Arbeiten, das durch den gleichberechtigten Diskurs erst möglich wird, erleben sie häufig als sehr widersprüchlich. Die Konsequenzen sind unterschiedlich, aber sie sind alle kontraproduktiv und reichen von Studienfachwechsel bis hin zu Studienabbruch oder zu einem völlig angepaßten Studium.

Wir glauben, daß eine allgemeine öffentlich geführte Auseinandersetzung darüber notwendig ist, nicht nur im Interesse der ausländischen Studierenden, sondern auch im Sinne einer interkulturell orientierten, offenen wissenschaftlichen Arbeit.

Erlauben Sie mir, noch einmal einige entscheidende Beobachtungen zusammenzufassen, die wir im Laufe des Projektes an den Hochschulen machen konnten.

- Rassismus an den Hochschulen tritt selten spektakulär auf, sondern äußert sich in einer Vielzahl von Verhaltensweisen, zum Beispiel in einer sozialen, kulturellen und intellektuellen Ausgrenzung oder Nicht-Akzeptanz der Gruppe der ausländischen Studierenden.

- Deutsche Professoren und Studierende sind es nicht gewohnt, aufgeschlossen und "neugierig" auf fremde Lebensformen und -vorstellungen zu reagieren oder auf die **unterschiedlichen Lebensperspektiven**, die durch andere politische, ökonomische, kulturelle Verhältnisse als die gewohnten hervorgebracht werden. Sie halten sie vor allem für das eigene wissenschaftliche Arbeiten für nicht relevant.

- Ein ausländischer Studierender studiert in Deutschland meist unter Leugnung seiner Herkunft, seiner Mentalität, kurz, seiner Identität; er schließt sich im allgemeinen affirmativ den Gebräuchen, auch den wissenschaftlichen und kulturellen Gebräuchen, und Eigenheiten seiner (deutschen) Umgebung an und versucht, möglichst allen hier geforderten Kriterien zu entsprechen.

Er absolviert sein Studium, Lehrinhalte und wissenschaftliche Methodik betreffend, im wesentlichen unkritisch.

Gerade in letzter Zeit mehren sich die Erfahrungen ausländischer Studierender, in Arbeitsgruppen nicht akzeptiert zu werden, weil sie eher als **Arbeitsbelastung** begriffen werden denn als anregendes Moment.

Um einen ersten Schritt in Richtung einer interkulturellen Auseinandersetzung gehen zu können, bedürfen die ausländischen Studierenden zunächst einmal der Unterstützung von "Sympathisanten". Die Absicht des "Projektes" dabei ist es immer, die Gruppe der ausländischen Studierenden in ihrer Eigenständigkeit zu akzeptieren und zu bestärken. Sie müssen andererseits in der Lage sein, sich in zunächst unwegsamem Gebiet auch kompetent bewegen zu können. Daher die Bereitstellung von Tutoren, studienbegleitender Orientierung, Sprachunterricht usw., aber auch die angestrebte Koordinierung der bisher im Bereich "Ausländerstudium" tätigen Institutionen.

Speziell hierfür hat das Projekt seit Anfang dieses Jahres ein **Koordinatoren-System** eingerichtet, als dessen primäre Aufgabe sich im Verlauf des Projektjahres die Einrichtung entsprechender Runder Tische entwickelte. Von derartigen Koordinierungen gingen im vergangenen Projektjahr auch eine Reihe der oben beschriebenen Aktivitäten aus.

Dieses System ist personell mit einem Koordinator, meist einem erfahrenem ausländischen Studierenden, ausgestattet, dessen Honorierung (DM 250,- pro Monat) bisher vom Projekt getragen wurde. **Für das anschließende Projektjahr streben wir eine Übernahme dieser ihrer Honorierung durch andere Träger an.**

Es ist für uns naheliegend, daß die jeweilige Hochschule dieser Träger sein sollte, die mit Übernahme der Kosten auch gleichzeitig eine "Identifizierung mit der Sache" signalisieren könnte.

Wir halten nach den bisherigen Erfahrungen ein oder zwei Koordinatoren am Hochschulort für unverzichtbar, weil sie am ehesten in der Lage sind, die einzelnen in Frage kommenden Bereiche "in und um die Hochschule herum" zu einem gemeinsamen Vorgehen zu

animieren.

Die Auslandsämter und Studienberatungen verfügen leider über nur eingeschränkte personelle und finanzielle Mittel und konnten dem Projekt bisher nur quasi ehrenamtlich zur Verfügung stehen.

Da sich das Projekt **INFORMIEREN STATT KAPITULIEREN** von Beginn an stets nur als Anstoß verstanden hat (das waren auch die Bedingungen der Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft), möchten wir mittelfristig gern auch Veranstaltungen in die Verantwortlichkeit der jeweiligen Hochschule zurückgeben, die als ihre originären Bereiche gelten, also zum Beispiel Tutorien, Tutorenschulungen, semesterbegleitende Orientierungsveranstaltungen usw.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident/Rektor, dankbar, wenn Sie uns einen Termin geben könnten, um mit Ihnen gemeinsam ein Gespräch über die Zukunft des Projektes an Ihrer Hochschule zu führen. Sie hatten uns zu Projektbeginn als Ansprechpartner das Akademische Auslandsamt der Universität/die ZSB/den Auslandsbeauftragten etc. genannt, mit dem/der wir bisher sehr gut zusammengearbeitet haben. Es wäre schön, wenn sie bei dem angesprochenen Gespräch ebenfalls dabei sein könnten, ebenso der Koordinator Ihrer Hochschule,, und möglicherweise Vertreter des AStA/Studentenrates.

Mit freundlichen Grüßen

(Projektleitung)

PROJEKTKOMMUNIKATION zum Beispiel: Informationsbriefe

Die Kooperation innerhalb der Projekthochschulen und den einzelnen örtlichen Gruppierungen wurde zunächst außer durch den ständigen persönlichen Austausch, meist von der Projektleitung initiiert, durch Info-Briefe, örtliche und überregionale zentrale Koordinationssitzungen, später vielfach Runde Tische hergestellt. An einigen Projekthochschulen existierten bereits schon länger Arbeitskreise, die sich beispielsweise zu Fragen des Ausländerstudiums kontinuierlich zusammensetzten und berieten.

Diese Arbeitskreise wurden durch das Projekt manchmal wieder zu neuem Leben erweckt und vor allem von den (studentischen Koordinatoren) dazu genutzt, ihre Arbeitsvorschläge zu Projektinitiativen öffentlich vorzustellen, sie zu diskutieren und um Unterstützung zu werben.

Der folgende Informationsbrief ist ebenfalls eine Art Werbung für das Projekt und versucht Arbeitsperspektiven zu formulieren (insgesamt erschienen vier Briefe). Auch die zahlreichen Protokolle der regelmäßigen zentralen und dezentralen Koordinierungssitzungen hatten außer ihrer deskriptiven Funktion natürlich ebenfalls Werbe- und Motivationsabsichten - die Aufgaben des Projektes kritisch und engagiert zu verfolgen, die Möglichkeiten dafür kreativ anzuwenden, sich für Sponsoren einzusetzen, zur Mitarbeit anzuregen usw.

Der erste Rundbrief an alle, die an dem Projekt "Informieren statt Kapitulieren" mitarbeiten, soll primär eine **Zusammenfassung** der angefangenen Arbeit bringen. Er soll damit die Koordination erleichtern und einige Möglichkeiten des weiteren Vorgehens vorschlagen, wie sie sich aus den Beratungen ergeben haben. **Die Beteiligung an den Rundbriefen durch die Teilnehmer ist erwünscht** - Anruf oder Brief an WUS genügt.

Eine Beschreibung der Intentionen des Projektes erübrigt sich auch für diejenigen, die bisher an dem Projekt noch nicht teilgenommen haben, dies aber in der Zukunft vorhaben, weil dazu in der Zwischenzeit genügend Informationsmaterial vorliegt, zum Beispiel die Projektbeschreibung, die Protokolle der einzelnen Arbeitssitzungen, Adressenlisten, Textvorlagen usw. Sie können bei der Geschäftsstelle des WUS in Wiesbaden an- und nachgefragt werden.

Planungsphase des Projektes

Die Anfangsphase des Projektes war für April bis August '93 vorgesehen. Die etwas unglücklich angelegte Laufzeit, in der viele Projektmitglieder durch die laufende Arbeit stark beansprucht waren, zum Beispiel die Akademischen Auslandsämter durch das Zulassungsverfahren, hatte ihren Grund in den neuen Bewilligungszeiträumen. Deswegen wurde bei der Projektplanung die organisatorische und inhaltliche Darstellung der Situation am Ort gegenüber einer Gesamt-Planung erst einmal vorgezogen. Trotzdem ergab die abschließende gemeinsame Koordinierungs-Sitzung am 2.8.93 in Kassel so viel Übereinkunft in der Einschätzung der Qualität der Problematik und ihrer Handhabung, daß auch über die Richtung des weiteren Vorgehen Konsens bestand.

Die 11 Projekt-Hochschulen

Nach einer vorbereitenden Planungsphase wurden Ende April/Anfang Mai 11 Hochschulen angeschrieben und um Mitarbeit gebeten. Die Auswahl geschah hauptsächlich nach pragmatischen Kriterien, etwa ob an den einzelnen Hochschulen bereits bestimmte Aktivitäten im Sinne eines Schutzes oder einer besonderen Fürsorge gegenüber der Gruppe der ausländischen Studierenden realisiert worden waren und entsprechende Erfahrungen ausgewertet wurden, oder - wie im Fall TU Dresden und Universität Leipzig - weil dort ganz andere Bedingungen eines

Ausländerstudiums konstituiert waren, nämlich aus der Zeit vor der "Wende", als dies traditionell in Westdeutschland der Fall ist.

Die angesprochenen Hochschul-Leitungen stimmten sämtlich einer Mitarbeit zu und baten ihre Auslandsämter, mit WUS Kontakt aufzunehmen. Es sind die Universitäten Oldenburg, Dortmund, Leipzig, Mainz und Frankfurt, die Gesamthochschule Kassel, die Technischen Hochschulen in Dresden und Darmstadt und die Fachhochschulen in Frankfurt und Darmstadt.

Projekt-Beginn: Erste Schritte des Kennenlernens

Anschließende Vorgespräche mit der Projektleitung fanden in Mainz, Hamburg, Frankfurt, Kassel und Darmstadt statt. Gegenstand der Gespräche war hauptsächlich die Besonderheit der örtlichen Situation, also etwa die einzelnen bereits im Sinne des Projektes realisierten Aktivitäten, oder der Grad der Zusammenarbeit der mit der Betreuung der ausländischen Studierenden befaßten Institutionen, die Frage der Aufgeschlossenheit der Studentenschaft gegenüber dem vorliegenden Problem usw.

Wer kann am Projekt teilnehmen?

Die Planung des Projektes hatte als potentielle Teilnehmer zunächst einmal alle diejenigen Institutionen und Organisationen im Blick, die um eine Hochschule herum in der Arbeit mit ausländischen Studierenden eingebunden sind: die Studienkollegs, die Studentenschaften und Studentenräte, die Studentengemeinden, die diversen örtlichen Förderverbände für das Ausländerstudium. Bei einer Ausweitung des Projektes sollten möglichst auch kommunale Ausländervertretungen und andere Stadtteil-Einrichtungen, Schulen, schließlich auch bestimmte Fachbereiche der Hochschulen, etwa die pädagogischen oder sozialwissenschaftlichen Fachbereiche, eingebunden werden.

Die Auslandsämter waren als "Repräsentanten" der angesprochenen Hochschulen die ersten Ansprechpartner vor allem auch deshalb, weil sie gewissermaßen die organisatorischen (und manchmal auch die inhaltlichen) Verbindungsstellen zu den sonstigen in dem Bereich arbeitenden Institutionen sind und häufig den größten Überblick über das örtliche "Scenario" haben.

Die Koordinations-Termine: Strategiediskussion

Im Juni und Juli fand in Dortmund, Leipzig und Frankfurt jeweils eine regionale Koordinierungs-Sitzung statt mit der Beteiligung fast aller Hochschulen samt den jeweils kooperierenden Institutionen wie Studentengemeinden, Studienkollegs usw., Anfang August war dann die abschließende Sitzung **aller** Hochschulorte in Kassel (etwa 25 Teilnehmer). Mit Ausnahme von Mainz und Oldenburg, wo es leider terminliche Überschneidungen gab, waren sämtliche Hochschulorte vertreten.

Bei den Abstimmungsgesprächen ergab sich hin und wieder, daß die angenommene Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen "vor Ort" nicht immer reibungslos verläuft. Es wird eine wichtige Aufgabe der künftigen Planungsarbeit sein, hier Differenzen auszuräumen, die manchmal etwa zwischen der "Bürokratie" der Akademischen Auslandsämter und dem AStA bestehen. Dazu bedarf es des kleinsten gemeinsamen Nenners in der inhaltlichen Arbeit. Diesen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, dienten dann auch die Diskussionen, und zwar zu den Punkten:

- Rassismus im allgemeinen und Rassismus an den Hochschulen
- die Reaktion der Hochschule auf die Diskriminierung einer Minderheit ihrer Mitglieder
- Strategien einer Veränderung

Bei aller Verschiedenheit in Fragen des praktischen Vorgehens ergaben sich zu diesen Punkten folgende übereinstimmende Meinungen:

Rassismus an den Hochschulen drückt sich gegenwärtig sublim aus, er ist deshalb konkret schwer beschreibbar und kann eigentlich nur von den unmittelbar Betroffenen bestimmt und letzten Endes auch sinnvoll bekämpft werden. Offene Diskriminierung gibt es relativ selten - obwohl auch schon in den Hochschulen Gewalttätigkeiten gegenüber ausländischen Studierenden seitens deutscher Kommilitonen vorgekommen sind.

Rassismus drückt sich an Hochschulen eher in Haltungen aus, beispielsweise in der selbstverständlichen Erwartung gegenüber den ausländischen Studierenden, daß sie sich in jeder Weise an die vorgefundenen Studienverhältnisse anzupassen haben. Ihre intellektuellen, kulturellen und persönlichen Eigenheiten werden dabei kaum beachtet oder gelten eher als nicht beachtenswert. Eine derartige Haltung kann sich sowohl in den Beziehungen zwischen Professoren und Studierenden ausdrücken, zum Beispiel in einer permanenten Unterbewertung von Leistungen, wie in den Beziehungen zwischen deutschen

Studenten und ihren ausländischen Kommilitonen und Kommilitoninnen, zum Beispiel in einer Nichtberücksichtigung von Ausländern in Arbeitsgruppen.

Rassismus eigenständig und konkret in ihrem Alltag zu bekämpfen, bedeutet für die Gruppe der ausländischen Studierenden ein gewisses souveränes Umgehen mit dem "deutschen" Alltag. Dies kann sie jedoch im Augenblick nur ansatzweise entwickeln, weil sie auch in der Hochschule kulturell, intellektuell und sozial relativ stark isoliert sind. Diese Ausgrenzung ist in den wenigsten Fällen "Schuld" des einzelnen ausländischen Studenten, sondern vielmehr bestimmt durch die teils uninteressierte, teils bornierte Haltung der deutschen Umwelt, die sich eine persönliche geistige oder gesellschaftlich-kulturelle Bereicherung durch den "Fremden" nicht ohne weiteres vorstellen kann.

Die ausländischen Studierenden sind Mitglieder der Hochschule!

Um diese Haltung zu relativieren, bedarf es bei der Gruppe der ausländischen Studierenden gewisser Fähigkeiten, die sie "von Hause her" oftmals nicht mitbringen und auch nicht mitbringen können, zum Beispiel gute Kenntnisse der deutschen Sprache. Sprache wird hier nicht nur verstanden als Kommunikationsmittel, sondern eher in ihrem umfassenderen Sinn der allgemeinen Begrifflichkeit: erst wenn die fremde Sprache "begriffen" ist, können Verhaltensweisen und Denken der zunächst fremden Umgebung sich gewissermaßen einverleibt werden und damit Autonomie verleihen, mit der rassistische Zumutungen und Übergriffe besser, vor allem eigenständig abgewehrt werden können.

So gesehen, hat das Projekt eben auch die Funktion, Überlegungen zu einer "anderen" Organisation des Ausländerstudiums anzustellen, die den Alltag des ausländischen Studierenden entlastet und eine derartige Selbständigkeit erst ermöglicht: Entlastung von mangelnder Sprachkenntnis, also Deutschunterricht, Aufhebung kultureller Isolation, also Integration in das öffentliche Leben der Hochschule, zum Beispiel durch studienbegleitende Maßnahmen (etwa Tutorien) usw.

Die Verpflichtung der Hochschule

Als ein besonderes Problem wurde bei den Diskussionen der Mangel an politischem Selbstverständnis der Hochschule gegenüber brisanten aktuellen politischen und sozialen Fragen gesehen. So fehlt weithin jede Vorstellung interkulturellen Lernens und Studierens - und das bedeutet auch eine nur sehr eingeschränkte Sensibilität bezüglich der Alltags-Situation der ausländischen Studierenden.

Als konkrete "Gegenstrategien" zu der beschriebenen Situation der ausländischen Studierenden käme es also darauf an, die Hochschule zu animieren, ihr Verhältnis zu Fremden im allgemeinen und ausländischen Studierenden im besonderen wissenschaftlich und menschlich zu klären, und für einen solchen Klärungsprozeß beispielsweise auch den interkulturellen Austausch von Meinungen, Haltungen und Lebensvorstellungen, wie er bei der Anwesenheit so vieler ausländischer Studierender möglich wäre, zu nutzen. Dieser Klärungsprozeß sollte auch der Öffentlichkeit außerhalb der Hochschule gegenüber vertreten werden. Die Hochschule würde damit ihrer gesellschaftspolitischen Aufgabe entsprechen.

Was tun?

Aufgrund des Konsenses waren die ersten Schritte innerhalb des Projektes "Informieren statt Kapitulieren" gewissermaßen vorgeschrieben und konzentrierten sich zunächst auf einen Ausbau der Dienst- und Beratungsleistungen für ausländische Studierende:

- Einrichtung studienbegleitender Tutorien
- Einrichtung langzeitigen Sprachunterrichts (DaF), wobei dieser Sprachunterricht auch soziale, kommunikative und interkulturelle Funktionen erfüllen sollte.
- Informationsveranstaltungen in Gestalt von Vorträgen, Workshops, Seminaren usw.

Zum Teil gibt es diese Ansätze an einzelnen Hochschulen bereits - oder es hat sie gegeben. Jedenfalls liegen Erfahrungswerte vor. Um praktische Konsequenzen ziehen zu können, bedarf es in der Regel einer finanziellen Aufstockung und personellen Ergänzung. Sie können innerhalb des Projektes beantragt werden, wenn auch gegenwärtig noch sehr reduziert. Eine kurze inhaltliche und organisatorische Darstellung des Vorhabens sollte dabei angefügt werden.

AM ENDE DES PROJEKTES (1995) - EINIGE ERGEBNISSE UND SCHLUßFOLGERUNGEN*

Die Reflexionen des letzten Projektjahres (10/1994 - 09/1995) beschäftigen sich noch einmal mit dem Engagement der Teilnehmer-Hochschulen und mit den Perspektiven, vor allem unter den immer einschneidenderen finanziellen Möglichkeiten. Als Voraussetzungen für ein sinnvolles Weiterlaufen des Projektes werden dabei vor allem eine systematische Entfaltung der Hochschulöffentlichkeit gesehen und eine Einbindung der deutschen Studierenden in eine interkulturelle politische und wissenschaftliche Debatte ...

Vorbemerkung:

Das Projekt stützt sich seit Anfang des Jahres 1994 in erheblichem Maß auf die Koordinatoren. In diesem Zusammenhang (...) ist ihre primäre Aufgabe die "Koordinierung dieser Gruppen und Gruppierungen im Ausländerstudium an einer Hochschule". Mit diesen Gruppen und Gruppierungen sind alle Institutionen gemeint, die in einer Hochschule und um die Hochschule herum sich für die Belange ausländischer Studierender einsetzen: Auslandsamt, Ausländerbeauftragte, Studentenwerke, die jeweiligen Studienberatungen bis hin zu den entsprechenden Einrichtungen der ASten, der Fachbereiche, Fachschaften usw., Studentengemeinden, diverse private und institutionelle Fördervereine/Ausländerstudium, einzelne engagierte Personen, beispielsweise in der Professorenschaft, usw.

Ziel dieser Koordinierung ist es, vereinzelte Initiativen möglichst auf das Projektziel, nämlich das Aufzeigen und die öffentliche Diskussion rassistischer, fremdenfeindlicher und ethnozentrierter Tendenzen innerhalb der Hochschule, hin zu bündeln - z.B. durch die Einrichtung Runder Tische.

Der Runde Tisch

Grundsätzlich sollten alle gemeinsam geplanten Initiativen, etwa von Runden Tischen aus, in der Zukunft auch gemeinsam durchgeführt werden. Das bedeutet etwa für studien/semesterbegleitende Orientierungsveranstaltungen mit interkultureller Thematik und/oder interkultureller Zusammensetzung, für die ein Hochschullehrer im Vorlesungsverzeichnis offiziell zeichnet, daß sie sowohl vom Auslandsamt als auch von den Studentengemeinden als auch vom AStA usw. namentlich **und** inhaltlich mitgetragen werden.

Das Projekt (...) hat an den teilnehmenden Hochschulen im großen ganzen einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht, aufgrund dessen sich in Zukunft das Projekt gut weiterverfolgen ließe.

Allerdings muß gesagt werden, daß der Überblick über die Verhältnisse an den Universitäten Leipzig, Hamburg und Dortmund nicht besonders gut ist. Das hat unterschiedliche Gründe; in Dortmund beispielsweise wurde von den jeweiligen Beauftragten von Anfang an argumentiert, daß die Projekt-Initiativen ohnehin bereits Bestandteil der Strategie des Akademischen Auslandsamtes seien, und somit die Mitarbeit am Projekt in der Zukunft obsolet sei: es konnte bislang nicht eruiert werden, ob in diesen Initiativen tatsächlich die Projekt-Stoßrichtung "Anti-Rassismus" primärer Ansatzpunkt ist. In Leipzig besteht erst seit kurzem ein einigermaßen funktionierendes Koordinatoren-System. An der Hamburger Uni sind seit etwa einem Jahr die für das Projekt wichtigen Institutionen, wie die Studentengemeinden, der AStA usw., in ständigem personellen und organisatorischen Wechsel begriffen und gegenwärtig zu kontinuierlicher Kooperation wenig in der Lage.

Die Abstimmung unter den Projekt-Hochschulen geschah über zahlreiche lokale und zentrale Koordinierungs-Treffen.

Der Bekanntheitsgrad ist vor allem hergestellt durch ziemlich regelmäßige gemeinsame lokale Projekt-Sitzungen (Runder Tisch), an denen die verschiedensten Institutionen teilnehmen, in erster Linie die Auslandsämter, Studentengemeinden, ASten (Auslandsreferate), Studentenwerke, Studienkollegs und Fördervereine. Dies hatte schon

vor dem Projekt Tradition in Frankfurt und Darmstadt. Als funktionierende Einrichtung sind diese Sitzungen neu eingeführt worden in Oldenburg, Dresden, Leipzig, Mainz. In Kassel sind die Verhältnisse nicht konstant; hier spielen die ausländischen Studentengruppen eine sehr aktive Rolle in der Anti-Rassismus-Bewegung, andererseits können sie sich nur schwer über eine gemeinsame Strategie einigen.

Die Kooperation der im Ausländerstudium tätigen Gruppierungen und Institutionen war in der Vergangenheit keineswegs selbstverständlich, dazu sind ihre selbstgestellten Aufgaben und Funktionen zu verschieden oder die gegenseitigen Konkurrenzen allzu hinderlich.

Dies Problem war bei der Projektplanung zu wenig berücksichtigt worden.

Es kann festgestellt werden, daß so gut wie alle Runden Tische, die innerhalb des Projektes im Laufe des vergangenen Projektjahres installiert worden sind, sich tatsächlich ein gemeinsames Ziel vorgenommen und es meist auch strategisch diskutiert haben.

Die Einrichtung dieser gemeinsamen Termine ist überwiegend auf Anregung und Initiative der jeweiligen örtlichen Koordinatoren geschehen. Dies gilt besonders für Oldenburg, Dresden, Leipzig, Kassel und Mainz.

Die Koordinatoren

Die Koordinatoren des Projektes sind überwiegend ausländische Studierende. Das hat seinen Ursprung in der Tatsache, daß ausländische Studierende die eigentlichen unmittelbaren Betroffenen rassistischer Zumutungen und Angriffe in der Hochschule sind, und die Projektplanung davon ausging, sie seien infolgedessen auch die aktivsten und kritischsten Betreiber des Projektes, zumal einige von ihnen über einschlägige Erfahrungen in der Gremienarbeit der Hochschulen unterschiedlichster Art verfügen. Die Erfahrungen des letzten Kursjahres haben jedoch gezeigt, daß die Koordinatoren in

ihrer Funktion grundsätzlich dann überfordert sind, wenn sie als einzelne tätig sind.

Bei der Planung wurden nämlich die Widerstände unterschätzt, die einer solchen Koordinierung entgegenstehen. So gibt es immer wieder innerhalb der Studentenschaft (z.B. in den Fachschaften) erhebliche Auseinandersetzungen allein schon in der Bestimmung und Beurteilung von Rassismus, die oft gemeinsames Handeln unmöglich erscheinen lassen. Oder die über lange Jahrzehnte eigenwillig entwickelten Aufgaben einzelner Institutionen wie Auslandsamt, Studienberatung, Studentengemeinden haben sich mittlerweile so verselbständigt, daß sie im Hinblick auf ein Ziel nicht mehr so ohne weiteres zur Deckung zu bringen sind usw., ganz zu schweigen von persönlichen divergierenden Vorstellungen und Konkurrenzen untereinander.

Perspektiven: Um diese teilweise unterschiedlichen, teilweise offen oder versteckt konkurrierenden Interessen im Hinblick auf die Projekt-Aufgabe zu konzentrieren, bedarf es häufig einer ziemlich genauen Kenntnis der jeweiligen Strukturen und viel geduldiger Vermittlungstätigkeit. Beides ist in der Regel von ausländischen Studierenden schon allein deshalb nicht so ohne weiteres zu erwarten, weil ihnen die besondere Logistik der zu koordinierenden Institutionen und die ihr innewohnenden Begründungszusammenhänge von ihrer spezifischen Lebenserfahrung her wenig geläufig sind. So sind ihnen beispielsweise Beratungsansätze weitgehend fremd, die grundsätzlich und "objektiv" dem einzelnen jede relevante Entscheidung Studienorganisation und -inhalte betreffend überlassen. Hier vermittelnd tätig zu sein, bedeutet vielfach Überforderung - ganz zu schweigen vom Aufwand an Zeit, der im Projekt bekanntlich nicht annähernd durch eine hinreichende Honorierung abgedeckt wird.

Dementsprechend verdichtete sich während der Diskussion der Eindruck, daß künftig die Koordinatorenarbeit begleitet und unterstützt werden müßte, unter Umständen von Ausländerausschüssen, Arbeitskreisen/Ausländerstudium, den Auslandsreferaten der ASten, Auslandsämtern usw.

Die ausländischen Studierenden

Die Erfahrungen des Projektes INFORMIEREN STATT KAPITULIEREN lehren, daß Anstöße von außen allein nicht ausreichen, um Ethnozentrismus und "wissenschaftlichen Nationalismus" aufzudecken und zu bekämpfen, sondern die Hochschulen selbst mit allen ihren Gruppierungen und Institutionen müssen diese Auseinandersetzung um die Aufklärung historischer Versäumnisse und Abhängigkeiten führen und einen eigenen wissenschaftlichen und moralischen Standpunkt finden.

Wie immer die politische und moralische Einschätzung des Phänomens "Rassismus" sein mag: es besteht an der Hochschule offensichtlich eine allgemeine Ratlosigkeit, welche wirkungsvollen Strategien dagegen zu entwickeln wären, weil sich Rassismus im akademischen Zusammenhang nur äußerst diffus zeigt. Erstes Ziel des "Projektes" war es daher weniger, erlebtem und erkanntem Rassismus an den Hochschulen direkt entgegenzuwirken, eben weil rassistische Verhaltensweisen an den Hochschulen nicht so ohne weiteres sachlich und personell dingfest zu machen sind, sondern eher, "rassistische Phänomene" möglichst genau auf ihre Ursachen hin zu untersuchen und auf Grund ihrer Beschreibung zu versuchen, Gegenstrategien der "Betroffenen" zu animieren.

Es gab an verschiedenen Hochschulen eine Reihe von Veranstaltungen, die entweder exklusiv Projekt-Veranstaltungen waren oder im Zusammenspiel mit anderen Organisatoren (und Sponsoren) stattfanden, und zwar Feste, Vortragsveranstaltungen, Orientierungstage (bzw. -wochen), Tutorien und Lehrveranstaltungen, wie etwa Deutschkurse für Anfänger. Besonders die Deutschkurse bezeichnen die Anfangsphase der Projektarbeit gut, nämlich die Tendenz, es den ausländischen Studierenden zu ermöglichen, selbständig zu agieren und ihre Interessen in der Hochschulöffentlichkeit möglichst selbst zu vertreten. Herstellung dieser Öffentlichkeit für die Belange der ausländischen Studierenden und eines hochschulinternen interkulturellen Diskurses waren erklärtes Projektziel. Es bestand einhellig Einverständnis darüber, daß eine offensiver als bisher agierende Interessenvertretung durch die

ausländischen Studierenden selbst der beste Schutz gegen fremdenfeindliche und rassistische Angriffe sei.

In diesem Zusammenhang gewann die Einrichtung von Sprachkursen für Anfänger ihren Stellenwert. Denn Sprachanfänger sind fast alle ausländischen Studienanfänger, weil ihnen in Deutschland gemeinhin wenig Möglichkeiten geboten werden, sich in der Landessprache so kompetent zu bewegen, daß ein unabhängiges und sinnvolles Studium generell möglich ist. Dazu wäre der Kontakt zur deutschen Umwelt unabdingbar - und gerade sein Mangel ist bei ausländischen Studierenden chronisch.

Da auch das fördernde Bundesministerium - vorübergehend - Interesse an dieser Projektarbeit hatte, wurde die entsprechende Situation der Studierenden vor Ort seitens des Projektes systematisch nachgefragt und der jeweilige Bedarf an Sprachkursen lokal eruiert und dargestellt. (Leider ist aus diesem Ansatz bislang kein finanziell tragbares Konzept entstanden, und es steht offensichtlich weniger denn je in Aussicht.)

Der schon erwähnte Bekanntheitsgrad des Projektes ergibt sich weiter aus der Vielzahl von Aktivitäten, die primär die Koordinatoren und ihr "Umkreis" in Überzeugungsarbeit in vielen Seminaren, Diskussionszirkeln, in der Mensa, beim Flugblattverteilen usw. geleistet haben. An fast allen Hochschulorten sind die Koordinatoren mittlerweile auch Ansprechpartner der Präsidenten und Rektoren.

Besonders aufgrund der Tatsache, daß das Projekt an den meisten Projektorten inzwischen verhältnismäßig gut eingeführt und einschlägig bekannt ist, bestand unter den Projektteilnehmern am Ende des dritten Projektjahres ein ziemlich weitgehender Konsens über seine Fortsetzung (zum gleichen Ergebnis war auch die letzte gemeinsame Koordinatoren-Sitzung in Marburg, 23.-25.9.94, gekommen). Es wurden Überlegungen angestellt, inwieweit das Projekt, falls es keine weitere Förderung durch Bonn erfahren würde, aus den Hochschulen herausgenommen und mit Hochschulmitteln realisiert werden könnte.

Dabei sollten allerdings einige Akzente anders gesetzt und einige organisatorische Umstrukturierungen vorgenommen werden:

1. Das Koordinatoren-System sollte ausgebaut und konzentriert werden. Zusätzliche Mittel sollten möglichst bei den einzelnen Hochschulen selbst abgerufen werden

2. Die jeweiligen Hochschulen sollten künftig zu einer Bereitstellung materieller und finanzieller Mittel besonders für hochschulimmanente Aktivitäten (Tutorien, Deutschkurse, studienbegleitende Orientierungsveranstaltungen, Semesterauftakt- und Abschluß-Feste) aufgefordert werden. (...)

3. Hochschulleitungen, Dozenten- und Studentenschaft sollten in das Projekt möglichst intensiv eingebunden werden. Das kann z.B. durch die Anregung regelmäßiger Treffen der Auslandsbeauftragten erfolgen (Einladung zu regelmäßigen Gesprächsterminen) oder durch interkulturelle Seminare, die im Vorlesungsverzeichnis ausgewiesen sind (spezifische Thematiken im Zusammenhang "Erneuerung von Lehre")

4. "Tage des ausländischen Studierenden" o.ä. (wie sie beispielsweise im Dezember 1995 von der Uni Mainz im Zusammenhang mit dem Projekt angeboten wurden) sollten möglichst flächendeckend an allen Hochschulorten gleichzeitig stattfinden, um auch medienrelevant zu werden - wie überhaupt der werbende Aspekt des Projektes künftig kontinuierlich und möglichst professionell berücksichtigt werden sollte

5. Es sollten Strategien überlegt werden, ob und inwieweit das Projekt mit "Rassismus"-Initiativen innerhalb und außerhalb der Hochschulen sinnvoll kooperieren könnte

Schließlich sollte grundsätzlich

6. überlegt werden, ob das Projekt eine Konferenz (WS 1996?) über ein generelles Überdenken des "Ausländerstudiums" veranstalten sollte ("Der ausländische Studierende unter dem Ausländergesetz - Freiheit des Studiums?").

Die Haltung der Teilnehmer zum Projekt

Das jeweilige Verhalten der am Projekt beteiligten Personen und Institutionen zum "Rassismus" war und ist sehr verschieden. Die Gruppe der im Ausländerstudium arbeitenden "Institutionen" beispielsweise, die Ausländerbeauftragten, Auslandsämter, Studentengemeinden und die Hochschulleitungen, versuchen den beobachteten Rassismus gegenüber der Klientel oft durch besonders intensive Betreuung und durch kompensatorische Angebote bis hin zu Tutorien und anderen Studienhilfen (Einzelberatungen, Spracherwerbshilfen, Orientierungswochen usw.) auszugleichen. Die ausländischen Studierenden antworten mit Rückzug, weil sie die persönliche und allgemeine Uninteressiertheit ihrer deutschen Kommilitoninnen und Kommilitonen und der Dozentschaft an ihnen als "Fremde" nicht aushalten. Studentenschaften, etwa die Auslandsreferate, konzentrieren sich immer häufiger auf Einzelfallhilfe.

Das ist manchmal kontraproduktiv, denn die Projekt-Erfahrung lehrt, daß das Verhalten der ausländischen Studierenden in sozialer, intellektueller, kultureller Hinsicht zwar unmittelbarer Anlaß von (beispielsweise) rassistischen Zumutungen sein kann, jedoch in der Regel nicht grundsätzlicher Anlaß ist. Damit ist das Ganze auch kein individuelles Problem der Ausländer, sondern vielmehr ein kulturelles, soziales, intellektuelles, wissenschaftliches Problem der Inländer und kann kaum mit Einzelfallhilfe gegenüber dem "Opfer" verändert werden.

Als Gegenstrategien will das Projekt versuchen, die deutsche Umwelt zu animieren, ihr Verhältnis zu Fremden im allgemeinen und ausländischen Studierenden im besonderen zu klären und für einen solchen Klärungsprozeß beispielsweise auch den interkulturellen Austausch von Meinungen, Haltungen und Lebensvorstellungen zu nutzen, wie er allein schon durch die körperliche Anwesenheit einer solchen großen Minderheit wie der Gruppe der ausländischen Studierenden möglich ist. Erschwerend ist dabei, daß diese Gruppe aufgrund ihrer bekannten Probleme und Defizite, wie Sprachschwierigkeiten, Akkulturationsschwierigkeiten u.a., und zunehmend wegen der ausländerfeindlichen Atmosphäre eben die

offensive Vertretung ihrer Interessen in der Öffentlichkeit scheut - auch in der Hochschulöffentlichkeit.

Ausblick und künftige Finanzierung

Schon in der Beirats-Sitzung** des Projektes vom 25.8.94 wurde der zweite Schritt der Projekt-Realisierung, die Einbeziehung der jeweiligen Hochschulleitungen und der Dozentenschaft in die konkrete Durchführung des Projektes, diskutiert (...). Es wurde beschlossen, die "örtlichen" finanzielle Defizite mit den einzelnen Hochschulen zu diskutieren, und zwar mit dem Ziel, daß sie möglichst von diesen abgedeckt würden, beispielsweise über jeweilige Landeszuschüsse aus dem Bereich "Erneuerung der Lehre" (diese neueingerichteten finanziellen Ressourcen gibt es im Augenblick zumindest bereits in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Hessen). Das betrifft vor allem auch die Honorierung der Koordinatorenstellen, die über die Stelle einer studentischen bzw. akademischen Hilfskraft finanziert werden könnte. Das gilt auch für oben beschriebene Lehrveranstaltungen oder Vorträge und Feste im Sinne des Projektes.

Durch die Übernahme der Finanzierung der Koordinatoren durch die Hochschulen könnte auch der Etatansatz "Personalkosten" beim Projekt zugunsten einer besseren Honorierung der Projektleitung erhöht werden. Es sollte in diesem Zusammenhang recherchiert werden, ob eine gewisse Umschichtung der Personalkosten in dieser Hinsicht problemlos vorgenommen werden könnte.

Überlegung zur Kostendämpfung - Konsequenzen für das Projekt

Es sollte außerdem überlegt werden, in welchen Sparten das Projekt gegenüber dem Finanzierungsplan vom 28.4.94 notfalls gekürzt werden könnte, um bei reduziertem Etat seinen weiteren Verlauf zu ermöglichen.

Ergebnis: Bei der gegenwärtigen sehr ausgedünnten Organisationsform können allenfalls die Posten

- Druck-/Kopierkosten
- Tagungsmaterial

- Rundbriefe

beschränkt bzw. auf dem Stand von 1994 belassen werden.

Bereits eine Reduzierung oder gar Vernachlässigung der Posten

- Schulungsveranstaltungen

- Veranstaltungstage

(...) würden eine Umstrukturierung des Projektes voraussetzen, etwa dergestalt, daß es künftig in die alleinige finanzielle Verantwortlichkeit der jeweiligen Hochschulen fällt.

Tatsächlich ist diese Entwicklung in der Projektplanung von vornherein intendiert gewesen, nämlich daß wesentliche Initiativen mittelfristig seitens der Institution Hochschule getragen würden, allein schon um die Verantwortlichkeit der Hochschulen gegenüber dem Projekt „Informieren statt Kapiulieren“ nach außen hin zu dokumentieren. Andererseits birgt aber die alleinige Weiterführung des Projektes durch die Hochschule die Gefahr, die intensive Kooperationsform des Projektes aus pragmatischen Gründen zu vernachlässigen, schließlich ganz aufzugeben.

Da bisher aber entsprechende Gespräche bzw. Verhandlungen mit den einzelnen Hochschulleitungen konkret noch nicht aufgenommen wurden (mit Ausnahme der Hochschulleitung der TH Darmstadt), wäre eine kurzfristige Übernahme von Kosten wichtiger Bestandteile des Projektes, eben der Schulungsveranstaltungen (beispielsweise für spezifische Tutorien) oder Vortragsveranstaltungen usw., im Augenblick spekulativ.

Gut denkbar ist eine wesentliche Beteiligung der Hochschulen, auch in finanzieller Hinsicht, an der Ausrichtung von Veranstaltungen, die originäre Angelegenheiten der Hochschulen sind, etwa Lehrveranstaltungen wie studienbegleitende Orientierungsphasen, aber auch an Lehrveranstaltungen, die endlich konsequent und kontinuierlich Probleme entwicklungspolitischer Zusammenhänge, des Nord-Süd-Konfliktes usw. aufgreifen könnten.

Eine gänzliche Streichung der Posten Schulungsveranstaltungen und Veranstaltungstage, wenn auch nur vorläufig, würde ein anderes Projekt bedeuten. Gerade Veranstaltungstage, möglichst an bestimmten

einheitlichen Tagen (so war ein solcher Tag für alle Projekt-Hochschulen für Ende des WS 94/95 vorgesehen), sollen nicht nur die dort behandelte Thematik in eine möglichst große Öffentlichkeit lancieren, sondern darüber hinaus auch eine gewisse Verbindlichkeit in der gemeinsamen Arbeit der 11 Hochschulen strukturell herstellen, die bislang nur durch die gemeinsamen Arbeitssitzungen und die Arbeit der Koordinatoren einigermaßen festgeschrieben werden konnte.

Aber auch innerhalb einer solchen Projekt-Anlage wären die Posten "Koordinatoren" und "Koordinations-Sitzungen" unerlässlich.

Sowohl in Dresden als auch in Mainz und Oldenburg haben inzwischen Gespräche mit der jeweiligen Hochschulleitung selbst oder ihrer Vertretung stattgefunden, vor allem mit dem Ziel, weitere Mittel dem Projekt zur Verfügung zu stellen, die zumindest die Stellen der Projektkoordinatoren absichern könnten. An allen drei Hochschulen wurde Zustimmung signalisiert; entsprechende Möglichkeiten könnten sich beispielsweise über die Einrichtung von Hiwi-Stellen ergeben.

Zum Gespräch über die örtliche Zukunft des Projektes in Darmstadt mit dem Präsidenten der THD im Januar 1995 wurde verabredet, neben dem bereits geplanten „Tag des ausländischen Studierenden“ (...) eine Finanzierung von Informationsveranstaltungen zu diskutieren, die sich direkt an die Hochschullehrer und die deutschen KommilitonInnen richten und die Lage der ausländischen Studierenden im allgemeinen und an der TH Darmstadt im besonderen zum Inhalt haben. Ausgangspunkt dieses Vorschlags war die Erkenntnis, daß die "Hochschule" über diese spezielle Klientel und ihre besonderen restringierten Studienbedingungen wenig Bescheid weiß. Im übrigen ist eine solche Information auch wichtig im Zusammenhang einer anzustrebenden "Internationalität" der Hochschule.

Über die eben genannten Finanzierungsschritte hinaus wären weitere erhebliche Einsparungen nur möglich, wenn das Projekt in einer grundsätzlich anderen Form stattfinden würde, das heißt im großen ganzen unter Einschränkung der Zahl der beteiligten Hochschulen etwa um die Hälfte oder zwei Drittel. Auch dieser Punkt wurde in der

erwähnten Beirats-Sitzung lange diskutiert. Dann würde beispielsweise der Posten "Koordinatoren" relevant eingeschränkt werden können.

Dieses Projekt hätte dann jedoch ausschließlich exemplarischen Charakter, und die Frage ist, ob diese eingeschränkte Quantität nicht auch die Qualität grundsätzlich verändern würde, das heißt etwa, ob das Projekt dann überhaupt noch in der Öffentlichkeit bundesweit als anregend für eigene Initiative wahrgenommen würde.

Schlußbemerkung:

Die Meinung der Beirats-Mitglieder ist, daß ein prinzipielles Aufgeben der in der Projektplanung angelegten Organisationsform nicht opportun sein kann. Das Projekt müsse mit Geduld angegangen werden, es wäre verantwortungslos, "mitten im Strom die Pferde zu wechseln", zumal im überwiegenden Teil der Projekt-Hochschulen inzwischen Aktivitäten in Gang gesetzt sind, die nur schwer zurückgeschraubt werden könnten.

- * diese Bemerkungen sind Auszüge aus dem Abschlußbericht des Projektes
- ** der Beirat bestand aus WUS-Vorstandsmitgliedern, aus einem Mitglied des Delegiertenrates und der Projektleitung

SITUATIONSBERICHTE

Oliver Diehl

Einen Schritt vor und zwei zurück -

Die undankbaren Aufgaben eines Projekt-Koordinators in Mainz

Ich bin Psychologie-Student im 9. Semester. In den Jahren 1994 und 1995 arbeitete ich über den Zeitraum von 1 ½ Jahren als Koordinator des WUS-Projekts "Informieren statt Kapitulieren". Während eines Teils dieser Zeit war ich AStA-Referent für Internationalismus. Ich war weiterhin im Akademischen Auslandsamt tätig, das meine Koordinationsstätigkeit während eines Semesters mitfinanzierte. Mittlerweile ist die Projektphase an meiner Universität beendet und ich frage mich, was von der Anstrengung geblieben ist.

Das Ziel meiner Arbeit war von Beginn an klar: Das Projekt sollte Impulse setzen, um etwaige Rassismen an der Hochschule aufzuspüren und öffentlich zu machen und für die spezifische und ziemlich desolate Situation der internationalen Studierenden Verständnis und Interesse zu wecken - Interesse seitens der deutschen Kommilitonen und Kommilitoninnen und der Professorenschaft.

Weniger klar war die Form der Umsetzung dieser Ziele. Mit einem guten Draht zum AStA und zum Akademischen Auslandsamt schienen mir zu Beginn meiner Arbeit zwei Wege gangbar. Ich will hier kurz von den Erfahrungen auf diesen zwei Wegen berichten.

Weg A. Die Hochschulpolitik

Der AStA hat als Exekutivorgan der Verfaßten Studierendenschaft sehr große Freiheiten, wenn es um die Ausgestaltung hochschulpolitischer Schwerpunkte geht. Zur Organisation von Veranstaltungen und

als Ausgangsbasis für weitere Projekte erschien er mir ein ideales Medium. Wöchentlich finden in unserem AStA Plenen statt, auf denen neue Projekte und Ideen verhandelt werden - gute Bedingungen also für den Austausch aktueller hochschulpolitischer Vorstellungen und Strategien. Oftmals kommen ausländische Initiativen und Gruppen internationaler Studierender, um für ihre Projekte zu werben und auch die finanzielle Unterstützung zu beantragen. Aber: Die Anträge für die Unterstützung müssen innerhalb bestimmter Fristen eingereicht werden, die Besprechung der Referenten findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, und eine Begründung für etwaige Ablehnungen gibt es auch nicht. Alles in allem also reichlich bürokratisch. So hat auch das Gremium der Referenten (AStA-Plenum), dem außer dem Ausländerreferenten nur Deutsche angehören, eine meiner Erfahrung nach sehr gefährliche Mentalität entwickelt: Ausländische Studierende werden als Bittsteller gesehen. Wenn sie um ihre Projekte werben, müssen sie sich vorkommen wie vor einem Tribunal.

Natürlich wird keiner der Referenten zugeben, er sei ausländerfeindlich. Doch bewußt oder unbewußt hat sich auch die studentische Vertretung die gleichen Strukturen gegeben, die die internationalen Studierenden nur zu gut von anderen "Behörden" kennen. Was mich dabei vor allem störte war, daß die AStA-Referenten üblicherweise eine ähnliche Selbstgerechtigkeit im Umgang mit internationalen Studierenden an den Tag legten, wie dies auch von Beamten der Ausländerbehörde zur Genüge berichtet wird. Wichtig für mich ist die Erkenntnis, daß mir eigentlich erst die Mitarbeit im WUS-Projekt Sensibilität und Hintergrundwissen gegeben hat, um auf diese Situation aufmerksam zu werden.

Für den damaligen AStA war das WUS-Projekt erwartungsgemäß kein interessantes Thema. Nun kam jedoch der Umstand hinzu, daß ich als Teil einer kleinen Fraktion selbst Teil dieses AStA war. Meine Anliegen konnten also nicht einfach abgeschmettert werden. Auseinandergesetzt hat sich mit mir und dem Projekt trotzdem niemand. Das Projekt mit seiner Rassismuskritik wurde vielmehr als nette Geste, ansonsten jedoch als Traamtänzerie gesehen. Daß die Ausländerproblematik neben BAFöG, Studiengebühren und Zwangsexmatrikulation ein zentrales Thema der Hochschulpolitik darstellt, wurde ignoriert. So ist das

Projekt "Informieren statt Kapitulieren" weder im Hochschul- noch im Sozialreferat behandelt worden, sondern ging direkt an das einzige Referat, das sich mit den Belangen der Ausländer auseinandersetzt, das Autonome AusländerInnenreferat.

Dieses "autonome" AusländerInnen-Referat repräsentiert alle aus über sechzig Nationen stammenden internationalen Studierenden meiner Universität. Das Problem besteht darin, daß anscheinend kein Ausländer-Referent imstande ist, Kontakt zu allen wichtigen Gruppen aufzunehmen, geschweige denn alle Interessen unter einen Hut zu bringen. Dies hat verschiedene Gründe. Zum einen sind die Studenten, die sich zum Ausländer-Referenten wählen lassen, hoch motiviert, jedoch selten mit den Verhältnissen und der Arbeit in diesem Referat vertraut. Sie stehen den spezifischen Problemen ihrer eigenen Landsmannschaften viel näher als denen anderer Gruppen. Durch gezielten Gruppendruck wird die Arbeit noch einseitiger. So arbeiten die Referenten nicht nur an sich selbst, sondern auch an den Interessen der internationalen Studierenden vorbei.

Als WUS-Koordinator war für mich die Zusammenarbeit mit dem AStA nur punktuell möglich. Außer einem Interkulturellen Fest, das der AStA finanziell unterstützte, haben wir nichts auf die Beine gestellt. Der erhoffte große Anstoß für das Projekt hat sich daraus nicht ergeben.

Als ein autonomer Ausländer-Referent wegen vorgeschobener und persönlich diffamierender Vorhaltungen im StuPa nicht bestätigt wurde, kam ich mit unserer Koalition so weit auf Konfrontationskurs, daß ich aus dem AStA ausschied. Die Auseinandersetzung ging so weit, daß wir bis heute nicht mehr miteinander sprechen.

Das einzig Gute, was sich aus der Auseinandersetzung entwickelte, war, daß das Thema Ausländer plötzlich auf der hochschulpolitischen Tagesordnung stand. Zuerst war meine Hochschulgruppe, die das Thema ansprach und die Ausländersituation im Studierendenparlament zu diskutieren versuchte. Doch mittlerweile kann ich sagen, daß kaum ein anderes Thema so heftige Auseinandersetzungen ausgelöst hat. Hierzu hat vor allem die Weigerung deutscher Studierender beige-

tragen, einen bereits gewählten Ausländerreferenten zu bestätigen. Diese Weigerung hat auch vielen Studierenden die Augen geöffnet, die vorher der Rassismus-Kritik eher ungläubig gegenüberstanden.

Dabei scheint es mir wichtig zu erwähnen, daß sich ein Deutscher nur sehr schlecht vorstellen kann, was Wahlen für internationale Studierende überhaupt bedeuten. In Deutschland sind ja "Ausländer" nur an der Hochschule politisch voll integriert. Sie haben das gleiche Wahlrecht wie Deutsche. Hochschulpolitik, für manchen Deutschen nur eine Art Hobby oder eine Art „akademischer“ Nebensache, hat für viele internationale Studierende einen ganz hohen demokratischen Stellenwert (gerade wenn es sich um politische Flüchtlinge handelt, die auf ihre besondere Situation aufmerksam machen wollen.).

Um so schlimmer ist es, daß über den Zeitraum der letzten zweieinhalb Jahre (also dem Projektzeitraum) drei von den Ausländern selbst vorgeschlagene und gewählte Referenten von unserem "deutschen" StuPa einfach nicht akzeptiert wurden. Sie erschienen vielen Abgeordneten als zu unbequem, zu frech oder zu gefährlich (vielleicht sollte ich sagen: zu politisch). Für mich kam damit in dieser Zeit zum Ausdruck, wie unwissend, naiv und vor allem arrogant deutsche studentische Parlamentarier sein können.

So wird ausländischen Rednern im StuPa oftmals einfach nicht zugehört. Das liegt sicherlich unter anderem daran, daß ihre Ausdrucksweise und Wortwahl nicht immer „korrekt“ sind. Selbst "Bildungsinländer", also Ausländer, die hier in Deutschland ihre Hochschulreife erlangt haben, zeigen manchmal begrifflicherweise Unsicherheiten, wenn sie das Wort an ein 50 Köpfe zählendes Parlament richten müssen. Diese befremdliche Reaktion auf sprachlichen oder begriffliche Unzulänglichkeiten hat aber im Parlament konkrete politische Folgen. Da die ausländischen Studierenden im öffentlichen Auftreten häufig auch ziemlich „emotionalisiert“ sind und bei der Darstellung ihrer Forderungen auch - unbewußt - Tabus brechen oder Empfindlichkeiten berühren, gibt es regelmäßig Mißverständnisse und entsprechende Auseinandersetzungen, die leider nicht zu inhaltlichen Klärungen beitragen. So war die spontane Anschuldigung eines Redners "Ihr seid ja Rassisten!" nicht etwa ein Grund zur einer ernsthaften inhaltlichen Auseinandersetzung über dieses Pauschalurteil im Stu-

Pa, sondern wurde klammheimlich Anlaß zu einer weiteren Stigmatisierung der "Ausländer": Der betreffende ausländische Studierende wurde von diesem Zeitpunkt an geschnitten und nicht mehr für voll genommen. Die fortan zur Rechtfertigung dafür, sich weder mit den angesprochenen Inhalten, noch mit der Person, "die uns so beleidigt hat", ernsthaft zu befassen. Richtig schlimm finde ich, daß die Erfahrungen, die internationale Studierende mit unseren demokratischen Ritualen machen (sei es bei der Behörde oder im StuPa), ihr politisches Bewußtsein stark prägen. Für mich persönlich war an dieser Debatte jedenfalls wichtig, daß das Wort 'Rassismus' zum ersten Mal einen anschaulichen Charakter bekam.

Die Auseinandersetzung um die Rechte, Interessen und Bedürfnisse der ausländischen Studierenden stellt heute den zentralen Zankapfel des StuPa an der Uni Mainz dar und scheidet "Rechte" und "Linke" innerhalb der Hochschulpolitik.

Aus dieser polemischen Situation heraus trat erstmals eine "Internationale Liste" zu den Wahlen an. Ihr Ziel war es, Interessen internationaler Studierender nicht über deutsche Hochschulgruppen, sondern direkt zu vertreten. Nach der letzten StuPa-Wahl ist diese Gruppe Zünglein an der Waage. Ob diese Gruppierung es schafft, sich künftig politisch zu behaupten, muß dahingestellt bleiben. Im Augenblick wird sie von anderen Hochschulgruppen eher als Mehrheitsbeschaffer denn als gleichwertiger Partner verstanden.

Weg B. Die Hochschulverwaltung

Um diejenigen Personen und Einrichtungen an einen Tisch zu bekommen, die an meiner Hochschule mit den Problemen des Ausländerstudiums professionell oder vom Interesse her beschäftigt und darüber seriös zu diskutieren in der Lage sind, schien mir ein zweiter Weg wichtig, der Weg über die Institutionen. Hierzu lud ich zu einem Runden Tisch ein. Die Teilnehmer an diesem Runden Tisch sollten als Experten möglichst auf konsensfähigem Niveau offen und ehrlich über die Probleme ausländischer Studierender diskutieren und Lösungen erarbeiten. Studentische Vertreter sollten an dieser Gesprächsrunde natürlich ebenfalls teilnehmen. Ich hoffte, daß in diesem Zusammenhang

auch generell Probleme rassistischen Verhaltens an der Uni einigermaßen untabuisiert diskutiert werden könnten.

Diese Vorstellung war, meine ich heute, sehr naiv.

Zuerst sprach ich mit allen in Frage kommenden Personen und war überrascht über die Offenheit und die Akzeptanz, die diese Idee des Runden Tisches auslöste. Auslandsamt, Studienkolleg, Studierende, Ausländerbeauftragter, sowie Studentengemeinden beteiligten sich an den Sitzungen. Über den Zeitraum eines Jahres traf sich der "Runde Tisch" regelmäßig, lud Gäste ein und besprach Probleme internationaler Studierender.

So weit, so gut.

Die Inhalte unserer Diskussionen blieben jedoch in der Hochschule selbst weitgehend ungehört. Es war mir/uns irgendwie nicht möglich, dort eine breite Öffentlichkeit für die Problematik des Ausländerstudiums zu schaffen. Öffentlichkeit bedeutet für mich vor allem, Interesse bei den Vertretern der Studierenden und den internationalen Studierenden selbst zu wecken. Letztlich kamen immer die selben bekannten Leute zu unseren Sitzungen. Zwei Informationsveranstaltungen des Runden Tisches auf dem Campus der Universität fanden sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Studierenden wenig Interesse.

Der Runde Tisch hat sich daraufhin langsam von dem ursprünglich offenen Konzept verabschiedet und existiert heute als eine Art Verwaltungsgremium fort. Auch ich selbst habe mich auch verabschiedet und sehe den Runden Tisch in seiner ursprünglichen Konzeption heute als gescheitert an.

Dies hat vor allem damit zu tun, daß der Runde Tisch in einer Zwickmühle steckt. Einerseits ist er zu wichtig, um einfach ignoriert werden zu können. Andererseits ist er aber auch so etwas wie ein ständiger Zankapfel. Darüber, wie er geführt wird und was dort besprochen wird, hat es niemals Konsens gegeben. Er lebte von der Hand in den Mund. Wenn es zum Beispiel darum ging, wie der Ausländer-

behörde zu begegnen oder wie das Projekt einer Gruppenkrankenversicherung zu etablieren sei, fanden wir schnell Übereinstimmung. Doch so wichtig diese Themen auch waren, Diskussionen um grundlegende Fragen, wie Ausländerfeindlichkeit oder das Desinteresse der deutschen Studierenden an ihren internationalen Kommilitonen, wurden nicht behandelt.

Das Naive an meinen Vorstellungen war, daß ich immer dachte, es sei nun einmal professionell, praktischen und organisatorischen Problemen immer Vorrang zu geben. Erst nach mehr als einem Jahr wurde mir klar, daß die Teilnehmer des Runden Tisches einfach nicht bereit waren, über den Minimalkonsens der gemeinsamen Begegnung hinauszugehen. Und der bezog sich bequemerweise auf die formale Problematik, wie etwa die organisatorische und finanzielle Situation der ausländischen Studierenden.

Neben der Aussprache während der Sitzungen und den bereits genannten Informationsveranstaltungen hatte auch kein Teilnehmer große Lust, sich an Gemeinschaftsprojekten zu beteiligen. Mehrere Versuche, den Runden Tisch etwa zu politischen Stellungnahmen zu bewegen, überhaupt kritische Ereignisse zu diskutieren, wurden bewußt verhindert, und auch das angestrebte gemeinsame Auftreten in der Öffentlichkeit zu wichtigen Fragen verlief im Sande. Was mich vor allem immer noch irritiert, ist, daß die offensichtlich vorhandene Kritik an dem politischen Anspruch des Runden Tisches, die Diskussion der Rassismus-Problematik, niemals Gegenstand einer Auseinandersetzung gewesen ist.

Anscheinend ist es so, daß die Arbeit innerhalb eines Runden Tisches nur auf einem möglichst praktischen Niveau gemacht werden kann. In unserem Zusammenhang bedeutet dies eben vor allem die Erörterung der größten organisatorischen und finanziellen Ungerechtigkeiten im Ausländerstudium, zum Beispiel die Frage der unbefriedigenden deutschen Sprachkenntnisse der ausländischen Studierenden oder das Problem des Versicherungsschutzes der Studienkollegiaten.

Eigentlicher Grund hierfür war, daß die einzelnen Einrichtungen als Teilnehmer des Runden Tisches sich nichts vergeben und ihre Arbeit

nicht grundsätzlich in Frage gestellt sehen wollten, und daß der Runde Tisch von vornherein nicht als ein Forum akzeptiert wurde, auf dem gewissermaßen unbedenklich allgemeine politische Äußerungen gemacht werden könnten. Und das hatte wiederum seinen Grund in den sehr unterschiedlichen, zum Teil gegensätzlichen und konkurrierenden Interessen zu tun, die die teilnehmenden Institutionen mit ihrem Engagement am Runden Tisch verfolgten.

Es war zerstörerisch, daß diese unterschiedlichen Auffassungen und Vorstellungen nie in einem offenen Konflikt zu Tage treten durften und Gegenstand einer allgemeinen Debatte wurden. Dadurch blieb ein kontinuierliches gemeinsames Handeln für immer ausgeschlossen.

Auch deswegen redeten die am Runden Tisch teilnehmenden internationalen Studierenden, die manches Mal politische Vorwürfe erhoben, an den deutschen Teilnehmern meistens buchstäblich vorbei. Bis heute ist mir nicht ganz klar, ob die am Runden Tisch teilnehmenden Deutschen nicht verstehen wollten oder nicht verstehen konnten, daß bei Diskussionen um die Probleme internationaler Studierender immer auch die Rassismus-Problematik und ihre konkrete Bedeutung für die ausländischen Studierenden mitschwingen.

Dabei ist doch klar, daß ein Projekt gegen Rassismus immer auch gesellschaftskritisch und damit politisch sein muß. Diese Erkenntnis konnte ich bei den Betreuern und Beratern nicht entdecken. Ich selbst muß bei den Teilnehmern des Runden Tisches (zu denen natürlich auch Verwaltungsangestellte gehörten) mit meinen Ansichten und Forderungen manchmal wie ein Relikt der Studentenbewegung der 60er Jahre gewirkt haben.

Ich weiß, daß sich viele Betreuer und Berater wirklich für die Belange der internationalen Studierenden einsetzen. Doch die meisten tun dies als Einzelkämpfer. Ich verstehe die Schwierigkeit, mit den problematischen und ungeklärten Fragen des Ausländerstudiums offen umzugehen - dafür sorgt schon die Widersprüchlichkeit der Ausländergesetzgebung und die unterschiedlichen Verfahren der örtlichen einschlägigen Behörden - doch bin ich der Meinung, daß der Weg, den viele Verantwortliche wählen, in seiner Pragmatik letzten Endes falsch ist.

Bei einem meiner vorbereitenden Gespräche für den Runden Tisch sagte mir der Leiter einer Studentengemeinde, daß die Grundlage der Betreuungsarbeit ausländischer Studierender die "Lüge" sei, daß das Wissen um die wahre Situation ausländischer Studierender, vor allem wenn sie aus Entwicklungsländern kommen, eines sei, die Wahrung des Scheins ein zweites, und zwar ein wichtigeres. Er meinte damit, vieles müsse der Öffentlichkeit gegenüber verheimlicht werden, um möglichst viel zu erreichen.

Ich habe diesen Satz nicht vergessen und glaube, daß er eines der Grundübel der teilweise dramatischen Situation im 'Ausländerstudium' beschreibt, nämlich den unkritischen „fürsorgerischen“ Aspekt in der Betreuung ausländischer Studierender. Natürlich ist ihr Problem häufig die mangelhafte finanzielle Ausstattung, die mangelnden deutschen Sprachkenntnisse usw. Wesentlicher erscheint mir jedoch, daß ihnen weithin der besonders für ein Studium notwendige soziale Kontakt zu den deutschen KommilitonInnen, überhaupt zu den Deutschen fehlt. Und der kann nicht über das traditionelle System der Fürsorge hergestellt werden, sondern nur über eine Sensibilisierung der Hochschulöffentlichkeit für die besondere und auch besonders schwierige Situation der ausländischen KommilitonInnen. Wir Deutsche sind anscheinend sehr stark auf uns selbst bezogen und haben Schwierigkeiten, andere und anderes zu tolerieren. An dieser engen Haltung müßte angesetzt werden - zugunsten eine mehr international ausgerichteten wissenschaftlichen Sicht- und Arbeitsweise.

Ich glaube, daß ich habe deutlich machen können, daß das Projekt "Informieren statt Kapitulieren" auf beiden Wegen nicht die erhoffte Dynamik hat auslösen können. Was aber waren die Unzulänglichkeiten in der Planung, was die Fehler in der Durchführung?

1. Wo die Arbeit stattfindet

Der WUS trat mit dem Projekt an die Leitung meiner Universität heran. Diese gab das Projekt sofort an das Akademische Auslandsamt

weiter, das für die Fragen der internationalen Studierenden zuständig ist. Im Auslandsamt wurde die Intention des Projektes zwar begrüßt, nach sehr kurzer Zeit wurde jedoch deutlich, daß das Projekt in seiner politischen Ausrichtung nicht unterstützt werden konnte.

Hier scheint es bei der Planung von seiten des WUS einen fundamentalen Fehler gegeben zu haben. Zwar war es wichtig, das Projekt innerhalb der Universität anzusiedeln, jedoch hätte es niemals ein Teil des Verwaltungsapparates (AAA) sein dürfen. Das Auslandsamt ist nicht nur dem Universitätspräsidenten unterstellt, es kann also nicht autonom handeln - dies ist aber wichtig, um Vertrauen gegenüber allen Projekt-Teilnehmern zu gewinnen. Außerdem war es mit seiner dünnen Personal- und Finanz-Ausstattung von vornherein überlastet. Das WUS-Projekt konnte daher nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Theoretisch wäre der AStA der beste Ort gewesen, das Projekt anzusiedeln. Hier besteht nicht nur der hochschulpolitische Auftrag, sondern auch die für eine politische Arbeit nötige Infrastruktur. Die ASten sind jedoch, gerade was ihre ausländerpolitische Arbeit betrifft, sehr starker personeller Fluktuation unterworfen. In weiten Teilen der politisch aktiven internationalen Studierendenschaft herrscht Mißtrauen gegenüber den Referenten. So wäre es an meiner Hochschule niemals möglich gewesen, das Projekt über den AStA zu organisieren.

2. Der Koordinator

Das Ziel des WUS-Projektes war es unter anderem, Impulse für eine positive Veränderung der Situation ausländischer Studierender zu setzen und hierdurch eine Dynamik zu schaffen, die sich in Zukunft alleine tragen würde. Die Position eines Koordinators sollte über einen begrenzten Zeitraum Multiplikatorenfunktion übernehmen.

Auch diese Konzeption hat sich als unzureichend erwiesen. Es war eine völlige Fehleinschätzung zu glauben, ein studentischer Koordinator könne mit 250 DM im Monat Aufgaben übernehmen, die die Ausländerarbeit der Universität grundlegend verändern. Wenn es das erklärte Ziel war, ausländische Studierende zu organisieren, hätte sowohl die entsprechende finanzielle und organisatorische Unterstützung

bereitgestellt werden müssen. So war der Koordinator weitgehend auf sich allein gestellt.

Hier spielt auch der Zeitrahmen eine große Rolle. Kaum war es mir gelungen, mich im Kreis der Institutionen und Einrichtungen, der Berater und Betreuer zu etablieren und um Vertrauen für die Idee des Projektes zu werben, war das Projekt bereits beendet. Auch die zeitlich befristete Wiederaufnahme für ein halbes Jahr (1995) und die Unterstützung des Auslandsamtes konnten daran nichts ändern. Denn wo die Mittel fließen, da liegt auch die Verantwortung.

Als Koordinator habe ich von meiner Unbefangenheit und meiner Unabhängigkeit gelebt. Als die nicht mehr gegeben war, war auch ein Teil meines Vertrauensbonus' verloren, und ich rutschte in die Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Institutionen. Als AStA-Mitglied war ich noch relativ unabhängig, als HiWi im Auslandsamt schon Teil der "Konkurrenz" - auf jeden Fall „zwischen den Stühlen“.

Heute bin ich der Meinung, daß der Koordinator für einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren als fixe Anlaufstelle hätte konstituiert werden müssen müssen, um sich im Spannungsfeld der schnellebigen Hochschulpolitik und der schwerfälligen Hochschulverwaltung etablieren zu können. Während dieser Zeit hätte auch seine Unabhängigkeit garantiert sein müssen. Dies hätte einerseits durch eine externe Finanzierung, andererseits durch eine direkte Ansiedlung - beispielsweise beim Unipräsidenten - erfolgen können.

3. Der Nutzen

Der Nutzen unseres Projekts sollte möglichst groß sein, d.h. möglichst viele Studierende hätten durch das Projekt angesprochen, aufgeklärt und motiviert werden sollen. Von dieser Absicht konnte schon deshalb kaum etwas realisiert werden, weil ein großer Teil der ausländischen Studierenden von dieser Aktion überhaupt nichts erfahren hat. Auf mehrere informierende Artikel in der Uni-Zeitung gab es keine Resonanz.

Meine Erfahrung hat gezeigt, daß die Einbindung des Verwaltungsapparates und anderer Institutionen im Umfeld der Uni wichtig ist, doch

für die Verbreitung der Sache nur eingeschränkten Nutzen bringt. Projekte, wie "Informieren statt Kapitulieren" können nicht ohne Engagement der Studierendenschaft existieren. Mitarbeiter der Studentenwerke, des Studentensekretariats, des Auslandsamtes haben wenig Erfahrung, Studierende direkt anzusprechen, oftmals glauben sie auch nicht, daß es unbedingt notwendig wäre. Sie sind Quasi-Behörden und werden schon von daher von jedem Studenten mit Skepsis gesehen!

Letztlich, so scheint es mir, war ich derjenige, der von dem Projekt am meisten profitiert hat. Für mein Verständnis der Situation ausländischer Studierender und des sie erfassenden Systems war die Erfahrung außerordentlich wichtig. Ich habe gelernt, meinen Enthusiasmus nicht mehr ungeprüft aufs Spiel zu setzen und angefangen, sowohl Studierenden als auch Beratern zu mißtrauen.

4. Die fachliche Qualifikation

Die fachliche Qualifikation der Teilnehmenden beschränkte sich zum großen Teil auf verwaltungstechnische oder themenfremde Bereiche. Auch die Referenten des AStA waren unbedarft und teilweise sehr naiv. Die besondere Situation internationaler Studierender wurde eigentlich erst im Umgang mit diesen erlernt.

Diese Self-made-Berater sind in vielerlei Hinsicht den oftmals extremen Situationen, in denen sich internationale Studierende befinden, und ihrer effektiven Bearbeitung nicht gewachsen. Hier fehlt die gezielte Weiterbildung aller Beteiligten, weiterhin eine regelmäßige Supervision - und eigentlich überhaupt die Ausbildung zum Berater. Natürlich fehlen auch die Stellen. Die Beratungs- und Betreuungstätigkeit wird an unserer Universität zum großen Teil von HiWis übernommen.

5. Einzelkämpfertum und Neid

Eine große Schwierigkeit bei der Umsetzung eines Integrationskonzeptes mit der Basis eines Runden Tisches ist die Konkurrenz der einzelnen Institutionen untereinander. Es war eine Illusion gewesen zu glauben, alle Beteiligten wären vorbehaltlos und konstruktiv dem

„gemeinsamen Ziel“ verpflichtet und bereit, dabei auf Querelen zu verzichten.

Hierbei scheint die jeweilige berufliche Sozialisation innerhalb der Uni bedeutsam zu sein und ihre Arbeit in Einzelkämpfermanier. Es erscheint mir als sehr schwierig, sie zu neuem Denken zu überreden und sich zu einer grundsätzlich neuen Position zu entschließen, die weniger ihrer persönlichen Sichtweise entspricht, sondern eher dem Interesse des Studierenden. Hierbei ist mir aufgefallen, daß die Berater einmal den Studierenden vielfach in einer Opferrolle sehen (Robin-Hood-Syndrom) oder ihn ein anderes Mal als faulen und unachtsamen Antragsteller und Abzocker.

Auch hier scheinen kontinuierliche Weiterbildungskurse und gemeinsame Trainings wichtig für die Veränderung der Situation. Das Thema "latenter Rassismus" sollte dabei kein Tabu sein - so, wie es bei den Besprechungen des Runden Tisches der Fall war.

6. Die Protagonisten

Ideen werden in der Hochschulpolitik fast immer von einzelnen vertreten und letzten Endes durchgesetzt. Mit diesen Personen steht und fällt ein Projekt. Da es gerade in den studentischen Vertretungen der internationalen Studierenden zu starken Interessenskonflikten und Auseinandersetzungen kommen kann, ist die kontinuierliche Verwirklichung eines Projekts schon deshalb sehr schwierig.

Die entsprechenden Protagonisten sind auch unter den internationalen Studierenden zu wenig, als daß man mit ihnen jederzeit rechnen könnte. Viele sind in ihre alltäglichen Auseinandersetzungen verstrickt, das Überleben im fremden Land nimmt sie völlig in Anspruch. Sie sind zudem allen Bemühungen ihnen gegenüber mißtrauisch - kein Wunder: ihre Erfahrungen sind oft schlecht. Ich habe jedoch gemerkt, daß sie zu mir als Projekt-Koordinator in dem Moment Vertrauen hatten, wenn ihnen klar war, daß ich auf der "richtigen Seite" stand und in ihrem Interesse zu handeln versuchte. Mißtrauen ist für mich

einer der wichtigsten und auch hinderlichsten Faktoren im Verhältnis zwischen deutschen und internationalen Studierenden.

Interessant finde ich, daß es sich bei den engagierten ausländischen Studierenden immer um Menschen handelt mit hohem Selbstbewußtsein. Ihre Handlungsweise mag manchmal merkwürdig anmuten, eben irgendwie "anders", auf jeden Fall sind sie innerhalb ihrer Gruppe am hartnäckigsten und bleiben am intensivsten an einem Problem. Sie sind die "surviver" einer Situation und eines Systems, die es ihnen nicht einfach machen, ihre Vorstellungen und Interessen zu vertreten; Vorstellungen, die vielleicht nicht immer einleuchten, manchmal sogar dogmatisch und übertrieben scheinen, doch stets eine feste Position haben, die ich zu respektieren gelernt habe.

Ich glaube, daß die Fortführung des Projekts "Informieren statt Kapitulationen" oder eine Neuauflage nicht sinnvoll wäre. Einerseits wären die Koordinatoren immer Joker in einem Spiel, das sie weder durchschauen, noch jemals beherrschen könnten. Sie wären einfach nicht in der Lage, einen wirklichen Fortschritt zu erzielen. Wenn sich etwas bewegen soll, dann muß sich der Koordinator als eigene Institution etablieren - autark und autonom.

Nach meinen Erfahrungen kann eine Weiterführung des Projektes nur so aussehen:

Die bereits entstandenen Ansätze zur politischen Arbeit müssen aufgegriffen und bereits engagierte Studierende gezielt gefördert werden. Hierbei wären Fortbildungsseminare, die auch zum Erfahrungsaustausch dienen, besonders hilfreich. Für mich waren die Koordinatoren-Seminare immer sehr wichtig, nicht nur, um neue Energie, sondern auch, um neue Ideen zu bekommen.

An meiner Universität existieren verschiedene unabhängige Gruppierungen, die teilweise sehr gute Arbeit mit internationalen Studierenden machen. Gerade hier scheint eine Kooperation auch im Hinblick auf die Bearbeitung rassistischer Zumutungen innerhalb der Hochschule in Zukunft besonders sinnvoll.

7. Rückendeckung

Ohne die Rückendeckung der Universitätsleitung oder zumindest ihre wohlwollende Begleitung wird kein derartiges, inhaltlich und finanziell nicht gerade unaufwendiges Projekt laufen können. Hier müssen aber von vornherein die Konditionen ausgemacht werden und nur solche Hochschulen als Projekthochschulen ausgewählt werden, die auch bereit sind, ein Mindestmaß an finanziellen Mitteln und personellem Rahmen zur Durchführung eines solchen Projektes zu stellen.

Die aktuelle Debatte um die Attraktivität des deutschen Studiums weltweit, übrigens auch die Frage nach Internationalität der deutschen Hochschule, könnte hier bisherige Vorbehalte und Bequemlichkeiten mittlerweile aufgelöst haben.

8. Orte der Integration

Integration im Studienalltag findet nur durch Kontakt zu deutschen Studierenden statt. Dieser braucht einen Ort. Ohne ihn wird Integration systematisch verhindert. Hierzu müßten Überlegungen angestellt werden, wie bestimmte Räumlichkeiten von der Hochschule angemietet und - zum Beispiel - als Integrations- und Kulturzentrumgeführt werden könnten.

Konkrete Überlegungen für solch ein Zentrum ergaben sich in Mainz bei den Sitzungen des Runden Tisches immer wieder, und werden mittlerweile auch innerhalb der Hochschulpolitik diskutiert. Projekte mit Symbolkraft sollten stärker in den Mittelpunkt der hochschulöffentlichen Debatte gerückt werden, denn sie können das Klima einer Universität zum Positiven, zum Beispiel zum Internationalen und Multikulturellen hin, verändern.

Die Diskussion über Verwaltungsvorschriften kann dies nicht.

I Die Referenten dieses Referats werden von einer eigens einberufenen AusländerInnen-Vollversammlung vorgeschlagen und gewählt.

Hans-Jürgen Schmidt (Berichtersteller)

AG AUSLÄNDERSTUDIUM

Die Projekt-Situation in Darmstadt - Darstellung und Fazit

Einführung

Die Orientierungstagung für ausländische Erstsemester im WS 1994/95 wurde vom Arbeitskreis Ausländerstudium (AKAS) im Rahmen des bundesweiten Projekts "Informieren statt Kapitulieren" organisiert, dessen Mitglieder sich aus Mitarbeitern und Studierenden an der Technischen Hochschule und der Staatlichen Fachhochschule rekrutieren, sowie aus Mitarbeitern der Studentengemeinden, des Studentenwerks, des örtlichen Studienkollegs usw.

Die Veranstaltung fand am 12.10.1994 in Räumlichkeiten der TH Darmstadt (THD) statt und dauerte von 10:00 Uhr morgens bis ca. 17:30 abends. Circa 60 Personen nahmen an der Veranstaltung teil, darunter der Präsident der THD, Herr Prof. Dr. H. Böhme, sowie der Ausländerbeauftragte der THD, Herr Prof. Dr. H. Körner. Neben den Verantwortlichen des Arbeitskreises Ausländerstudium und den ausländischen Erstsemestern waren acht Tutoren anwesend.

Behandelte Themen während der gesamten Veranstaltung waren: die Arbeit und das WS-Programm des Arbeitskreises Ausländerstudium, die Geschichte der THD und die Rolle der ausländischen Studierenden, die Besonderheiten und Probleme des Ausländerstudiums in Deutschland, was Studieren heißt, Struktur der Studien- und Prüfungsordnung, sowie das Studium in den verschiedenen Fachbereichen.

Ein Fest, das am späten Abend von 20:00 Uhr bis ca. 01:00 Uhr nachts im Studentenkeller im Schloß zu diesem Anlaß organisiert wurde, gab der Veranstaltung einen lebhaften Abschluß.

Die Rolle der Tutoren bei der Organisation dieser Veranstaltung umfaßt die Mitarbeit in den Sitzungen des Arbeitskreises Ausländerstudium zur Vorbereitung der Veranstaltung, die Teilnahme an einer Tutorenschulung, die Moderation von Kleingruppen bzw. Fachgruppen während der Veranstaltung am Vor- bzw. Nachmittag und die Durchführung der Werbung für das Abschlußfest durch Plakatierung und Verteilung von Flugblättern.

Sitzungen

Planung und Durchführung dieser Veranstaltung setzte eine genaue Vorbereitung durch den zuständigen Arbeitskreis voraus, der aus Vertretern des Studienkollegs Darmstadt, der Katholischen Hochschulgemeinde Darmstadt, der Zentralen Studienberatung der THD, des AStA der THD, des Akademischen Auslandsamtes, der Fachhochschule Darmstadt (FHD), sowie einiger ausländischer Studenten besteht, die bei der Veranstaltung auch als Tutoren fungierten. Die Vorbereitung umfaßte sechs dreistündige Sitzungen des Arbeitskreises zur detaillierten Ausarbeitung des Tagungsprogramms und diverse Kontakte zu potentiellen Referenten sowie die Suche nach weiteren Tutoren.

Tutorenschulung

Die Tutorenschulung fand am 22. 09.1994 in einem Seminarraum der Zentralen Studienberatung der THD von 14:00 bis 18:30 Uhr statt. Teilnehmer waren fünf Tutoren, zwei Betreuer und drei weitere Mitglieder der AKAS.

Die Schulung lief folgendermaßen ab: Nach Vorstellung der Teilnehmer und einer kurzen Darstellung der inhaltlichen und organisatorischen Tätigkeit der Tutoren und der Zielsetzung des Tutoriums wurde eine Simulation der praktischen Tutorentätigkeit

versucht. Es wurde diskutiert, worauf die Tutoren besonders achten sollten und wie die Erstsemester vorzubereiten wären und auf sie einzugehen wäre, wobei besonders die spezifischen Wünsche und Bedürfnisse der Gruppen, Gefühle und Erfahrungen der Erstsemester, Offenheit und Freundlichkeit im Umgang mit den Gruppen etc., angesprochen wurde. Dabei wurden durch die Betreuer praktische Hinweise zur Simulation gegeben und eine Personenwahl (Aufteilung der Teilnehmer in zwei Gruppen à zwei Personen, wobei die übrigen sechs Personen als Erstsemester fungierten) und eine Themenwahl (Themen, die für Erstsemester von Interesse sein könnten) vorgenommen.

Nach einer Pause erfolgte eine Diskussion über die Simulation mit Auswertung. Hier wurde eine Videoaufnahme der Sitzung betrachtet und kommentiert und inhaltliche oder didaktische Fehler besprochen.

Zum Schluß hatte jeder Teilnehmer Gelegenheit, seine persönliche Meinung zu dieser Art der Tutorenvorbereitung abzugeben und Kritik zu üben.

Werbung

Für das Abschlußfest wurde innerhalb und außerhalb der Hochschule plakatiert. Außerdem wurden Flugblätter in den verschiedenen Studentenwohnheimen verteilt (im Karlshof, in der Nieder-Ramstädter-, Riedesel-, Magdalenen-, Hochschul-, Kasino-, Heidelberger- und Poststraße, sowie im Lichtwiesenweg und in den Wohnheimen der ESG und der KHG).

Die Diskussionen in den Kleingruppen am Vormittag

Nach den Reden am Vormittag teilte sich die Versammlung in fünf Gruppen zu etwa zehn Mitgliedern auf. Es moderierten die Mitglieder des Arbeitskreises sowie die Tutoren. Die Gruppenmitglieder stellten sich selbst mit Namen, Nationalität, Fachbereich, Semesterzahl und studien- und aufenthaltsrelevanten Erfahrungen vor. In den

Gruppendiskussionen erzählten die Erstsemester von ihren besonderen Problemen hinsichtlich des Ausländerstudiums in Deutschland, vor allem von ihren alltäglichen kulturellen und sozialen Anpassungsschwierigkeiten, von ihren Sprachproblemen und erlebten Anfeindungen und Mißverständnissen, aber auch von ihren eigenen Initiativen zur Integration und von den entsprechenden Angeboten der Hochschule selber; letztere wurden übrigens überwiegend als völlig ungenügend angesehen.

Die Tutoren antworteten mit Beispielen aus ihrer eigenen Erfahrung und gaben Tips für eine allgemeine Studienorganisation. Besonders verwiesen sie auf die verschiedenen organisatorischen Anlaufstellen, wichtig für Erstsemester, wie Zentrale Studienberatung, Akademisches Auslandsamt, Ausländervereine und Ausländerausschuß, AStA, Hochschulgemeinden, das Studentenwerk, die neu gegründete Stelle des Ausländerbeauftragten der THD etc.

Die Diskussionen in den Fachgruppen am Nachmittag

Nachmittags teilten sich die Erstsemester in Fachgruppen, wobei die Tutoren der jeweiligen Fachbereiche moderierten. Die Erstsemester stellten den Tutoren fachbereichsspezifische Fragen und wollten weitere Ratschläge hören. Die Fragen richteten sich vor allem nach Vorexamen und relevanten Fächern, Prüfern, Prüfungsprocedere, Behandlung von Praktika und Hausaufgaben, nach Durchfallquoten beziehungsweise als schwierig oder als leicht einzustufende Prüfungen, geeigneten Zeitpunkt und möglichst günstigen Fächern bei den Vorprüfungen, nach konkreten Prüfungsstrategien usw.

Fragen nach Skripten, Lehrbüchern, Mitschriften, Vorlesungsbesuchen, alten Klausuren und deren Lösungen, Sprechstunden mit den Professoren und den wissenschaftlichen Mitarbeitern, Sitz der Institute, der Professoren, der wissenschaftlichen Mitarbeiter, Fragen nach Ort und Öffnungszeiten der Fachschaftseinrichtungen und der Fachbereichsbibliotheken, sowie der Landesbibliotheken und der Lehrbuchsammlungen, Bücherausleihverfahren, Tätigkeiten in den Fachschaften und der Hilfsassistenten, nach Lage der relevanten

Buchhandlungen, empfehlenswerten Fächern, nach Kombinationsmöglichkeiten des sozialen Lebens und des Studiums, nach Lösung von Sprachproblemen, nach Erscheinungsformen von Ausländerfeindlichkeit usw. schlossen sich mehr oder weniger systematisch an.

Einige Fachgruppen hatten, geleitet durch ihren Tutor, ihre Institute sowie jegliche für das Studium in Frage kommende Fachbereichsinstitute besichtigt, aber auch andere relevante Orte wie die einzelnen Fachbereichsbibliotheken und die Landesbibliothek, die entsprechenden Fachschaften, das Sprachzentrum, das Lernzentrum, das Akademische Auslandsamt, das Audimax, benachbarte Räumlichkeiten, relevante Buchhandlungen und Bushaltestellen. Es fand ein lebhafter Austausch von Adressen und Informationen statt.

Gesamteindrücke und Zusammenfassung

Beeindruckend bei der gesamten Veranstaltung waren die Idee zur Realisierung dieser Veranstaltung, die Sorgfalt der Vorbereitung in den Sitzungen, die Wahl der Referenten, die Idee einer Tutorenschulung, die Inhalte der Vorträge, die workshopmäßige Teamarbeit in den Klein- und Fachgruppen, und schließlich die Organisation eines Abschlußfestes mit ausländischen Spezialitäten und musikalischen Darbietungen.

Die Veranstaltung bot allen Teilnehmern die Möglichkeit, unmittelbar mit "lebendigen" Personen in und um die Hochschulen herum Kontakt aufzunehmen, auch mit dem Präsidenten der THD selbst, dem Ausländerbeauftragten, der Leiterin und anderen Mitarbeitern des Auslandsamtes, mit Vertretern der KHG und der ESG, des Studienkollegs und der Zentralen Studienberatung.

Die Diskussionen in den Kleingruppen ermöglichten sowohl die Weitergabe erfahrungsgemäßer Informationen über aufenthalts- und studienrelevante Probleme, als auch über die entsprechenden Einrichtungen und Institutionen.

Schließlich konnten durch die Diskussionen in den Fachgruppen Informationslücken hinsichtlich spezifischer Fragen zumindest ansatzweise geschlossen werden, angefangen von Prüfungstips bis zur Einschätzung einzelner Prüfer, von angebotenen Fächern und Praktika bis hin zu einer pragmatischen Organisation des Studien-Alltags.

In der Tat war die Veranstaltung aufgrund der Fülle der angebotenen Informationen und Kontaktmöglichkeiten nicht nur für den Erstsemester von Nutzen, sondern auch für alle weiteren ausländischen Studierenden, die daran teilgenommen haben. Damit wurde ein konkreter Schritt zu einem ersten Überblick über das gesamte Vorstudium sowie zur richtigen Vorbereitung und Einstellung für den gesamten Studienaufenthalt getan.

Durch ihre Mitarbeit in den Sitzungen des AKAS, ihre Teilnahme an der Tutorenschulung zur besseren Gestaltung des Orientierungstages, ihre Moderationstätigkeit und Weitergabe von studienrelevanten Informationen bei den Diskussionen in den Klein- und Fachgruppen und nicht zuletzt durch ihr Engagement bei der Werbung für das Abschlußfest, haben die Tutoren sicherlich viel zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen.

Die Ausgestaltung des Projektes "Informieren statt Kapitulieren" an der TH und FH in Darmstadt stützte also sich von Anfang an auf eine praktische Beteiligung der ausländischen Studierenden. Bei sämtlichen Veranstaltungen arbeiteten sie in Planung, Vorbereitung und Durchführung intensiv mit. Die Unterstützung seitens der jeweiligen ASten beziehungsweise der Auslandsreferenten war sehr engagiert.

Auffällig während der Laufzeit des Projektes in Darmstadt war das Ausbleiben einer breiten Beteiligung der deutschen KommilitonInnen.

Dies vor allem war der Grund, weswegen sich schließlich die Arbeit des Projektes im wesentlichen auf eine Förderung der Gruppe der ausländischen Studierenden bezog. Als Hauptprobleme der ausländischen Studierenden wurden in Darmstadt vorläufig bestimmt, und zwar für THD und FHD gleichermaßen:

- Schwierigkeiten mit deutschen Behörden (Arbeitserlaubnis, Aufenthaltserlaubnis z.B. bei Studienfachwechsel).
- Sprachschwierigkeiten bei Studienbeginn (Fachsprache, Unsicherheiten)
- Orientierungsschwierigkeiten an der Hochschule .
- Finanzielle Schwierigkeiten, z.B. bei Wegfall der Gelder aus dem Heimatland (Stornierung von Stipendien, Ausfuhrverbot usw.)
- Allgemeine soziale, kulturelle und intellektuelle Isolierung (nicht zuletzt durch die Distanzierung der deutschen KommilitonInnen)

Ein Beispiel: Für Studierende aus Kamerun fielen von heute auf morgen die staatlichen Stipendien weg, und diejenigen Studierenden, die von ihren Eltern unterstützt wurden, waren plötzlich ebenfalls in finanzieller Not, weil jeglicher Geldtransfer von Kamerun untersagt wurde. Für die Stipendiaten der Carl-Duisberg-Gesellschaft erteilte daraufhin das Landesarbeitsamt übergangsweise die Arbeitserlaubnis. Für andere begann ein Hindernislauf. Die Ausländerbehörde verweigerte den Stempel, der eine Arbeitssuche erst zuläßt. Gespräche des Rektors mit der Ausländerbehörde ergaben, daß keinerlei Rechtsgrundlage für die entsprechende Verweigerung einer Genehmigung bestand. Eine von der Ausländerbehörde angedachte Interimslösung, den Stempel nach Finden eines Jobs zu erteilen, scheiterte am Arbeitsamt, das die Vermittlung ohne Stempel ablehnte. Nach fast einem halben Jahr fehlt nach wie vor eine Lösung, der Ermessensspielraum wird weiterhin zu Ungunsten der ausländischen Studierenden angewandt.

Inzwischen hat die Rektorenkonferenz das Thema aufgegriffen und an das Hessische Wissenschaftsministerium herangetragen. Das Innenministerium beabsichtigt seit Wochen, eine Regelung zu erlassen.

Wir als Projekt-Mitarbeiter halten eine weitere Beschäftigung mit diesem Thema, auch im Zusammenhang des Projektes "Informieren

statt Kapitulation", wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung und seiner Relevanz für die Hochschul-Öffentlichkeit für äußerst wichtig.

Es häufen sich Fälle, wo ausländische Studierende keine Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis bekommen. Immer wieder ist zum Beispiel ein Fachwechsel nach dem dritten Semester Anlaß, einem Studierenden die Aufenthaltserlaubnis nicht zu verlängern. In Darmstadt war einem Studierenden zugesagt worden, er könne wechseln, doch da ein Wechsel im Sommersemester ausgeschlossen ist und nur im Wintersemester aufgenommen wird, kollidierte diese Zusage mit der Drei-Semester-Frist usw. Auch für Studienkollegiaten gibt es häufig die Situation, daß nach Abschluß im Winter erst zum kommenden Wintersemester die Aufnahme in eine Hochschule möglich ist (Jahresturnus). Wer im Sommersemester z.B. mit Mathematik beginnt, wird später bestraft, wenn er erkennen muß, daß das gewünschte Fach nicht das richtige war (zweiter Wechsel).

Bei Studienbeginn gibt es häufig Schwierigkeiten, den Vorlesungen wegen fehlender Kenntnisse in der Fachsprache zu folgen. Hier wäre es existentiell wichtig, wenn im Rahmen des Projekts Sprachkurse angeboten würden.

Selbstkritisch muß festgestellt werden, daß die Koordination der "zuständigen Stellen" ein Problem darstellt. Die Schwierigkeiten der ausländischen Studierenden sind den meisten Kommilitonen und Beschäftigten fremd, selbst denen, die sich innerhalb der Hochschule für ausländische Studierende bzw. das "Ausländerstudium" engagieren. Das Zusammenführen und gemeinsame Diskutieren und Weiterentwickeln von Förderungsmöglichkeiten ist außerdem mit einem ziemlich hohen Aufwand verbunden. Die Geschichte des Ausländerarbeitskreises an der THD (Akad. Auslandsamt, Zentrale Studienberatung, Kirchengemeinden, Ausländerausschüsse/-referenten FHD, THD und WUS) ist hierfür ein gutes Beispiel. Gemeinsame Termine zu finden, scheint häufig ein unlösbareres Problem zu sein - oder verschiedene Termine überschneiden sich, werden nicht mitgeteilt usw.. In einem konkreten Fall fand zum gleichen Zeitpunkt eine Veranstaltung der Stadt zusammen mit den beiden Hochschulen zum gleichen Thema gewissermaßen Tür an Tür stand, ohne daß der eine

vom anderen wußte. Der Koordinations- und Vorbereitungsaufwand in einem derartigen Projekt ist ohne einen Hauptamtlichen nur unzureichend zu leisten. Die gesamte Projektkoordination in Darmstadt verfügt für den Bereich der TH und Fachhochschule nur über etwa 20 Stunden im Monat! Immerhin hat die Technische Hochschule mit der Ernennung eines Ausländerbeauftragten einen ersten wichtigen Schritt zu einer angemesseneren Berücksichtigung der Bedürfnisse der ausländischen Studierenden getan. Aber es bleibt festzuhalten, daß beispielsweise an der Fachhochschule die Studienberatung mit einer (!) Stelle für 10000 Studenten chronisch unterbesetzt ist. Die Richtzahl ist eine Stelle für 2500 Studenten!

Trotz einiger positiver Entwicklungen muß aus der darmstädter Situation also gefolgert werden, daß ein Projekt wie "Informieren statt Kapitulieren" mit den bisher zur Verfügung stehenden Sach- und Personalmitteln kaum noch einmal realisiert werden kann.

Ahmad Hosseinizadeh / Gottfried Mergner*

Das Oldenburger Modell im Rahmen des Projekts "Informieren statt Kapitulieren"

I. Einleitung:

Rassistische Verhaltensweisen an der Oldenburger Universität sind im Alltag wenig auffällig. Wenn über derartige Tendenzen in privaten oder auch öffentlichen Diskussionen gesprochen wurde, dann im wesentlichen in anekdotischer Form, aus der keine Stringenz herauslesbar ist. Möglicherweise sind derartige Themen bereits hochtabuisiert, vermutlich auch weitgehend unter den „Betroffenen“. Betroffene - das sind für uns in erster Linie die ausländischen Studierenden, die an der Oldenburger Uni mit etwa 7% vertreten sind. Wir, die örtlichen „Projekt“-Teilnehmer und -veranstalter, haben uns daher von Anfang an bei unseren Antirassismus-Strategien auf diese Gruppe konzentriert (s. auch Interview/Oldenburg in diesem Heft).

II. Was wurde bundesweit und in Oldenburg veranstaltet?

Es wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Studiensituation ausländischer StudentInnen im Hochschulalltag entwickelt, und falls solche bereits vorhanden waren, wurden sie fortgeführt.

Bundesweit wurden vor allem hochschulinterne Maßnahmen ergriffen wie:

1. Einführungsveranstaltungen für ausländische StudentInnen
2. Eintägige bis einwöchentliche Orientierungsveranstaltungen durch Akademische Auslandsämter, Zentrale Studienberatung, AStA, AusländerInnenreferate und Vertretung
3. Internationale Feste und interkulturelle Veranstaltungen
4. Semester- und studienbegleitender Sprachunterricht zur Vermittlung von Grundkenntnissen (Deutsch für AusländerInnen)

5. Studienbegleitende Seminare für AusländerInnen (aber offen auch für deutsche Studierende) Wochenendseminare, multi- und interkulturelle Veranstaltungen z. B. zur ethnozentristischen Problematik
6. Projektorientierte Seminare/Veranstaltungen zur ausländerspezifischen Innovation der Studiengänge (zum Teil als Ferienakademie)
7. Interdisziplinäre Ringvorlesungen zu globalen Fragestellungen, Nord-Süd-Gefälle, Eine Welt usw.
8. Veranstaltungen mit ausländischen GastwissenschaftlerInnen
9. Tutorien, die phasenweise oder semesterbegleitend eingesetzt werden, den Studierenden systematisch Orientierungshilfe anbieten und ihnen bei einem Studienaufbau helfen

Abgesehen von semester- und studienbegleitendem Sprachunterricht (d. h. im Rahmen des Projekts), studienbegleitenden Seminaren für AusländerInnen sowie Wochenendseminaren wurden fast alle obengenannten Maßnahmen in Oldenburg verwirklicht.

Die Carl-von-Ossietzky-Universität-Oldenburg ist institutionelles Mitglied des World University Service (WUS). Daher sind die Tätigkeiten des Oldenburger Komitees des WUS im Rahmen des Projekts über zwei Anlaufstellen, nämlich über das Akademische Auslandsamt und die Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen (HGAS) als Interessenvertretung ausländischer Studierender koordiniert worden.

Ein Zusammenschluß von WUS-Oldenburg, HGAS, AKA, AStA, ESG, KHG und STUBE Niedersachsen hat die Organisation und Durchführung eines "Tages der offenen Tür" für ausländische Studierende (offen auch für deutsche KommilitonInnen) im Oktober 1994 ermöglicht. Sowohl vor als auch nach diesem Tag hatte das Projekt in Oldenburg in Zusammenarbeit mit dem AKA, der HGAS und dem AStA Einführungs- und Orientierungsveranstaltungen für ausländische Studierende organisiert, an denen teilweise auch deutsche StudentInnen (wenn auch nur einige wenige!) mitbeteiligt waren.

Das Projekt konnte 1994 in Oldenburg die Diskussion zur "Internationalisierung der Wissenschaft und Hochschule" und zur Stellung des AusländerInnenstudiums an der Hochschule reaktivieren. Außerdem wurden die Aktivitäten der im Bereich des AusländerInnenstudiums tätigen Initiativen zum ersten Mal koordiniert. Das

Oldenburger WUS-Komitee konnte durch das Projekt mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten und mehr an Bedeutung und Gewicht vor allem in der Hochschule gewinnen.

Die Intensivierung der bereits vorhandenen interkulturellen Kommunikation vor Ort ist dem Projekt nur ansatzweise gelungen, obgleich die Wichtigkeit eines interkulturellen Dialogs und einer Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen KommilitonInnen der Hochschulalltag immer wieder bestätigt.

Allerdings gelang es nach und nach, einige interessierte deutsche KommilitonInnen und Initiativen in die neu eingerichteten Programme, wie etwa das studienbegleitende Tutorienprogramm und den "Runder Tisch", einzubeziehen. Dabei haben die Bemühungen der MitarbeiterInnen des Instituts für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) eine zentrale Rolle gespielt. IBKM ist also seitdem an der Planung und Durchführung des Tutorienprogramms mitbeteiligt und hat die wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung des Tutorienprogramms übernommen.

Infolge der Projektaktivitäten im Sommer und Herbst 1994 wurde dann im Dezember 1994 in Oldenburg ein "Runder Tisch zum AusländerInnenstudium" eingerichtet. An diesem "Runden Tisch" waren folgende Institutionen sowie Einzelpersonen beteiligt: AKA, IBKM, AStA, Vizepräsidentin als Vertreterin der Universitätsleitung, Zentrale Studienberatung, Immatrikulationsamt, STUBE-Niedersachsen, Lehrende der Deutschkurse für ausländische Studierende, ESG, KHG, interessierte ausländische und deutsche Studenten.

Im Rahmen des "Runden Tisches zum AusländerInnenstudium" sind grundlegende Fragen und Probleme des AusländerInnenstudiums in Oldenburg diskutiert worden, es wurde auch versucht, konkrete Lösungen im Hochschulalltag zu finden. Es standen in erster Linie Fragen bezüglich der fachlichen Betreuung (z. B. Deutschkurse) und sozialen Beratung (durch AKA, HGAS, AStA) und ausländerrechtliche Fragen, z. B. Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, auf der Tagesordnung.

Der "Runde Tisch" war von Juni bis November 1995 dem Akademischen Auslandsamt zugeordnet und wurde finanziell von der Universitätsleitung und vom AKA unterstützt. Das AKA hat zur Förderung des

"Runden Tisches" eine Koordinationsstelle und Infrastruktur zur Verfügung gestellt.

Vom 17. November 95 bis 19. Februar 96 wurde in Oldenburg im Rahmen des "Runden Tisches" eine interdisziplinäre Ringvorlesung zu aktuellen Fragen der Zeit organisiert und durchgeführt. Hierbei wurden vor allem Nord-Süd-Wissenschaftskooperation, Zivilgesellschaft und Migration behandelt und im Kontext der globalen gegenwärtigen Herausforderungen diskutiert. Insofern löste sich das Projekt etwas aus der alleinigen Fixierung auf die Gruppe der ausländischen Studierenden und beschäftigte sich auch mit den globaleren Problemen von Eurozentrismus und Rassismus.

III. Konzept für ein Tutorienprogramm für ausländische Studierende

a. Vorbemerkung:

Der auf Initiative des WUS an der Oldenburger Universität eingerichtete "Runde Tisch" hat im Juni 1995 ein Tutorienprogramm für ausländische Studierende mit Geldern des DAAD, der Gruppe HGAS, der GEW, der STUBE (NS) und des ASTA eingerichtet. Zu diesem Programm gibt es nun erste Erfahrungen, die zu einer Konzeptfortschreibung/Konzeptverbesserung führten. Wir wollen an dieser Stelle unsere Gedanken zu einem solchen Konzept vorlegen. Damit wollen wir eine Diskussion anregen, die zu einer dauerhaften

Einrichtung eines solchen Programms an unserer Universität führen könnte.

b. Begründung für ein Tutorienprogramm für ausländische Studierende:

Ziel eines besonderen Tutorienprogramms für ausländische Studierende ist die Integration der ausländischen Studierenden in den normalen Studienbetrieb. Warum sind dafür besondere Maßnahmen notwendig?

Die Gruppe ausländischer Studierender ist nicht homogen. Studierende aus europäischen Ländern, aus Industrieländern von Übersee und von

wenig oder nur teilweise industrialisierten Ländern sind in dieser Gruppe zusammengefaßt. Gemeinsam ist ihnen in der Regel, daß sie Gäste auf Zeit sind (gerade aber hierbei gibt es wichtige Ausnahmen, zum Beispiel AusländerInnen, die in Deutschland auf Dauer leben wollen, aber keinen deutschen Paß haben), daß sie nicht an deutschen Bildungseinrichtungen ihren Hochschulzugang erworben haben (wir vernachlässigen dabei die lebensgeschichtlich betrachtet relativ kurzen Aufenthalte in den Studienkollegs) und daß die deutsche Sprache nicht ihre Muttersprache ist.

Der erste Aspekt (der Gaststatus) bedingt eine besondere Verantwortung der Gastgeber, also der Universität. Der zweite und dritte Aspekt ist für die inhaltliche Ausrichtung von besonderen Maßnahmen entscheidend.

Wenn auch die deutschen Universitäten mehr und mehr „verschulen“, mit anderen Worten eine Trennung von Forschung und Lehre erfahren, so basiert das deutsche Hochschulsystem (und damit der Studienerfolg) doch mehr als ähnliche Bildungseinrichtungen in anderen Ländern auf der selbstbewußten Eigeninitiative der Studierenden selbst. Des Weiteren ist Deutsch als Lehrsprache in den verschiedenen Fächern sehr differenziert. Die allgemeine Sprachvermittlung befähigt in der Regel nicht zu einem differenzierten Gebrauch dieser verschiedenen Fachsprachen.

Dazu kommt, daß Deutschland beziehungsweise die deutschen Behörden zur Zeit auch gegenüber ausländischen Studierenden nicht besonders gastfreundlich sind. Dies erfordert ein besonderes Augenmerk und eine besondere Fürsorge der Hochschule selbst gegenüber dem Lebens- und Arbeitszusammenhang ihrer ausländischen Gäste, die ja schließlich den deutschen Studierenden als „akademische Bürger“ gleichgestellt sein sollen.

Um die ausländischen Studierenden möglichst schnell (Studienzeitbeschränkung!) in alle akademischen Bürgerrechte und -pflichten und in ein erfolgversprechendes Studium zu integrieren, bedarf es eben dieser besonderen Zuwendung. Ein Tutorienprogramm kann dies darstellen - und zwar mit folgenden Zielen:

1. Vermittlung eines ausreichenden Wissens über die Institutionen und institutionellen Hilfsmöglichkeiten an und im Umfeld der Hochschule
2. Vermittlung der Bedeutung und der Besonderheiten der Fachsprache der gewählten Studienrichtung
3. Vermittlung von erfolgversprechenden Studienstrategien. Dazu gehören auch der interessierte und sachliche Umgang mit den Lehrenden und die Fähigkeit, mit deutschen Studierenden zusammenzuarbeiten
4. Vermittlung von Einstellungen, die dem einzelnen helfen, bei aufkommenden Schwierigkeiten nach Lösungen zu suchen und sich nicht zurückzuziehen. Dazu gehört auch die Fähigkeit, bei Schwierigkeiten rechtzeitig die verschiedenen Hilfsmöglichkeiten (zum Beispiel Psychosoziale Beratungsstelle, Tutorienprogramm, Gespräch mit dem Lehrenden usw.) in Anspruch zu nehmen
5. Vermittlung von kommunikativen Kompetenzen und die Schaffung von Kommunikationsmöglichkeiten. Gemeinsames Erarbeiten von Konfliktlösungsstrategien
6. Vermittlung von Strategien, die eigenen Fragen, Problemsichten und Erfahrungen so weit wie nur möglich in das Studium einbringen zu können

Wir betonen, daß die Vermittlung solcher Kenntnisse dazu führen könnte, daß die Universität selbst mehr und umfassender auch von ihren ausländischen Gästen „profitiert“.

c. Auswertung der bisher gemachten Erfahrungen:

Wir haben mit 7 TutorInnen in ausgewählten Fachbereichen mit einer solchen Arbeit angefangen. Das IBKM war bei Auswahl, Schulung und Konzeptentwicklung beteiligt. Die Koordinations- und Betreuungsarbeiten lagen bei dem Projekt-Koordinator. Das AKA hat durch Infrastruktur, Beratung und kritische Begleitung das Projekt unterstützt. Die TutorInnen wurden nach folgenden Gesichtspunkten ausgewählt:

- erfolgreiches eigenes Studium in dem entsprechenden Fach;
- sie sollten möglichst selbst AusländerInnen sein;
- didaktische und kommunikative Fähigkeiten;
- Erfahrung in der Arbeit mit ausländischen Studierenden.

Es fanden zwei Tutorenschulungen statt. Eine Schulung befaßte sich mit einer gemeinsamen Konzeptentwicklung. Die andere Schulung befaßte sich mit dem Problem der fachspezifischen Sprachen und mit sprachdidaktischen Strategien.

Die hier gemachten Erfahrungen waren allerdings ziemlich unterschiedlich:

- Die Tutoren hatten ihre größten Erfolge bei der sozialen Beratung.
- Einige hatten Erfolge bei der Einrichtung von Arbeits- und Lerngruppen.
- Einige mußten mit einer großen Nachfrage fertig werden; andere wiederum warteten in ihren Sprechstunden vergeblich auf "Klienten". Usw.

d. Vorschläge zur weiteren Arbeit:

Wir schlagen folgende weitere Schritte vor:

1. Der Koordinator bleibt vom AKA weiterhin mit der Organisation und inhaltlichen Begleitung des Tutorienprogrammes beauftragt
2. Das AKA bemüht sich auch künftig (möglichst fachbereichsbezogen) um die Kontinuität eines Tutorienprogramms für ausländische Studierende
3. In der Übergangszeit (1996) wird mit den Mitteln des DAAD und des Runden Tisches eine Übergangslösung versucht
4. Eine Gruppe von interessierten Studierenden unter Federführung des IBKM (Frau Henning/Herr Prof. Mergner) entwickelt eine Evaluierung des Programms und führt sie durch
5. Das IBKM erklärt sich bereit, ein Schulungsprogramm für die Tutorinnen zu entwickeln und durchzuführen
6. Es wird über ein Informationsblatt im Immatrikulationsamt und über die entsprechenden Fachbereiche versucht, alle ausländischen Studierenden der ersten zwei/drei Semester zu erreichen
7. Neben der Vermittlung von Studierstrategien, sozialen Wegweisungen und kommunikativen Fähigkeiten wird vor allem auch auf die Lösung der fachspezifischen Sprachprobleme Wert gelegt
8. Es wird eine teilweise Neuausschreibung der Tutorienstellen ange-regt

IV. Zusammenfassung des "Oldenburger Modells"

Die Elemente "Runder Tisch", die "Informations- und Diskussionsveranstaltungen" und das "Tutorienprogramm" sind die zentralen Bausteine des Oldenburger Modells. Sie funktionieren bis heute, weil es in Oldenburg zwar wenige, dafür aber sehr engagierte "Internationalisten" gibt. Die organisatorische und konzeptionelle Kontinuität wird daher also bislang durch nur wenige Personen garantiert.

Die Universitätsleitung und die Dekane wollen nun zumindest das Tutorienprogramm finanziell für ein Jahr absichern. Wir haben etwas Sorge, daß Bereiche, die institutionell und etatmäßig nicht fest im Universitätsalltag und im Universitätshaushalt verankert sind, leicht den immer härter werdenden Verteilungskämpfen zum Opfer fallen. Es stellt sich daher für die Zukunft und nach der Zeit der experimentellen Erprobung die Frage, wieweit ist eine Universität wie Oldenburg "international"-, und wieweit gilt der Satz: "Informieren, statt Kapitulieren" in ihrem universitären Alltag.

Als nächstes planen wir daher die Einrichtung eines Fördervereins, der sich neben Privatpersonen vor allem aus der Universitätsleitung, dem Studentenwerk, einigen Fachbereichen und eventuell der Universitätsgesellschaft zusammensetzen sollte.

* Prof. Dr. Gottfried **Mergner**: Hochschullehrer für Interkulturelle Kommunikation an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Im Vorstand der Kommission "Bildungsforschung mit der Dritten Welt" in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften.

Ahmad Hosseinizadeh ist Dipl.-Sozialwissenschaftler und Koordinator des "Runden Tisches zum AusländerInnenstudium" und des studienbegleitenden Tutorienprogramms beim Akademischen Auslandsamt der Oldenburger Uni. Er ist Vorstandsmitglied des World University Services (WUS)-Deutsches Komitee.

WAS BLEIBT?

Basisarbeit im Projekt - ein Prinzip Sisyphos?

Ein Gespräch*) über die Verhältnisse an der Dresdner TU

Ausgangspunkt der Unterhaltung in Dresden war im wesentlichen die Frage, inwieweit sich durch die Projekt-Initiativen, die hier zum Teil aus organisatorischen und finanziellen, zum Teil aus personellen Gründen nur punktuell realisiert werden konnten, ein politisches Klima herstellen ließ, das die Beobachtung und Analyse von Ungleichheit und Gedankenlosigkeit gegenüber gesellschaftspolitischen Tatbeständen erst ermöglichen. Dabei spielt sicherlich der Überdruß gegenüber staatlich verordneter kollektiver Solidarität eine Rolle, mit der in der früheren DDR der einzelne strapaziert wurde. Er zeigt sich anscheinend häufig in einer betonten Desinteresse an allem, was außerhalb des eigenen Tellerrandes geschieht.

Entsprechend zwiespältig ist das Fazit aus drei Jahren Projekterfahrung.

PROJEKT: Vielleicht können wir uns auf drei oder vier Punkte konzentrieren, unter anderem die Frage, wie hat sich das "Projekt" atmosphärisch entwickelt, oder ist es den Bach runter gegangen, das kann, sollte von uns dann offen diskutiert werden, ... denn das ist ja ziemlich wichtig für die Überlegung, ob ein derartiges Projekt vielleicht in modifizierter Form wiederholt werden sollte: lohnt denn die Arbeit, die man da hineingesteckt hat. Wichtig ist meiner Meinung nach weiter, ob die Hochschule als solche mitgemacht hat - oder ob es immer nur bei den einigen wenigen geblieben ist; also wie hat sich die Leitung verhalten, die Professorenschaft, oder doch einzelne

Professoren, die in die Arbeit einbezogen wurden, wie verhielten sich die deutschen Studierenden. Schließlich die Frage des Rassismus und seine öffentliche Diskussion: ist das überhaupt Gegenstand gewesen, denn das war ja die eigentliche Absicht des Projektes "Informieren statt Kapitulieren", die Beschäftigung mit rassistischen Tendenzen in der Hochschule. Daraus ergäben sich dann wichtige Fragen der Projekt-Organisation, etwa: klappte der Runde Tisch, wie beteiligt war der Studentenrat und so weiter und wie können die unter dem "Projekt" organisierten Veranstaltungen beurteilt werden, in Leipzig zum Beispiel die "internationale Woche" oder die Angebote des Fremdsprachenunterrichts.

Basem Alhallani, Projekt-Koordinator: Also ... der Runde Tisch hat bis zum vorigen Jahr funktioniert ... bis Ende 1994, die Arbeit lief dann nicht mehr gut, als ich anfang, meine Promotionsarbeit zu schreiben und seit ich aufgehört habe, im Auslandsamt zu arbeiten. Die anderen Studenten hat das nicht interessiert, die Studenten aus der WUS-Gruppe oder aus der AGH. Aus eigener Initiative haben nicht weitergemacht. Zu Anfang des Projektes haben wir alle 14 Tage mit dem Studentenrat zusammengesessen, aber dann haben sich immer mehr entschuldigt - wegen Zeitproblemen. Dann ist der StuRa auch neu gewählt worden. Die Stelle „Internationales“ ist unbesetzt geblieben - und so ist es gekommen, daß die Sache vorerst eingeschlafen ist. Seitdem haben wir nicht mehr zusammengesessen ... Zum Runden Tisch: Wir hatten immer die Fachschaften und die Ausländerbeauftragten der einzelnen Fachbereiche angeschrieben und eingeladen. Einige haben sich entschuldigt, einige waren zur ersten Veranstaltung hier, nachher scheint es keinen mehr interessiert zu haben. Nur ein einziger Prof hat sich überhaupt die Mühe gemacht, auf die Einladung zu antworten. Er hat uns geschrieben und wollte wissen, wer die WUS-Gruppe ist. Dann hat er sich entschuldigt.

Das Projekt selbst ist durch unsere Öffentlichkeitsarbeit bekanntgeworden ... StuRa, Akademisches Auslandsamt ... die konnten wir ansprechen, aber es kam eigentlich nie die ganz große Unterstützung; Frau Voigt, als Verantwortliche des AAA, hatte eben außerdem viele andere Sachen zu tun - und so blieb eigentlich das meiste an mir hängen. Wir haben uns telefonisch ab und zu darüber verständigt, was

man machen kann. Aber im Grunde war es so, daß alle - auch Gruppen - gesagt haben: Wir machen mit, aber wir brauchen eure Initiative eigentlich nicht, weil wir diese Sachen ohnehin selbst machen. Zum Beispiel das Referat "Ausländerstudium". Beteiligungen gab es sporadisch an Veranstaltungen wie 'Internationaler Tag', Einführungswoche, Weihnachtsfeier usw.

Die Leipziger sind ja ganz stolz auf ihre 'Internationale Woche' ...

Basem Alhallani: Ja, hier in Dresden ist es eben der 'Internationale Tag' - natürlich waren das Auslandsamt und andere Gruppen beteiligt, WUS, AGH usw. Aber ich habe den Eindruck, viele beteiligen sich nur, um gesehen zu werden und um vom Rektor erwähnt zu werden, sozusagen fürs eigene Image - daß sie 'was tun für die ausländischen Studierenden'.

Wahrscheinlich ist die Beteiligung auch eine Frage des Personals. Wieviele Stellen gibt es denn jetzt im Auslandsamt zum Beispiel?

Jutta Voigt, Akad. Auslandsamt: Neun Mann. Vier sind für den Bereich der ausländischen Studierenden zuständig und der Rest macht Hochschulbeziehungen ...

Und wieviele ausländische Studierende gibt es jetzt hier?

Jutta Voigt: Rund 1000.

Also um ein Drittel weniger als in Leipzig. Wieviele von ihnen sind, meinen Sie, 'Selbstzahler'?

Jutta Voigt: Zwei Drittel werden es schon sein. Also die Studenten, die über Finanzierung kommen, werden immer weniger, die sogenannten Vertragsstipendiaten. Die letzten sind '89 gekommen, '91 fertig geworden mit der Sprachausbildung, sie werden dieses und nächstes Jahr fertig ... dann werden die Leute eigentlich alle wegsein.

Und wenn wir sagen 'Selbstzahler', ziehen Sie da EU-Studierende da auch ein?

Jutta Voigt: In der Betreuung gibt es da keine Unterschiede ...

Und sie sind alle Klientel des Auslandsamtes - da wird ja beispielsweise in Leipzig schon unterschieden!

Jutta Voigt: Nein, bei uns ist das nicht so. Bei uns ist Tradition: Ausländer sind Ausländer - egal, ob das EU-Studenten sind oder ob sie von sonstwo kommen, sie haben alle das gleiche Problem ... deswegen ist unsere Betreuung auch die gleiche. Das ist übrigens auch gut fürs gegenseitige Kennenlernen, es gibt dann keine zwei voneinander getrennte Gruppen. Ob sie nun langfristig hier sind oder kurzfristig: sie haben ersteinmal das gleiche Problem. Das gilt übrigens auch für Veranstaltungen - nicht nur für die Betreuung -, die für alle angeboten werden!

In Leipzig wird gesagt, die EU-Studenten suchen extra die Betreuung, wie sie z.B. das Auslandsamt anbietet, und das Auslandsamt sagt dann auch nicht Nein ...

Basem Alhallani: Genauso ist es - durch die Gemeinsamkeit erspart man sich zusätzliche Spaltung unter den ausländischen Studierenden ... Schließlich gibt es ja auch mehr und mehr Studenten aus den alten Bundesländern ...

Aber personell ist da doch auch wenig möglich?!

Jutta Voigt: Das ist richtig - personell kann man keine großen Sprünge machen. Mit vier Mann eine solche Betreuung - das ist eigentlich unmöglich!

Was, würden Sie sagen, ist denn das Handicap bei unserem "Projekt" gewesen?

Ich kann ja mal vorweg sagen, unter welchem Handicap wir als Projektleitung gestanden haben. Der Einstieg als "Projekt", das ja außerhalb der Hochschule geplant und organisiert wurde, mußte natürlich über die jeweilige Hochschulleitung erfolgen. Der Aufbau unserer konkreten Projektstruktur geschah also vor Ort stets "von oben", nicht "von der Basis" her. Obwohl unsere Zielvorstellung ja

von ganz allgemeinem Interesse war, wurden uns als Ansprechpartner stets nur die Akademischen Auslandsämter zugewiesen. Da gab es anscheinend bei den Hochschul-Leitungen die Vorstellung, Rassismus ginge im wesentlichen die ausländischen Studierenden an. Umgekehrt wird ja ein Schuh draus: das ist erst einmal Sache der Deutschen.

Etwas anderes war der mehr oder weniger stille Vorwurf, daß das Projekt sich in Sachen einmischt, die Aufgaben der Auslandsämter seien, der Hochschulgemeinden, der Studentenschaften usw. - also alles, was in die Beratungs- und Betreuungsarbeit ausländischer Studierender fällt. Wir haben uns dagegen immer wieder zur Wehr setzen müssen, denn das war ja gar nicht unser Ziel, sondern die Auseinandersetzung mit Rassismen - die ausländischen Studierenden waren dabei allerdings die primär und konkret Betroffenen. Manchmal kam mir das so vor, als ob das keiner so genau wissen wollte.

Jutta Voigt: Ich hatte mir das auch schon überlegt: aber wie hätte man es anders machen sollen? Es geht im Prinzip nicht anders - wenn es nicht eine arbeitsfähige und effiziente Gruppe der ausländischen Studenten selber gibt, die sich entsprechend engagiert und einsetzt. Wenn nicht, ist der beste Ansprechpartner eben das Auslandsamt.

Ja, aber die Auslandsämter haben ja im allgemeinen ganz bestimmte, festumrissene Funktionen im "Ausländerstudium", genau wie die Studienkollegs. Dazu gehört traditionell nicht unbedingt die menschliche, soziale Fürsorge und Betreuung, sondern eher Betreuung in organisatorischer Hinsicht. Alles das, was die Auslandsämter heute auch machen, eben Sozialberatung und -betreuung, das hat sich ja erst im Laufe der Zeit ergeben als pragmatische Antwort auf alltägliche Erfahrung!

Und deswegen haben wir eigentlich schon von Anfang an auf diesem Gebiet viel Chaos, auf jeden Fall unsystematische Vorbereitung ... Es fehlt einfach das Konzept für "Ausländerstudium" ...

Jutta Voigt: Nur - das ist bei uns in Dresden, in Leipzig, Ost-Berlin usw. ja traditionell schon ein bißchen anders gelaufen. Wir haben uns eigentlich schon immer um diese studentischen Belange gekümmert.

Das lag eben daran, daß wir (in der früheren DDR) die studentische Klientel anders gesehen haben, sie war bei uns Repräsentanz befreundeter Staaten - oder wie man das nennen will. Wir versuchen jetzt, ein wenig von diesem alten Beratungs- und Betreuungsmodell zu bewahren - allerdings wurden wir ja personell sehr stark ausgedünnt ...

Das ist ja auch völlig plausibel. Die Studierenden kommen hierher, oft in eine völlig ungewohnte Umgebung, noch dazu in einer heiklen persönlichen Entwicklungsphase, so um die 20, und müssen ohne den gewohnten Hintergrund ihre aktuellen persönlichen Probleme bewältigen.

Jutta Voigt: Es gibt also noch einige Leute, die diese Arbeitsweise einer Beratung und Betreuung - allerdings auf unterster Ebene - weiterzuführen versuchen. Aber im großen ganzen sind das Nebenbei-aufgaben geworden ... Und das war für uns das größte Problem, die wir das "Projekt" mitgetragen haben: natürlich war das Ganze manchmal den Auslandsämtern aufgepropt - und praktisch ohne zusätzliche Mittel ...

Wir hatten uns jedenfalls vorgestellt: die Auslandsämter in der Mitte und drumherum die Studentengemeinden und die anderen Institutionen, die mit "Ausländerstudium" direkt oder indirekt zu tun haben, dazu gehören dann auch - in einigen Hochschulstädten gibt es das - die Fördervereine ... Aber diese Konstellation hat praktisch nirgendwo wie erwünscht stattgefunden; also heute existiert ein Runder Tisch eigentlich nur in Oldenburg und in Mainz, soweit ich weiß, dann Darmstadt, aber der Darmstädter existierte auch schon vor dem "Projekt" ...

Jutta Voigt: Einen "richtigen" Runden Tisch - den hatten wir hier ein einziges Mal ...

Ja, den fand ich sehr interessant - ich war ja dabei, eben weil auch Ausländergruppen auf kommunaler Ebene dabei waren!

Jutta Voigt: Ja, der hätte weiterlaufen sollen. Aber dazu wäre es notwendig gewesen, daß mehrere Personen, vielleicht auch mehrere

Gruppierungen die Organisation übernommen hätten - nicht nur der "Koordinator". Da fehlte dann irgendwie die Kapazität, vielleicht auch das Interesse, ja? Der Projektinhalt hätte vom Auslandsamt interessierter wahrgenommen werden müssen! Wenn alle Aktivitäten immer nur einer machen muß, bei uns Basem Allahani, dann hat das eben keinen solchen Effekt.

Aber noch 'mal die Frage: Warum machen die Studenten nicht mit?

Basem Alhallani: Kein Interesse

Jutta Voigt: Das ist das große Problem!

Basem Alhallani: Wenn das "Projekt" jetzt weiterlaufen soll, dann könnte man ja vielleicht das Interesse der ausländischen Studierenden anregen, wenn das Akademische Auslandsamt Interesse zeigt, wenn es sich mit den Inhalten identifiziert und vor allem Engagement zeigt ... man fühlt sich dann nicht so allein: da bin nicht nur ich!

*Es wäre ganz wichtig im Zusammenhang mit dem Projekt, mal zu diskutieren, was es nun unter den **gegebenen** Umständen bewirkt hat - es hat anscheinend nicht bewirken können, diese Apathie, nennen wir das mal so, aufzubrechen -- anscheinend gehört da mehr dazu, auch mehr Power ... auch mehr Investition ... mehr materielle ...*

Jutta Voigt: Also ja ... und Einzel-Aktivitäten bringen uns da nicht voran ...

Zumindest der finanzielle Rahmen ist zu dürftig ... wir konnten ja nur über wenige Monate einen Koordinator bezahlen ... und das war auch nur ein Anerkennungshonorar! Vielleicht ist es besser, mit dem gleichen Geld, gesetzt den Fall, wir kriegen es, an drei, vier Hochschulen exemplarisch zu versuchen, so ein "Projekt" weiterzuführen bis zum Ziel, Rassismus öffentlich zu machen, einsichtig zu machen, kritisierbar zu machen ... aber fest steht ja auch: die ausländischen Studierenden sind mittlerweile durch das politische Klima ziemlich verunsichert, die Bewerbungszahlen sinken, stellenweise rapid und anscheinend haben sich die ausländischen Studienbewerber

flächendeckend entschlossen, ihr Studium hier völlig unauffällig und die Öffentlichkeit meidend und möglichst zeitökonomisch zu absolvieren ... In diesem Zusammenhang bedeutet an Projekten mitzuarbeiten, zusätzliche Seminare zu machen, die nicht unmittelbar etwas mit ihrem Studium zu tun haben, einfach Luxus ...

Jutta Voigt: Ja, es ist ein Problem der Öffentlichkeit und es ist ein Problem 'Zeitfaktor' für sie ... der Druck, der jetzt auf den Studenten liegt, in bestimmter Zeit bestimmte Prüfungen abzulegen - der ist mittlerweile sehr hoch. "Früher" waren ja diejenigen Studenten an der TU Dresden, die sich auch für andere gesellschaftlich engagierten, schon ein wenig Privilegierte, die auch besondere Vergünstigungen hatten, also, was das Studium anbetraf, hatten sie nicht dieses Druck-Problem, wenn jemand beispielsweise Vorsitzender des Internationalen Studenten-Komitees war, und er hätte Studienschwierigkeiten gekriegt, hätte er kein Problem gehabt, ein Semester zu verlängern. Das wurde damals auch positiv in den Fachbereichen beachtet, daß er sich gesellschaftlich engagiert ... aber der Druck jetzt - also, ich stelle ihn mir sehr groß vor ...

Der Druck ist zumindest am Anfang sehr stark ... vor dem Vordiplom sehr stark, und dann wieder vor dem Abschluß. Und dazu kommen zunehmend gebündelt die materiellen Fragen, die sozialen Probleme, Wohnung usw. - und dann eben die gewisse politische Unkontrolliertheit der unmittelbaren Umwelt ... wenn ich mir überlegen muß, kann ich heute abend ins Kino gehen und komme ich unversehrt zurück!

Jutta Voigt: Also zur Wohnung: Drei Jahre dürfen die Studenten im Wohnheim leben, und dann geht der Streß los: hast Du die Chance zu verlängern oder nicht ... das wird dann ein Problem - und war es früher überhaupt nicht, jedenfalls nicht hier!

(...) Die Traditionen sind also hier und im Westen der Bundesrepublik immer noch unterschiedlich, das 'Ausländerstudium' zu sehen - aber im aktuellen studentischen Alltag läuft das für jeden einzelnen natürlich erst einmal aufs gleiche hinaus.

Und weil die Sichtweise jeweils eine unterschiedliche ist, verhalten sich auch die Studenten hier und dort immer noch unterschiedlich: Im Westen völlig auf sich allein gestellt zu sein, und betreut zu sein, fast 24 Stunden am Tag, im Osten! Das prägt doch.

Jutta Voigt: Ja, aber das erwähnt kein Mensch. Auch dort nicht, wo man sich um das Ausländerstudium eigentlich kümmert, zum Beispiel in den Auslandsämtern. Offiziell sind das alles eben Studenten, die studieren - sonst nichts.

Im Augenblick müssen sich ja gerade die Auslandsämter verstärkt auf die Programmstudenten konzentrieren, die sogenannten Selbstzahler bleiben dadurch mehr und mehr unberücksichtigt, man tut so, als ob es diese Gruppe gar nicht mehr gibt, im Vordergrund stehen die Stipendiaten und die EU-Studenten. Eine verrückte Situation!

Jutta Voigt: Da wird einfach die Wirklichkeit nicht gesehen. Und damit wird auch das Kulturelle verleugnet, das bringen diese Studenten ja auch mit!

Eben! Und da er in der Regel auch Geld verdienen muß, gewinnt er besonders tiefe und konkrete Einsichten in das gesellschaftliche Leben hier, mehr als zum Beispiel die Stipendiaten. Daraus könnte sich ja eine fruchtbare Auseinandersetzung über verschiedene Ansätze ergeben, wie man das Studium angeht, wozu es nützlich ist oder sein müßte usw., also eine interkulturelle Debatte.

Für die ausländischen Studierenden ist ja auch der Bewegungsspielraum viel enger geworden, ihr Alltag viel unwirtlicher. Da setzt man dann wenig Hoffnung auf solche Initiativen, wie wir sie im Projekt versucht haben ...

Basem Alhallani: ... und möglichst wenig auffallen! Warum sollten sie mir denn bei der Organisation einer Veranstaltung eines Workshops helfen...

Jutta Voigt: Die entscheidende Frage ist: Was bringt's mir! Solche Arbeit bringt immer nur den anderen etwas, mir selbst nichts - jedenfalls erst einmal!

Basem Alhallani: Und dann darf man nicht vergessen: ehrenamtlich, das bedeutet ohne Honorar, und viele ausländische Studierende sind so eingespannt, die können sich das einfach nicht leisten ...

Jutta Voigt: Die Enthusiasten, auf die wir immer zählen konnten, die sind ausgestorben ...

Die werden in irgendwelchen Ecken rumstehen - oder sich so etwas, wie Basem sagt, nicht "leisten" können ...

Jutta Voigt: Ich kann doch keinem Menschen übelnehmen, wenn er sagt, es bringt mir mehr, wenn ich für mich lerne ... Wir haben doch solche Fälle mehr als genug, die sich für andere engagiert haben, die aber ihre Examina noch nicht in der Tasche haben! Die zum Beispiel dann in der Wende-Zeit auch nicht Fuß gefaßt haben ... die gibts auch noch an der Uni...

Basem Alhallani: Ich kann das von mir sagen. Der Job als Koordinator im "Projekt" war zeitaufwendig, vor allem, weil man etwas machen sollte, was eigentlich neu war, nämlich verschiedene Personen und Institutionen, Verbände usw. an **einen** Tisch zu bringen. Das ist sehr zeitaufwendig. Ich habe aber eigentlich keine Minute überflüssige Zeit, ich brauche diese Zeit, ich kann auch nicht einfach sagen, ich verschiebe dies und das, ich bin abhängig von meinem Professor, von Terminen ...

*Trotzdem ... Du mußt Dich dann als ausländischer Student natürlich auch fragen, sind Dir diese Studieninhalte für Deine spezifischen Belange, beispielsweise für Deine Arbeit als Landarzt in Inner-Afrika wirklich nützlich, sind sie **grundsätzlich** für Dich brauchbar ...*

Basem Alhallani: Möglicherweise überhaupt nicht ...

*Wenn "Ausländerstudium", dann müssen doch auch entsprechende Inhalte angeboten werden, alternative wissenschaftliche Ziele zugelassen werden. Bisher wird doch hier nach Schema F verfahren: Friß, Vogel, oder stirb! Das kann doch nicht sinnvolle Entwicklungspolitik sein, wenn sie sich nicht **auch** als Bildungspolitik versteht!*

Jutta Voigt: Wir hatten an sich gute Ansätze in dieser Richtung ... Gerade das von Kassel initiierte Seminar "Planen & Bauen in Entwicklungsländern" war Anlaß, eine ähnliche Veranstaltung für Interessenten im Bauwesen zu organisieren, das war keine schlechte Sache, aber die Frage ist, welche Würdigung findet dann so ein Hochschullehrer, der das macht? Und so fort. Das Seminar findet nicht mehr statt, ich habe jedenfalls nicht gehört, daß der Fachbereich Bauingenieurwesen wieder so ein Seminar anbietet, und das ist schade, weil das ein Fachgebiet ist, wo man das gut machen kann, wo es sich anbietet ...

Also so etwas hätte man innerhalb des "Projektes" mal exemplarisch...

Jutta Voigt: Ja, im Ansatz haben wir das auch genannt ...

Ja? Man könnte aber weitergehen und sagen, ein solches "Projekt" könnte an der einen oder anderen Hochschule einen entsprechenden Lehrauftrag ausschreiben. Aber dazu war ja dann auch das Geld ...

Jutta Voigt: ...nicht da! Na klar, das ist auch eine finanzielle Frage.

Wie könnten wir jetzt aber die Dresdner Verhältnisse zusammenfassen: Die Dresdner sind irgendwann steckengeblieben ...

Jutta Voigt: Ja, eigentlich hat das ja gar nicht so schlecht angefangen ...

Basem Alhallani: Es blieb schließlich alles an mir hängen. Als einziger konnte ich aber zu wenig ... und andere, wir haben ja darüber gesprochen, die waren eben nicht so motiviert, fanden das ohne Hoffnung ... Wir hatten die Einführungswoche mitgetragen, das "Projekt" vorgestellt, daraus ergab sich dann der Runde Tisch ...

Das war ja schon beeindruckend, dieser erste und bisher einzige Dresdner Runde Tisch, da waren ja alle da, inklusive des Dresdner Ausländerrates als Delegiertem von 20 kommunalen Ausländervertretungen ... so war das eigentlich in unserer Planung gedacht, die

Einbeziehung von Gruppen außerhalb der Hochschule, der Schulen usw....

Basem Alhallani: Ja, die waren immer bereit, auch weiterzumachen, die haben ja auch die kulturelle Woche mitgetragen ...

Jutta Voigt: Ja, aber diese Initiative hängt ja nicht nur von uns ab ...

Basem Alhallani: Das war schon etwas Besonderes: die ausländischen Vereine außerhalb der Uni setzen sich für die Studenten ein! Aber das ging dann auch zu Ende ...

Jutta Voigt: Wir konnten ja auch insgesamt wenig mehr bieten als unseren guten Willen ...

* Gesprächsteilnehmer waren Frau Dr. Jutta Voigt, bis Mai 1965 Auslandsamt der TU Dresden, und Basem Allahani, Doktorand in der Fakultät E-Technik und Projekt-Koordinator (November 1995).

**Projektprobleme: Erfahrungen aus dem Projektjahr 94/95 -
ein Gespräch im Akademischen Auslandsamt der Universität Leipzig*)**

In Leipzig gingen die Projekt-Initiativen im wesentlichen vom Akademischen Auslandsamt aus. Auch die Projekt-Koordinatorin arbeitete von Anfang an sehr eng mit dem Amt zusammen. Es ist deswegen nicht verwunderlich, daß hier ebenfalls die ausländischen Studierenden im Projekt-Mittelpunkt standen, und aus ihrer Situation heraus die Aufgabe des Projektes zu realisieren versucht wurde, rassistische Verhaltensweisen in der Hochschule zu konkretisieren zu veröffentlichen.

Wie das Gespräch ergibt, läuft dieses Bemühen letzten Endes darauf hinaus, die Lage der ausländischen Studierenden zu verbessern, ihren finanziellen Hintergrund, aber auch ihre Anwesenheit in der Hochschule zu legitimieren, zu stabilisieren und ihre Integration in den Hochschul-Alltag zu forcieren.

Fragen des Rassismus an der Hochschule werden aber in diesem Zusammenhang kaum unmittelbar thematisiert.

Projekt: Die bei Projekt-Beginn angeschriebenen Auslandsämter an den Hochschulen haben sich mal mehr, mal weniger in Projektvorbereitung und -verlauf involviert. Bei Ihnen, an der Uni Leipzig, war es ja eigentlich immer das Auslandsamt, das die Protagonisten-Rolle von Anfang an übernommen hat?

Frau Klímmek, Akad. Auslandsamt: ... in Zusammenarbeit mit dem Referat "Ausländische Studenten". Also - ich muß erst mal sagen, daß wir seit 1990 in diesem Bereich eine Tradition haben und da wirklich das Referat "Ausländische Studenten" aktiviert haben zur

selbständigen Arbeit mit den deutschen Studenten, daß sie sich verantwortlich fühlen für soziale Fragen, für kulturelle Belange - und auch für anderes. Daß wir den Arbeitszusammenhang mit WUS dazu genutzt haben, diese Probleme aktiv anzugehen. Wir haben dabei ja gleichzeitig auch WUS an unserer Hochschule bekanntgemacht. Das waren so unsere gesteckten Aufgaben, aber daran hatten wir - mit Ausnahme vom Runden Tisch - auch im Vorfeld schon gearbeitet. Auch diese Aktionen gegen Rassismus: das waren für uns keine neuen Prozesse, das ist bei uns im "Projekt" einfach kontinuierlich weitergelaufen. Unterem Strich bleiben zwei Dinge, die neu sind und in dem Projekt-Zusammenhang entstanden sind, eben der **Runde Tisch** und die **Internationale Woche**, die von allen Seiten, sowohl von den deutschen als auch von ausländischen Studenten her, aber auch von der Universitäts-Leitung her als hervorragend bewertet worden sind. Und alle hoffen anscheinend, daß wir das weitermachen.

Wir werden also auch mit WUS zusammen wieder ganz gezielt eine Internationale Woche vorbereiten, und die wird Ende April/Anfang Mai '96 sein. Das wird also auch Tradition werden - und diese Tradition ist im Projektzusammenhang entstanden. Wir haben dabei übrigens auch immer mit der Stadt selbst Kontakt gesucht. Und das hat sich dann auch in der Presse gezeigt, das hat sich im Sachsen-Fonds gezeigt. Und dann sind wir eben immer in die Öffentlichkeit getreten. Wir fanden das immer sehr wichtig:

Zeitungsausschnitte, Berichte ... sowohl in der Universitäts-Zeitung, als auch in den üblichen Tageszeitungen ... usw.

Dann haben wir auch große Unterstützung vom Ausländerbeauftragten der Uni Leipzig bekommen, wir haben den "Förderverein für ausländische Studierende" sehr miteinbezogen, der hat also auch zum Beispiel Geld für die Internationale Woche mit eingetrieben, das dann für die ausländischen Studenten zur Verfügung steht ...

Ein Verein, der zunächst ausschließlich dafür gegründet wurde, um für diese Zwecke Geld einzutreiben - also für direkte Unterstützung des einzelnen ausländischen Studierenden?

Ja. Wobei die Leute, die in dem Förderverein zusammengeschlossen sind, es sind Einzelpersonen, natürlich auch inhaltliche Arbeit machen.

Aber ihr erstes Anliegen ist, einen Unterstützungsfonds für ausländische Studierende zu realisieren - das ist wahr. Der stellvertretende Vorsitzende zum Beispiel ist bei STUBE/Sachsen (Studienbegleitprogramm für ausländische Studierende) festangestellt, da gibt es also gute Verbindungen, und das ist auch so etwas, was im Zusammenhang der ganzen Projekt- Entwicklung entstanden ist. Ein anderer Kollege aus dem Vorstand des Fördervereins ist Mitarbeiter bei der ESG, so daß der Förderverein mit den entsprechenden Institutionen ganz gut verknüpft ist ... Und die Universität (als Institution) ist jetzt auch dem Verein beigetreten ...

Als förderndes Mitglied?

Ja. Als förderndes Mitglied. Da ist eigentlich schon immer ein bißchen Power gewesen, daß da möglichst viele Leute bei möglichst allem mitbeteiligt werden. Wir haben auch die Autonome Flüchtlingshilfe mit am Runden Tisch gehabt, die haben dann auch im Rahmen dieser Internationalen Woche Filme gezeigt aus Flüchtlingslagern - diese ganze Situation eben in bestimmten Ländern -, was sicher auch geholfen hat, die Probleme faßbar werden zu lassen ...

Das ist jetzt über den Förderverein gelaufen ...?

Nein. Das ist unter dem "Projekt" gelaufen! Die Koordinatorin hier war Claudia Beck - sie ist jetzt schon seit einiger Zeit in Südamerika. Sie hat monatlich alle in Frage kommenden Leute und Institutionen zum Runden Tisch eingeladen, und dort sind dann alle Aktivitäten für das "Projekt" geplant und besprochen worden: wer, wo, was mitmachen kann. Wo wir unsere Studenten auch aktivieren könnten, ja? Und das wollen wir auch weiterführen.

Dann hatten wir eigentlich auch immer den Studentenrat miteinbezogen, das Café Regenbogen, ein Treffpunkt vor allem der ausländischen Studenten, ist bei uns auch sehr aktiv gewesen und gestaltet die Abende mit, wo es erst einmal um Themen geht, an denen Studenten sehr interessiert sind, Heimatreligionen: Islam und andere Glaubensrichtungen, wo es bei den Diskussionen auch mal ziemlich lebhaft zugeht. Aber Studentenrat und ausländische Studierende wollen einfach auch mal weg von den Fragen der alltäglichen Misere: wo kann man unterkommen, wo kann man arbeiten ... sie finden es eben auch wichtig, daß

politisch diskutiert wird, ja? Das ist eigentlich auch ein Ergebnis des Projektes "Informieren statt Kapitulieren" an der Uni Leipzig. Und die Anfänge wurden gemacht beim Professorenstammtisch und bei dieser Veranstaltung Café Regenbogen, wo es auch um eine Entwicklungsproblematik ging. Dort wollen wir auch weitermachen!

Übrigens - zu den Mitgliedern des Fördervereins gehört auch das "Studienkolleg für ausländische Studierende", das alle Aktionen bisher mitunterstützt hat und das ja für die Studienvorbereitung zuständig ist ...

Der Runde Tisch ist also über das Projekt entstanden?

Ja, der ist durch das "Projekt" entstanden und wird weitergeführt. Das kann man so sagen: vorher gab's den nicht, den hat Claudia Beck als Projekt-Koordinatorin initiiert.

Und die Koordinatorin wurde bezahlt vom Akademischen Auslandsamt oder ...?

Nein. Nur aus Projektmitteln ... nur das!

Nachfolgerin von Claudia Beck sind Sie, Frau Fuhrmann? Wer trägt jetzt Ihre Stellenfinanzierung - nach Auslaufen der Projektgelder?

Frau Fuhrmann, Auslandsamt: Bei mir hat sich das insofern geändert, als für mich eine Hiwi-Stelle, zehn Stunden die Woche, eingerichtet werden konnte.

Frau Klimmek: Das habe ich gegenüber der Hochschulleitung erreicht mit der Begründung, wir hielten die Arbeit des Projektes für sinnvoll und wollten in seinem Sinn weitermachen. Diese Stelle hoffe ich auch im nächsten Jahr wiederzubekommen: wenn die bisherige Koordinatorin, Claudia Beck, aus Südamerika zurückkommt, wird die Stelle entweder geteilt werden müssen, oder ... also, ich weiß das noch nicht - ich möchte jedenfalls Claudia Beck nicht einbüßen ...

Man könnte also sagen, daß diese Stelle oder diese Stellen inhaltlich und finanziell auch ein Resultat des "Projektes" sind?

Ja, das kann man so sagen ...

Also: diese Kosten-Übernahme der Koordinierungsstelle durch die jeweilige Hochschule ist bisher noch nicht oft geglückt ... Mainz fällt mir ein, Oldenburg - und dann eben Leipzig ... Es war ja intendiert, daß die Hochschulen organisatorisch und inhaltlich in das Projekt einsteigen und es weiterführen würden. Ohne zusätzliche Mittel ist das natürlich nicht gerade einfach - und disponible Mittel haben die Hochschulen momentan angeblich keine. Wir hatten dann vorgeschlagen, zum Beispiel Mittel abzurufen aus dem Bereich "Qualifizierung der Lehre", "Erneuerung der Lehre" usw., der seit einigen Jahren in einigen Bundesländern existiert ...

Wir werden sehen - in Sachsen existiert so ein Programm meines Wissens nicht ... Ja, und dann haben wir noch eine Organisation, die sich an der Uni hier neu gegründet hat, die sehr engagiert arbeitet, das sind deutsche Studenten, die sich in den Kopf gesetzt haben, allen ausländischen Studenten möglichst schnell zu helfen - also, den Erstsemestern - , sich in Leipzig zurechtzufinden. Das ist eine Vereinigung von ungefähr zwanzig deutschen Studenten - ohne irgendwelche Gelder, ohne irgendwelche Anerkennung außer der, daß sie von den ausländischen Studenten sehr gut angenommen werden. Sie organisieren vorwiegend Informations- und Diskussions-Veranstaltungen - sie sind auch eine gute Unterstützung für die Koordination ...

Und diese Gruppen gingen nicht hervor aus der ESG oder anderen ...

SABINE KLIMMEK: Nein, die Studenten kamen hierher und sagten, sie wollten etwas machen. Zusammen mit ihnen und dem Studentenrat, dem Referat "Ausländische Studierende" und dem Ausländerbeauftragten hatten wir letztes in einer Vorbereitungsphase unsere Arbeit zu planen versucht. Das war Ende September. Dort haben wir vor allem zwei Dinge gemacht ...

Das war an einem Wochenende?

Donnerstag/Freitag. Wir haben erstens dem Studentenrat Gelegenheit gegeben, sich ein Programm für's Studienjahr '95/96 zu erarbeiten und dann auch noch die Wahl vorzubereiten - die hat inzwischen auch

stattgefunden -, und der zweite Schwerpunkt war, daß wir uns verständigt haben: was geschieht alles in der Vorbereitungswoche, wie werden die neuen Studenten betreut, was sind die Schwerpunkte der nächsten Woche.

Und das ist auch schon das zweite Mal gemacht worden und wird sicher auch eine Tradition ...

Ich habe immer ein wenig Schwierigkeiten, wenn Sie das so erzählen: was davon ist eine Initiative Ihres Akademischen Auslandsamtes, was ist "Projekt" ...

Ja, ich hatte das vorhin schon gesagt, daß die Perspektiven, die mit dem "Projekt" angestrebt sind ..., daß wir an denen hier in Leipzig eigentlich schon seit '90 arbeiten. Seit damals versuchen wir, die spezifischen Probleme der ausländischen Studierenden aktiv zu lösen. Das sind im wesentlichen Integrationsprobleme, aber auch vielfach Alltagsprobleme - Unterbringung, Geld usw. Und zwei Dinge helfen uns dabei, die aus dem "Projekt" entwickelt wurden - ich hatte sie ja am Anfang genannt -, das ist einmal der Runde Tisch und diese Aktion "Internationale Woche", die uns (übrigens) auch das ganze Jahr beschäftigt ...

Wie ist denn da die Beteiligung insgesamt, auch an diesen kleineren Aktivitäten ... also manche Sachen sind ja bei der "Internationalen Woche" ins Wasser gefallen, wegen Regen ...?

SABINE KLIMMEK: Eine Sache ist ausgefallen. Diese Filmvorführung, die wir geplant hatten ... Aber am gleichen Tag war ja diese "Freßstrecke", die war von den ausländischen Studierenden organisiert worden, und die hat stattgefunden - trotz Regen ...

Und wer war da?

250 Studenten waren da, nach zwei Stunden war das Essen alle, fünf Länder hatten gekocht ...

Und sind die Ausländer unter sich geblieben, manchmal ist es ja so - was schätzen Sie?

Nein! Es waren viele Deutsche da. Wir haben insgesamt etwa 4000 bis 5000 Leute erreicht während der "Internationalen Woche". Gerade beim Ökumenischen Gottesdienst, da haben dann die Leute Ausländer mit nach Hause genommen zum Mittagstisch. Es gab auch eine "Kollekte" - wir haben für den Verein ca. 800 Mark gesammelt an diesem Tag und haben sie dem Förderverein zur Verfügung gestellt. Oder die Veranstaltung in der Moritz-Bastei**, da waren ungefähr 1200 Besucher - der Rektor war auch da, er wollte mal 'ne halbe Stunde kommen und ist dann bis eins geblieben!

Es war jedenfalls ein ganz tolles Volksfest auf unserer Wiese! Also, wenn ich jetzt darüber so begeistert bin und das alles so erzähle, bedeutet das eigentlich nur, daß ich mich gefreut habe, daß es das ganze Jahr so gelaufen ist, ja, und wir haben immer offene Ohren gefunden. Wir haben das erste Mal etwas mehr Adressaten erreicht als die vergangenen Jahre, wahrscheinlich durch die gezielte und vielseitig gestaltete Internationale Woche. Auch AEGEE war dabei, diese Gruppe der europäischen Studierenden ..., und ich muß sagen, daß auch gerade die europäischen Studenten sich immer stärker nähern ...

Also das ist ein Problem - jedenfalls im Westen, im Rhein-Main-Gebiet an den Hochschulen ist es relativ faßbar, daß die sogenannten Selbstzahler, die ja in Leipzig und Dresden nicht so ins Auge fallen - oder jedenfalls erst seit ein paar Jahren -, daß die sich dominiert fühlen durch die EU-Studenten, durch die Programmstudenten insgesamt ... das fällt hier wahrscheinlich nicht so auf?

Das war früher sehr stark ausgeprägt, aber ich glaube, daß dies mehr von den Hochschullehrern ausging, nicht so von den Studierenden selbst ...

Wieso, wie meinen Sie das?

Nun ja, die Studenten haben die Nähe gesucht, aber man hat immer versucht, Extra-Veranstaltungen zu machen - für Europa und die anderen Ausländer ...

Tatsächlich ...?

... und ich habe gemerkt, wenn wir Veranstaltungen gemacht haben, dann kamen immer die EU-Studenten und sagten: Wir möchten da auch mitmachen - können wir?

Und wie ist in Leipzig das Zahlenverhältnis zwischen diesen Gruppen?

Naja, wir haben ungefähr 250 Erasmus-Studenten, der Rest sind die anderen - also circa 1500 minus 250 - mit den Promovenden ...

Bildungsinländer haben Sie ...

Die laufen "drüben" (im Studentensekretariat) - und "Europa" ansonsten auch. Ich find's nicht gut, weil, wenn sie Probleme haben, vor allem Probleme mit der Ausländerbehörde, dann kommen sie ja doch zu uns ins Akademische Auslandsamt - normalerweise werden sie - administrativ - wie Deutsche behandelt ... Und sie werden natürlich auch nicht betreut, sie werden dort eingeschrieben wie Deutsche, und ...

Man geht einfach davon aus, daß die einzelnen Stipendiengeber -

Nein! Das sind ja meist keine Stipendiaten, sondern die wollen hier ganz normal studieren und einen normalen Abschluß machen, also nicht wie "Erasmus" ...

Und wieviele sind das etwa prozentual?

Das weiß ich nicht - es werden jedenfalls immer mehr!

Sie haben da in Ihrem Papier geschrieben, daß es eine Reihe von ausländischen Studierenden auch aus den alten Bundesländern gibt, die hierher gekommen seien, weil hier der Standard als nicht so hoch vermutet wird. Welche konkreten Erfahrungen haben Sie da?

Na, so ganz könnte ich das nicht unterschreiben; was eigentlich die Leute hält, wenn sie hierherkommen, ist, glaube ich, daß sie aufgenommen werden und betreut werden ... sie sind also der Meinung -

wenn ich mich mit ihnen unterhalte -, daß die Menschen hier noch sozial aufgeschlossen und ein bißchen interessiert an ihnen sind.

Sie sind ja in der letzten Zeit wahrscheinlich häufiger mit Kolleginnen und Kollegen aus den alten Ländern zusammengekommen und haben von deren Arbeit doch zumindest zwischen Tür und Angel, beim Austausch von Erfahrungen zum Beispiel, gehört. Wie würden Sie denn ... haben Sie denn da Unterschiede zu Ihnen herausgehört?

Ich glaube fast, daß wir hier, was die Arbeit mit den ausländischen Studierenden angeht, sogar noch etwas unvoreingenommener an viele Initiativen gehen, weil wir uns noch nicht so viel den Kopf eingerannt haben ... Ein Problem - und da kämpfe ich auch mit den Leuten aus den alten Bundesländern - ist die Frage des Jobbens: da kommen wir - ehrlich gesagt - nicht weiter, und das wäre eine Sache, der wir uns annehmen möchten - mit der Arbeitserlaubnis für ausländische Studenten.

Hessen hat es ja geschafft, daß die Studierenden eine gewisse Stundenzahl in der Woche arbeiten gehen können ...

Ja - seit Anfang dieses Jahres. 20 Stunden.

Aber insgesamt eben nicht. Und - bei uns sieht es zur Zeit so aus, daß - ich sogar Probleme habe mit den Studenten, die Studienförderungstätigkeiten machen möchten. Die haben bis jetzt arbeiten können - ohne eine Arbeitserlaubnis. Aber jetzt gibt's drei Ministerien, ein Wirtschaftsministerium, ein Arbeitsministerium und ein Innenministerium - und außerdem die Arbeitsverwaltung -, und alle diese Institutionen spielen bei diesem Punkt mit. Es ist uns mittlerweile gelungen, das Innenministerium und das Wissenschaftsministerium in einigen Punkten gewissermaßen kurzzuschließen - daß wir da eben bestimmte Dinge gemeinsam machen können. Aber jetzt kam wieder ein neuer Erlaß, eine Arbeitsverordnung, nach der jeder ausländische Student, jeder, für jede Tätigkeit eine Arbeitserlaubnis braucht. Das heißt, auch wenn einer in der Klinik Dienst macht, muß er eine Arbeitserlaubnis haben!

... Und jetzt wissen wir nicht, wie wir das klären sollen. Das ist ein ganz heißes Problem!

Also den entsprechenden Hessischen Erlaß kennen Sie vom Anfang des Jahres, ich glaube März ...?

Den hab' ich gleich von Anfang an gehabt ... wir haben den natürlich auch überall verteilt ... auch den Kollegen in den alten Bundesländern. Ja, hoffentlich krieg' ich da keinen Ärger - aber ich bin schon der Meinung: der muß überall bekanntgemacht werden!

Wir wollten das eigentlich mal innerhalb der AUSZEIT bringen - gerade um zu informieren: das könnte ja auch Anregung sein!

Wir wollen jedenfalls diese Sache gezielt angehen, das ist etwas ... da muß etwas geschehen!

Ja, es ist ja wirklich sehr merkwürdig, daß noch nicht einmal benachbarte Hochschulen voneinander wissen - nach welchen Regeln gearbeitet wird und unter welchen besonderen Bedingungen? Und das ist schon ein bißchen lächerlich, vor allem, weil man von den dort nebeneinander liegenden Hochschulen leider gleiches sagen muß: da unterrichtet normalerweise keine die andere über solche Probleme und ihre Lösungen ... Da hätten wir als WUS sicherlich auch eine Transmissions-Aufgabe ...

Aber noch einmal zu der Arbeitserlaubnis für ausländische Studierende: Da gibt es sicher noch andere Bundesländer, die da eine liberalere Handhabung praktizieren, oder?

Nein, nicht daß ich wüßte - in Berlin wird's etwas anders gehandhabt ... die geben aber nichts Schriftliches. Die Studenten kriegen da wirklich eine Arbeitserlaubnis! Und das grundsätzliche Problem für uns ist wirklich, daß viele Studierende hier sagen, wir gehen nach Berlin zum Weiterstudieren, weil wir's hier finanziell nicht mehr tragen können.

Tatsächlich? Von den ausländischen Studierenden?

Jaja, vor allem auch die, die ihr Studium beginnen. Da weiß ich selbst von dreien, die haben einen Studienplatz in Berlin bekommen: die haben sich bei uns sofort wieder exmatrikulieren lassen!

Konkret also: kein Student kriegt eine Arbeitserlaubnis - egal, welches Semester er studiert?

Außer in der Semesterpause, das haben wir ... erreicht, daß die Studenten in der vorlesungsfreien Zeit insgesamt im Jahr drei Monate arbeiten können ... vorher waren es zwei! Das ist ein Fortschritt. Und ich versuche jetzt auch zu erreichen, daß die Studenten diese drei Monate aufs ganze Jahr verteilen können ... Ich hatte zum Beispiel einen Studenten, der wegen seiner Prüfung nicht arbeiten konnte, der könnte aber jetzt - also nach seiner Prüfung! Den wollen sie aber jetzt nicht arbeiten lassen, obwohl er dieses Jahr überhaupt noch nicht gearbeitet hat - solche Dinge! Das ist aber zäher Kampf und nimmt viel Zeit in Anspruch.

Ein Punkt im Projekt war ja das Angehen ober- und unterschwelliger rassistischer Erscheinungen an der Hochschule. Sie hatten immer gesagt: wir haben das in Leipzig nicht.

Unterschwellig gibt's das schon - aber ich kann das nicht beweisen. Zum Beispiel in der Medizin ...

An sich wäre es ja Projekt-Aufgabe während dieser zwei Jahre gewesen, mal so etwas greifbar zu machen, daß darüber auch einmal öffentlich geredet wird, ja? Sie haben auch gesagt, die ausländischen Studierenden hätten hier diese Integrationsprobleme nicht in dem Maß. Also - in den alten Bundesländern an den Hochschulen können wir das aber generell erfahren -, sagen jedenfalls die ausländischen Studierenden. Das zeigt sich zum Beispiel in der Gettoisierung der ausländischen Studierenden. Und es gibt ja auch zunehmend Hinweise darauf, daß die ausländischen Studierenden, vor allem natürlich die sogenannten Selbstzahler, immer weniger den Wunsch haben, in der Bundesrepublik zu studieren ... manche Studienkollegs sind anscheinend schon gar nicht mehr ausgelastet ...

Ja, das gibt's bei uns vielleicht noch nicht in dem Ausmaß, weil Osteuropa hier ziemlich stark durch Studierende vertreten ist, und es könnte sich auch anbahnen, daß die Polen wieder in ein Studienkolleg gehen müssen - die Hochschulaufnahmeprüfungen in Polen sind nicht mehr das, was sie mal waren ... die kann man jetzt auch kaufen ... also, man berät wieder, ob die Polen nicht auf Antrag das Studienkolleg besuchen

sollten ... Es gibt sicherlich auch Qualitätssprünge - ich meine, Afrikaner, die ein Jahr studiert haben, müssen nicht unbedingt die Voraussetzungen haben, das Hochschulstudium dann zu packen - außerdem nehmen die Zertifikats-Fälschungen auch sehr zu. In Leipzig haben wir übrigens einen unglaublichen Zuspruch an Afrikanern. Wir haben hier etwa 400 KommilitonInnen - und damit haben wir zunehmend das Problem mit der Unterbringung. Die Wohnheime sind alle renoviert worden, das heißt auch besser ausgestattet - mit weniger Betten: wir haben keine ausreichenden Möglichkeiten mehr, sie alle unterzubringen ...

Diese unterschwellige Feindseligkeit, Skepsis, Widerstand, Skrupel gegenüber Ausländern - ich weiß nicht, wie man's nennen soll, ich würde mich eher darauf beschränken zu sagen, in der Hochschule selbst ist es eine allgemein verbreitete Desinteressiertheit gegenüber ausländischen Studenten ...

Nein ...

Vielleicht war das bei Ihnen nicht ganz so stark ...

Ja, ich glaube, dabei spielt auch das Referat "Ausländische Studierende" eine Rolle, speziell jetzt auch der Vertreter im Senat - der hat ja auch einen Preis bekommen als bester ausländischer Student an der Uni -, und das bedeutet eine gewisse Akzeptanz, auch wie er so auftritt, die uns bei unseren Bemühungen sehr geholfen hat. Auch dem Ansehen gerade der Afrikaner ...

Das Problem bei uns ist eher die Kriminalität unter den Ausländern - außerhalb der Hochschule: daraus entwickelt sich hier in Leipzig eine gewisse Ausländerfeindlichkeit ... daß man in der Öffentlichkeit nicht mehr trennt zwischen dem ausländischen Studierenden und dem Ausländer, der kriminell wird, sondern man sagt: **die** Ausländer! Und darunter leiden dann unsere Studenten. Das ist ein ernsthaftes Problem. Besonders bei arabischen Studenten - wir haben hier oft Probleme mit algerischen Bürgern usw. ...

Als Dealer?

Ja, als Dealer auch, die ja nicht so angenommen werden, Gott sei Dank, aber auch Prostitution spielt eine gewisse Rolle, vor allem in den osteuropäischen Ländern, das heißt es gibt einige Kontingent-Flüchtlinge ...

Und Sie meinen, alle werden in einen Topf geworfen ...?

Ja. Und da legen die ausländischen Studierenden sehr viel Wert darauf, wenn solche Dinge passieren, daß da klar getrennt wird, und da hat es auch schon zwei Zusammenkünfte beim Kanzler gegeben, dabei war die Moritz-Bastei und das Polizeipräsidium, wo man versuchte, hier auch die Sicherheit zu erhöhen, wo man dann überlegt, ob man nicht einen Studentenpaß schafft mit Paßbild usw. Nur, das Problem ist, man verlangt den Studentenausweis zusammen mit dem Reisepaß. Wenn aber der Reisepaß wegkommt, dann haben die ausländischen Studenten ganz schlimme Probleme. Und man kann nicht verantworten, daß die Studenten zum Beispiel in die Moritz-Bastei immer mit dem Reisepaß gehen! Da überlegt man sich jetzt andere Möglichkeiten - mit den ausländischen Studenten zusammen! Und das finde ich eigentlich gut.

Wieweit sind denn die ausländischen Studenten überhaupt aktiv bei allen diesen Initiativen, zum Beispiel innerhalb der "Internationalen Woche"? Sind das immer die gleichen?

Das funktioniert ausgezeichnet! Nein, es gibt bestimmte Bereiche: die einen machen lieber da mit, die anderen lieber dort, etwa bei den verschiedenen Kulturveranstaltungen. Besonders leistungsstarke Studenten haben wir zum Professoren-Stammtisch eingeladen, weil ja auch dabei etwas herauskommen soll, ja? Es konnten alle kommen, aber wir haben ganz gezielt Leute eingeladen, bei denen wir wissen ...

... alles Studenten ...

... und Promovenden. Wir sagen immer Studierende, und da ist beides einbezogen - die sind alle eingeschrieben. Und jetzt haben wir natürlich noch einen Schwerpunkt, den wir unterstützen werden, das ist dieses STUBE- Programm, das in Sachsen jetzt anläuft -, das ein bißchen populär zu machen. Da wollen sich viele beteiligen, und da hat das Ministerium einiges Geld gegeben - und Stuttgart auch.

Mich würde zum Beispiel noch Ihr "Professoren- Stammtisch" ... das wäre schon ganz interessant zu hören, wie die Professoren hier in Leipzig in das Projekt eingestiegen sind ... an anderen Projekt-Hochschulen ist uns das nicht wunschgemäß gelungen, das Interesse der Professoren war nie sehr hoch ... möglicherweise sind da Konkurrenzen, ich weiß es nicht ... Manchmal gerät dadurch tatsächlich auch der Runde Tisch in Gefahr! Wieviele Professoren ...

Das ist kein regelmäßiges Treffen - sagen wir mal, alle paar Wochen, sondern das ist ein Treffen zur "Internationalen Woche". Das war ein Anfang, es waren, glaube ich, sieben oder neun Professoren da, es war eine gute Mischung: es waren auch Professoren aus den alten Bundesländern da, zum Beispiel ein Politikwissenschaftler, der die ganze Entwicklungshilfe-Problematik hervorragend dargestellt hat - das hatte auch pragmatische Effekte: guckt doch mal in die Räume, da gibt es so viele Apparaturen und Geräte, die können in afrikanischen Ländern noch gut genutzt werden, schickt die mal rüber und laßt die nicht vergammeln ...

Frau Klimmek, abschließend, Sie würden wahrscheinlich sagen, daß Sie die Ausländerarbeit so weitermachen wie auch vor der Wende. Sie haben ja immer eine ziemlich intensive Betreuungsarbeit mit ausländischen Studierenden gemacht, schon aufgrund der Tatsache, daß es hier meist Staatsstipendiaten waren - aus befreundeten Ländern. Sie haben da wahrscheinlich eher auf der Ebene der Gleichberechtigung ...

Frau KLIMMEK: Ja, ich muß sagen, der Schwerpunkt unserer Arbeit lag früher anders. Wir haben eigentlich vorwiegend "Länderabende" gemacht, ja? Und die Betreuung der Studenten, das lief an den Fakultäten, in den "Bereichen". Was für mich nach 1990 sehr wichtig geworden ist: Ausländische Studenten hatten etwas gegen organisierte Ausländerarbeit, was kein Wunder war, und deshalb haben wir uns zurückgezogen und haben versucht, Studenten zu finden, die das selber in die Hand nehmen. Und das war eigentlich ein sehr guter Schritt in die Selbständigkeit. Weil die Ausländer sagten: Jeder kann mitarbeiten, es muß keine Wahl geben. Und da hat sich ein Grüppchen entwickelt, das dann diese ganzen Dinge organisiert hat ... Ja, das alles ist bis vor zwei Jahren ohne jegliche Wahl gelaufen, und sehr organisiert. Jetzt gibt es

gewählte Sprecher, seit letztem Jahr, weil wir ja auch das Geld vom Studenten-Beitrag für die Ausländer bekommen ...

Und ist das ein Fortschritt ...?

Frau Klimmek: Es war eigentlich mehr eine Formsache, es arbeiten ja nicht nur die gewählten Sprecher, sondern auch alle anderen ...

* Gesprächsteilnehmer seitens des Auslandsamtes waren Frau Klimmek und Frau Fuhrmann (November 1995).

** Studententreff (besonders von ausländischen Studierenden), in unmittelbarer Nähe der Uni

**RASSISMUS ÜBERWINDEN, BEDEUTET, DIE
AUSLÄNDISCHEN STUDENTEN ZU FÖRDERN**
- das "Projekt" an der Oldenburger Universität*

DIE CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT ist eine junge, mittelgroße, etwas abgelegene Hochschule mit einigen hundert ausländischen Studierenden; sie fallen im Uni-Alltag nicht sonderlich auf und haben wahrscheinlich weniger Alltagsprobleme als ausländische Studierende an den aufgeblähten entsprechenden Riesen-Einrichtungen in den Metropolen. Sie haben zum Beispiel weniger Wohnungsprobleme, scheinbar auch weniger Probleme im Umgang mit den Professoren und KommilitonInnen - alles ist hier übersichtlicher und intimer. Trotzdem sind ihre Erfahrungen mit ihrer sozialen Ausgrenzung kaum besser als an anderen Orten. Wie steht es also hier mit der "Ausländerarbeit": konnte in der einen oder anderen Richtung das "Projekt" etwas aufnehmen, hat es etwas verändert, gibt es jetzt eine andere Perspektive, und was ist mit der Beteiligung der Studierenden, der Professoren, der Hochschulleitung? Gibt es rassistische Tendenzen, die sich im Verhalten gegenüber den ausländischen Studierenden ausdrücken, gibt es formierten Widerstand?

Ahmad Hosseinizadeh, Projekt-Koordinator : Wir hatten ja schon zweimal Orientierungsseminare für ausländische Studierende organisiert, erst einmal in Form von Einführungsveranstaltungen - im Zusammenhang beispielsweise des 'Tages der Offenen Tür' - im Oktober 1994. Da spielte schon das "Projekt" eine gewisse Rolle, viele Institutionen waren dabei, zum Beispiel das Auslandsamt, das IBKM (Institut für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen), KHG/Katholische Hochschulgemeinde), ESG (Evangelische Studentengemeinde), STUBE Niedersachsen (Studienbegleit-Programm) usw. Und es entwickelte sich dann ein gemeinsames Interesse dieser Gruppen, die ja allesamt in diesem Ausländer-Bereich arbeiten, und es kam auch zu einer vorläufigen gemeinsamen Arbeitsplanung.

So entstand dann die Frage nach einem Runden Tisch.

Es kam dann auch ziemlich bald eine erste gemeinsame Sitzung zustande, und auf der wurden dann Überlegungen angestellt, wie man die isolierte Stellung der ausländischen Studierenden in der Hochschule verändern könnte.

Also - wir haben uns da nicht lange mit Rassismus-Fragen aufgehalten. Allen war irgendwie klar, dass das alles mit 'Rassismus' zusammenhängen würde. Rassismus an sich - den gibt es so offen in Oldenburg gar nicht. Aber ein Rassismus, der zum Beispiel soziale Ausgrenzung ist, den gibt es hier eben auch, nicht so auffällig, nicht so spektakulär - aber vorhanden. Dies Problem kennt eigentlich jeder, mehr oder weniger differenziert, und da wurde von uns auch konkret angesetzt - also gleich bei der Frage der Verbesserung der Lage der ausländischen Studierenden. Aber auch bei der Aufklärungsarbeit in solchen Veranstaltungen, wie "Informieren statt Kapitulieren", beim "Tag der offenen Tür" usw.

War damit das Problem nicht ein bißchen von hinten angegangen?

Wie meinst Du das? Daß wir uns mit der Definition von "Rassismus" nicht lange aufgehalten haben?

Naja, das "Projekt" war damit eigentlich gleich wieder eine Angelegenheit der Ausländer - und die Deutschen mußten sich darum nicht kümmern. Obwohl es ja gerade sie angeht! Die ausländischen Studierenden sind ja nicht "rassistisch" - dafür fehlt ihnen ja hier in Deutschland der gesamte kollektive soziale, politische, nationale Hintergrund. Eine kleine Minderheit kann ja im politischen Sinn wohl nicht "rassistisch" sein, oder?

Wir waren jedenfalls der Meinung, das ist ein Arbeitsansatz für uns alle, also für die ausländischen und die deutschen Studierenden, und die ausländischen Studierenden mußten jetzt mal systematisch etwas in die Hand bekommen, mit dem sie sich gegen Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung, Ungleichheit wehren könnten. Und bei vielen deutschen Studenten war es eigentlich von vornherein klar, daß sie sich für das Problem "Rassismus" wenig interessierten, irgendwie ging sie das nichts an, sie mußten ja auch nicht direkt darunter leiden. Also haben wir eine Einführungsveranstaltung für ausländische

Studierende organisiert, und Anfang letzten Sommersemesters haben wir zwei Tage im April festgesetzt, auch eine Art Einführung, aber dazu haben wir ausländische Studierende eingeladen aus höheren Semestern, wir kannten sie aus der politischen Arbeit des HGAS (Hochschulgruppe ausländischer Studierender), einige waren auch schon an anderen Universitäten als Tutoren tätig, die haben wir also ausgesucht ... Diese Tage gaben also vor allem den deutschen Studenten die Gelegenheit, die ausländischen Studierenden und ihre Situation kennenzulernen ...

Wer hat denn das bezahlt, ich nehme an, das sollten Tutoren-Veranstaltungen sein?

Ja. Die Finanzierung wurde zum Teil vom Auslandsamt geleistet, zum Teil vom AStA beziehungsweise von der HGAS. Es sollte eine Art Probelauf werden und hatte erst einmal mit dem Projekt nicht unmittelbar etwas zu tun.

Und Betreuungsgelder waren auch noch dabei?

Ja, teilweise. Wichtig ist, daß diese beiden Veranstaltungen die Vorstufe für ein studienbegleitendes Programm waren. Wir haben zweierlei festgestellt, nämlich daß die Studierenden, die an den beiden Einführungstagen bei uns waren, das haben wir ja zwei Semester lang ausprobiert, daß die Leute, die beide Tage bei uns waren, alles ausländische Studierende, die wir alle extra eingeladen hatten, daß die die Einladung einfach nicht richtig zur Kenntnis nehmen und - zweitens - auch glauben, sie hätten zusätzliche Informationen oder Ratschläge nicht nötig, weil - sie kommen ja mit dem Studium scheinbar gut zurecht. Sie glauben, sie haben einfach keine Orientierungsprobleme, viele hatten schon Studienfachwechsel hinter sich oder sie standen davor - oder wir haben einen Studienabbruch festgestellt, besonders in den Fächern Informatik und Wirtschaftswissenschaft, oder einen verspäteten Fachrichtungswechsel -, und zwar ohne irgendeine Beratung!

Tatsächlich ist es so, daß diese Aktionen, wie der "Tag der Offenen Tür" oder diese ausprobierte Orientierungsveranstaltung -, das hat uns schließlich Impulse für die künftige Arbeit gegeben. Im Hintergrund standen aber immer als Ziel das Projekt und der Runde Tisch!

Wir wollten jetzt ein Projekt starten, ein studienbegleitendes Tutorienprogramm, und unsere Kräfte darauf konzentrieren und sie nicht in den Studienorientierungen verzetteln, die wir als zu kurzatmig einschätzen. Das wurde zum Beispiel auch am Runden Tisch besprochen. Da war auch das IBKM dabei, das ja dann auch die wissenschaftliche Leitung des Tutoriums übernommen hat. Dafür haben wir dann fünf Tutorenstellen ausgeschrieben. Aber vor dieser Ausschreibung haben wir beim DAAD einen Antrag auf Finanzierung gestellt - mit Kostenvoranschlag. Wir hatten nämlich von einem ähnlichen Projekt in Wilhelmshaven erfahren, das auch gefördert wurde. Wir haben einen Kostenvoranschlag gemacht, es waren fast 15.000,- Mark, davon wurde uns die Hälfte bewilligt.

Und Ihr habt das beantragt als studienbegleitendes Tutorenprogramm?

Ja. Wir mußten dann noch Anträge beim AStA und bei der HGAS stellen auf materielle Förderung, das IBKM konnte ohnehin nur ideell fördern - im Sinne von Betreuung, Mitarbeit von Professoren, Tutorenschulung, Einladungen usw.

In Oldenburg gibt es im Moment ungefähr 600 ausländische Studierende, die auf alle Fachbereiche verteilt sind. Also, wir haben die Fachbereiche erst einmal aufgelistet, in denen ausländische Studierende am meisten vertreten sind, bei Raumplanung zum Beispiel - in Oldenburg werden hier überhaupt keine neuen Studenten aufgenommen -, da gibt es natürlich Probleme, auch in Informatik und Wirtschaftswissenschaften ... Wir haben angefangen, die Tutoren zu schulen, erst waren es fünf, dann sieben - das geschah durch das IBKM -, wir legten dabei besonders großen Wert auf eine wissenschaftliche und soziale Einbindung der ausländischen KommilitonInnen in ihre Fachbereiche. Besonders wichtig war natürlich die Konzeptentwicklung.

Bei der Tutorenschulung wollten wir die künftigen Tutoren zunächst mal möglichst selbst zu Wort kommen lassen, es waren ja durchweg erfahrene Leute, die wir da ausgesucht hatten, die sich in der Hochschule gut auskannten zum Beispiel, sie waren zwar in der Lage zu beraten - aber das war für uns zu "generell", wir wollten spezifische Kenntnisse...

Waren das überwiegend deutsche oder ausländische Studierende?

Ja, wir hatten eigentlich vorgehabt, auch deutsche Bewerber zu akzeptieren, drei waren in der engeren Wahl, aber sie hatten keinerlei Erfahrung in dem Bereich "Ausländische Studierende": sie hatten sich eben beworben wie für jeden beliebigen Job. Das wäre sonst sicher eine Bereicherung des Programms gewesen.

Worauf habt Ihr denn besonders Wert gelegt - Was waren Eure Auswahlkriterien?

Ahmad H.: Also zunächst sollten sie über die besondere Situation von Ausländern als Studenten Bescheid wissen, welche Schwierigkeiten auftreten, beispielsweise im Alltag, auch außerhalb der Uni ... Das Suchen nach einer Wohnung, nach der besten Organisation ihres Studiums, das Suchen nach Möglichkeiten, Deutsch gut zu lernen, das sind doch die Schwierigkeiten, mit denen ausländische Studierende meist völlig alleingelassen werden ... also, wir wollten, daß die künftigen Tutoren sich da gut hineindenken können: was hat das alles für Auswirkungen auf das Studium, vor allem das Alleingelassensein, das kann ja auch Isolierung bedeuten, man lebt in einer deutschen Umwelt, hat aber mit dieser wenig zu tun ... Schließlich wollten wir natürlich auch, daß die Tutoren untereinander gut zusammenarbeiten können ... Uns war wirklich sehr daran gelegen, ein ausgewogenes Verhältnis zu haben zwischen deutschen und ausländischen Tutoren, schon deshalb, weil wir wissen, daß die Fremdsprache über einen "Muttersprachler" besser zu vermitteln ist - aber, wie gesagt, wir haben keine geeigneten deutsche KommilitonInnen gefunden ...

Gute Sprachkenntnisse sollten sie außerdem haben, auch im Umgang-Deutsch; wir wollten auch, daß die Tutoren mindestens Vordiplom haben sollten ...

Warum das?

Ahmad H.: Naja, sie sollten ja ihre Studienerfahrungen überzeugend vermitteln können. Dazu gehörte dann eben auch, daß sie die Hochschul- und Studiensituation hier gut kennen, wissen was der AStA ist, die Studienberatung usw. Und das hat uns im Rahmen des Projektes auch neue Erkenntnisse für die Beratung selbst gegeben ... Wir haben zum Beispiel gelernt, daß wir studienbegleitende Hilfen anbieten und aufhören müssen mit diesen kurzphasigen Orientierungsveranstaltungen

gen, zu denen immer nur ganz wenige kommen ... Dadurch konnten wir auch unsere wenigen Kräfte besser konzentrieren. Also, diese Strukturen zu kennen: das waren die Bedingungen für eine Beschäftigung des Tutors und für uns als Veranstalter: weg aus den alten Gleisen!

Die Schulungsseminare selbst waren zwei Kompakt-Tages-Veranstaltungen, ein Tag in den Semesterferien und ein Tag Anfang des Wintersemesters. Der Anfang war ein von uns provoziertes Erfahrungsaustausch unter den künftigen Tutoren, sie erzählten sich ihre Schwierigkeiten und Strategien. Da konnten wir dann ganz gut ansetzen und sagen, das und das hätte man noch machen können oder das kostet zu viel Zeit und bringt nichts usw. - also eine Art Korrektur. Wir als Moderatoren übrigens haben gerne zugehört und auch etwas gelernt! Es waren dann, wie gesagt, sieben Tutoren, zwei konnten wir zusätzlich einstellen für die Fachbereiche Informatik und Wirtschaft, weil wir noch Gelder von der HGAS und dem AStA bekommen hatten; Informatik und Wirtschaft zusätzlich ein Tutor, weil da die meisten Studienabbrüche in Oldenburg vorkommen!

Wir wollten noch ein Round-table-Gespräch mit den entsprechenden Dekanen organisieren, aber das fand dann nicht statt; gegen Ende des Sommersemesters ist das ja ein allgemeiner Aufbruch, keiner hat eigentlich mehr Interesse und Zeit. Also haben wir Einzelgespräche mit denen in Frage kommenden Fachbereichen geführt und einen Brief an alle Fachbereiche geschrieben mit einer kurzen Darstellung unseres Vorhabens und unseres Konzeptes.

Manche Fachbereiche haben dann Kontaktpersonen zu dem Projekt bestimmt ...

Was haben denn die Dekane auf Eure Initiative geantwortet?

Ahmad H.: Manche Dekane schrieben, ihnen sei das Konzept nicht ganz klar, andere wollten demnächst mitmachen - wie es halt so ist ...

Aber in der heutigen Besprechung am Runden Tisch ist doch eine gewisse Unbehaglichkeit gegenüber der mangelnden Kooperationsbereitschaft der Dekane ausgedrückt worden - oder habe ich das nicht richtig verstanden?

Ahmad H.: Ja, aber nicht gegenüber allen Dekanen ...

Wart Ihr sauer über ihr Verhalten?

Ahmad H.: Ja, klar!

Du hattest gesagt, Anreger für Euer Tutorenprogramm sei die Fachhochschule in ...

Ahmad H.: ... ja, die Fachhochschule in Wilhelmshaven, außerdem das Tutorium an der Uni Dortmund. Bei unserer Tutorenschulung haben wir versucht klarzumachen, daß die künftigen Tutoren möglichst selbstständig arbeiten sollten, sich selber etwas einfallen lassen sollten. Aus AUSZEIT 32 (Studienberatung) haben wir uns auch die dort beschriebenen Erfahrungen aus dem Fachbereich Informatik an der TU zunutze gemacht** ... Bei unseren Informatikern etwa ist in das Tutorium sozusagen "Hausaufgabenhilfe" eingeschlossen; da werden in der Gruppe die anstehenden aktuellen Probleme zu lösen versucht. Und bei Bedarf gibt es Beratungen auch außerhalb den Sprechzeiten - diese Ausweitungen der Betreuungsarbeit ... das war eigentlich nicht von vornherein geplant: das ist eine Eigeninitiative der Tutoren! Bei den Informatikern ist es beispielsweise so, daß die Studierenden innerhalb des Tutoriums kleine Arbeitsgruppen gebildet haben - das ist der letzte Stand der Dinge! Das wollen wir künftig etwas systematischer angehen!

Die wichtigste Aufgabe für die Tutoren ist die Orientierung der Anfänger: also - wie macht man Scheine, wie schreibt man einen Studienplan mit einem vernünftigen Aufbau. Außerdem ist weiter wichtig, daß der Tutor auch in der Lage ist, soziale Beratung anzubieten. Das habe ich ja schon gesagt. Diese Beratung nehmen die Anfänger gerne an, aber auch die höheren Semester. Da müssen also zuverlässige Gesprächspartner zu Verfügung stehen ...

Und wieviele Studierende werden da jetzt von den sieben Tutoren betreut?

Ahmad H.: Da hören wir Unterschiedliches. Es sieht so aus, als ob zu Beginn des Semesters die Klientenzahl groß ist, mit der Zeit scheint das abzunehmen ... Und dann kommen die improvisierten Beratungen dazu.

Also Du kennst ja die Verhältnisse in England wahrscheinlich viel besser als ich, da gibt es ja auch traditionell ein Tutorensystem. Kann man sich das nicht als Beispiel nehmen - diese Art von Betreuung ...? AH: Die Hochschulstruktur ist einfach anders. Man lebt oft zusammen, nicht nur die Tutoren, manchmal auch die Lehrenden. Das ist eine nette Geste, dazu gehört auch eine bestimmte Mentalität - das hilft auch menschlich ...

Könnte es nicht sinnvoll sein - bei sieben Tutoren: nehmen wir einmal an, einer arbeitet im Fachbereich "Informatik", und man ordnet ihm fünf ausländische Studierende zu, Erstsemester, und der ist dann exklusiv für diese fünf da, ja? Und zwar - etwas übertrieben ausgedrückt - quasi rund um die Uhr. Wenn man tendenziell die Arbeit so ausrichtet, kann man vielleicht

auch eher ein entsprechendes Honorar erwarten, wie wir das ja immer gefordert haben, und auch durchsetzen, als Anerkennungsprämie oder wie man das nennen will, meinetwegen Unkostenbeitrag, besser noch regelrecht als Tutorenstelle honoriert. Da kann man dann auch besser mit dezidierten Forderungen beispielsweise gegenüber der Hochschulleitung auftreten - mit der Argumentation, eine sinnvolle Tutorenarbeit ist nur unter den und den Gesichtspunkten und Bedingungen möglich! Da reichen nicht 300 Mark ...! Das hätte dann auch Hand und Fuß und müßte nicht weiter begründet werden.

Ahmad H.: Darauf wollen wir hinaus, daß die Tutoren grundsätzlich auf die Studierenden zugehen, das ist unser aller Traum! Weil meiner Meinung nach nur so Integration gelingt, aber wir hatten bei der Installation unseres Tutorenprogramms von vornherein ein organisatorisches Problem. Es fehlte die Infrastruktur. Wir mußten ziemlich spontan anfangen, und wenn Du nicht einmal so richtig die Unterstützung der Fachbereiche hast, dann ist das nicht gerade einfach, andererseits hat es hier noch nie ein studienbegleitendes Tutorenprogramm gegeben - alle Anfänge sind ja schwer ...

Versucht das doch mal, daß die Tutorengruppe zu den Studierenden hingehet, beschränkt Euch nicht allzusehr auf Sprechzeiten - das mag keiner. Ihr könnt das ja mal ausprobieren ...

Ahmad H.: Das haben die Tutoren auch schon versucht, sie sind schon mal im Info-Café vom jeweiligen Fachbereich gewesen, haben ihre Arbeit vorgestellt und sie versuchen auch, überall neue Leute anzusprechen. Wir haben auch allen Neuimmatrikulierten einen Brief geschrieben und das Programm vorgestellt, wir haben einen Infotisch aufgestellt usw. - da waren immer die Tutoren dabei -, das war allerdings eine Aktivität, die nicht viel Publikum anzog - um ehrlich zu sein. Aber immerhin: hier sind wir zu den Menschen hingegangen! Das wäre so eine Aufgabe für eine nächste Runde des Tutoriums: Gezielte Arbeit, auf die Studierenden zugehen, Deutsche als Tutoren mehr einbeziehen, mit den Fachbereichen kooperieren und einen Informationsaustausch zustande bringen. Sehr wichtig ist übrigens dabei, mehr Kooperation mit der Zentralen Studienberatung anzustreben - bei uns ist das möglich, die ZSB nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Runden Tisches teil und ist an der Projektarbeit beteiligt ...

Was habt Ihr jetzt vor?

Ahmad H.: Die Ringvorlesung, die wir jetzt veranstalten, über die Nord-Süd-Problematik, über Interkulturelles Lernen, Globale Bildungsstrategien, Internationalismus, Probleme des Nord-Süd-Konfliktes und entsprechende Lösungsvorschläge ... Wir hoffen, sie in das Projekt einbinden zu können - sie ist ja von ihm auch mit angeregt worden.

Wir hoffen vor allem aber, daß wir mit der Veranstaltung endlich mal die Hochschule dazu bringen können, sich mit solchen Inhalten nicht nur moralisch, sondern auch wissenschaftlich, intellektuell und geistig auseinanderzusetzen. Das war ja der eigentliche Auftrag des Projektes. Es wäre schön, wenn sich die Hochschule mit dieser Sache identifizieren würde. Wir haben außerdem vor, die Fachbereiche und die Hochschulleitung dazu zu bringen, das studienbegleitende Tutorenprogramm inhaltlich und finanziell zu übernehmen ...

Ahmad H.: Die angesprochene Ringvorlesung soll an diesen Internationalismus-Charakter der Wissenschaft und der Hochschule anknüpfen. Sie soll zu einer Begegnung und einem Forum der Kommunikation und Kooperation werden. Wir wollen, daß wieder voneinander gelernt wird. Im November jedenfalls fangen wir mit der Veranstaltung "Die Internationalität des Bildungsstandorts Deutschland" an, und die Runde

abschließen werden wir mit dem Thema "Bildungsstandort Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg - Provinzialität oder Internationalität": wir haben vor, als Bürger der Universität Oldenburg diese Frage an die Uni-Verantwortlichen zu stellen - Was nun? Was tun? Stichwort Internationalismus und Eine-Welt.

*) Das Gespräch fand am 21./22.11.95 zwischen der Projektleitung und dem Koordinator des Projektes an der Oldenburger Uni, Ahmad Hosseinizadeh, statt.

***) Nazir Peroz, Zur aktuellen Situation der Studienberatung für ausländische Studierende am Beispiel des Fachbereichs Informatik/TU Berlin, AUSZEIT 34, Nr. 1/2, 1995, S. 30-35; und:

Melahat Elis und Nazir Peroz, Ein Interview über "ganzheitliche" Beratung, am selben Ort, S. 36-66

Günther Boege

Das Ausländerstudium - ein Beispiel für heimlichen Rassismus an der Hochschule?

Das Ausländerstudium hat in der Geschichte der Hochschulen in der Bundesrepublik noch nie eine wichtige Rolle gespielt. Gegenwärtig jedoch tendiert die Erkennbarkeit "Ausländerstudiums" im Alltag der Hochschulen gegen Null.

Da wird selbst die seriöse Öffentlichkeit rebellisch: Schon im vorigen Jahr preschte die "Zeit" vor und kritisierte in einer Glosse (Nr. 20, 10.5.96), daß das Ausländerstudium in der Bundesrepublik so wenig Förderung erfährt, so wenig phantasievoll organisiert wird, kurzum so bürokratisiert ist und so provinziell erscheint, daß es auch zahlenmäßig stagniert: Studienort Deutschland als Wagenburg.

Wenig später klagte gar der Deutsche Industrie- und Handelstag über das schwindende Interesse von Ausländern an einem Studium in der Bundesrepublik Deutschland: "Von der nachlassenden Attraktivität des Hochschulstandortes Deutschland sei auch die Zukunft des Wirtschaftsstandortes betroffen" (FRANKFURTER RUNDSCHAU/afp vom 10.9.96).

Sogar die Politik schließt sich dieser Kritik an - immer mal wieder bedauert der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, daß die Zahlen der ausländischen Studierenden ständig geringer werde, daß ganz offensichtlich die Attraktivität der deutschen Hochschulen für Ausländer kontinuierlich abnehme (z.B. in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 14.6.96). Er signalisiert dann eine "Überprüfung" der ausländerrechtlichen Regelungen, unter denen das Ausländerstudium traditionell leidet, oder er läßt - wie jüngst zu dem Entwurf zur Neuregelung der Einreise- und Aufenthaltsgenehmigungen für ausländische Studierende aus dem Innenministerium - die „Thesen zur Auswärtigen Kulturpolitik“ hochhalten (FR vom 29.8.97, S. 1)

Fensterreden?

Es sind jedenfalls keineswegs nur die "betreuenden" Institutionen und Organisationen, vom DAAD bis zu den freien Trägern und Studentengemeinden an den einzelnen Hochschulen, die diese Kritik üben und Korrekturen fordern, und das nun schon seit Jahrzehnten. Es gab und gibt immer wieder - und immer öfter - auch Kritik aus einem konservativen Lager, dem vor allen Dingen an der Leistungsfähigkeit des "Bildungsstandortes Deutschland" gelegen ist und das um den "Anschluß an die internationale Spitzenforschung" (1) fürchtet.

Alle Kritiker sind sich dabei über die stiefmütterliche Art der Betreuung der ausländischen Studienbewerber und Studierenden einig, ausgehend von der äußerst mangelhaften Unterrichtung über Möglichkeiten und Grenzen des "Ausländerstudiums" in den einschlägigen deutschen Botschaften und Konsulaten, bis zur bürokratischen Visa-Vergabe, der kleinkarierten Zulassungsregelung, der provinziellen Nichtanerkennung von Schul- und Studienabschlüssen, der filzigen Ausstattung der Stipendien, der inadäquaten und wenig transformierbaren Studieninhalte, dem minimalen Betreuungsangebots, was Beratung, Tutorien, studienbegleitende Deutsch-Sprachangebote angeht, der zimperlich erteilten Arbeitserlaubnis, dem unattraktiven Wohnangebot, dem mangelnden Engagement der einzelnen Hochschulen - und und und ...

Je nach politischer Provenienz kommt dann noch dazu: die mangelhafte Organisation von spezifischen Aufbaustudiengängen, dilettantischer Umgang im Austausch von Wissenschaftlern, das Fehlen einer "Eliteausbildung", "Hochleistungsforschung für Postgraduierte", beziehungsweise die Unzumutbarkeiten der ausländerrechtlichen Bestimmungen, die ausländerfeindliche und rassistische Umwelt, Ausgrenzung aus dem Normal-Leben usw.

Wie kommt das?

Das Ausländerstudium in der Bundesrepublik basiert im wesentlichen bis heute auf einem fundamentalen Irrtum der beiden Seiten, nämlich der "Gastgeber" und der "Gäste": Der Gastgeber ist eigentlich immer davon ausgegangen, dem Gast mit dem Ausländerstudium etwas besonders Kostbares zu übereignen, nämlich deutsche Bildung, deutsche Kultur, deutsche Technik, deutsche Sprache, deutsche Sicht der Dinge, Goethe, Schiller, Humboldt, die Aufklärung - während der Gast im wesentlichen die Möglichkeit wahrnahm, einen Studienplatz an einer Hochschule, egal zunächst einmal, welchen an welcher, zu bekommen.

Dieses Mißverständnis besteht jetzt seit fast 40 Jahren. Viele Schwierigkeiten der ausländischen Studenten mit Studium und Gastland und viele Schwierigkeiten des Gastlandes mit den ausländischen Studierenden sind hieraus erklärbar, beispielsweise schon die Tatsache, daß die offizielle propädeutische Institution für das "Ausländerstudium", das Studienkolleg, eine kosten- und personalintensive Vorschule für die ausländischen Studienbewerber, von den sogenannten Studienkollegiaten stets - einmal mehr, einmal weniger massiv - als neokolonialistisch oder doch zumindest lästig kritisiert oder auch offen bekämpft wurde, weil es sie ein Jahr lang vom "richtigen" Studium abhielte. Dabei sind derartige Einrichtungen natürlich nach Meinung der Erfinder nur gut gemeint und entspringen vordergründig dem Gedanken der "Hilfe", der "Förderung" usw. - sie gehen und gingen nur niemals vom Interesse und Bedürfnis des ausländischen Studenten aus!

Das Vertrackte an dieser Hilfe war eben, daß sich das "Gastland" damit die ausländischen Studenten backen wollte, die den hohen Ansprüchen deutscher Hochschulen zu genügen imstande waren und den Ruhm deutscher Wissenschaft, Bildung und Technik in alle Himmelsrichtungen tragen konnten. Das ist nur sehr ansatzweise gelungen. Es häufen sich Nachrichten von ausländischen Studierenden, die den Tag verfluchen, an dem sie sich entschlossen haben, in Deutschland zu studieren. So gesehen, wäre es sicherlich - auch im Sinne einer Entwicklungshilfe - sinnvoller gewesen, von Anfang an weniger auf Anpassung zu setzen, als auf die behutsame und sorgfältige Ausbildung von jungen Leuten mit eigenem kulturellen Hintergrund und vielleicht anderen, jedoch nicht unbedingt weniger wertvollen und sinnvollen Lebensvorstellungen und -philosophien als die eigenen - nur eben ein wenig anders.

Das hätte dann womöglich tatsächlich die "Botschafter deutscher Kultur" in den Heimatländern abgegeben - und dies hätte dann auch möglicherweise die erhofften angenehmen Konsequenzen gehabt, etwa die - ja auch gemeinten - wirtschaftlichen Vorteile auf dem Weltmarkt.

Die "Gäste" andererseits halten seit Jahrzehnten an der Fiktion fest, daß sie in Deutschland willkommen sind - und zwar so, wie sie sind. Deswegen nehmen sie immer wieder zunächst einmal ganz unbefangen und selbstverständlich an, daß sie respektvoll und gleichberechtigt behandelt werden. Das ist an sich eine normale und naheliegende Erwartung, und daher sind sie sehr bedrückt, wenn sie feststellen müssen, daß sie eher wie arme Verwandte behandelt werden, denen man nicht trauen kann. Zunächst kümmert sich keiner um sie, außer um die Frage ihrer entsprechenden Abschlüsse und sonstigen Qualifikationen. Und es stellt keiner die Frage, wie sie zurechtkommen, ob sie ein Dach über dem Kopf haben, über ausreichend finanzielle Mittel (natürlich abgesehen von der formalen Beglaubigung, für ihr Studium in der Bundesrepublik finanziell selbst aufkommen zu können) verfügen und über

genügend Sprachkenntnisse. Ob sie jemanden haben, der ihnen bei den Ämtern hilft, bei der Beantragung der Aufenthaltserlaubnis, bei der Beantragung der (eingeschränkten) Arbeitserlaubnis usw. usw.

Es gibt natürlich Ausnahmen, Menschen, die sich kümmern, aber es gibt keine Stelle, keine Institution, die dafür eingesetzt ist und mit Hilfestellung offiziell beauftragt - es hat sich eben über die Jahre alles nur unsystematisch, chaotisch entwickelt: beim "Ausländerstudium" lebt man von der Hand in den Mund. Die Akademischen Auslandsämter beispielsweise haben im großen ganzen den Auftrag, die Zulassung zum Studium zu bearbeiten, sie haben nicht den Auftrag, die ausländischen Studierenden, die häufig vor völlig neuen Lebens- und Arbeitsformen stehen, im allgemeinen zu beraten. Wenn das eine oder andere Auslandsamt bei den ausländischen Studierenden dennoch als Beratungs- und Hilfsinstanz hoch angesehen ist, ist das fast immer das freiwillige Werk einzelner engagierter Mitarbeiter, nicht etwa ihr offizieller Auftrag.

Schuld daran ist, daß "Ausländerstudium" in seinem Stellenwert im Zusammenhang mit Bildung und (Entwicklungs)Politik in der Bundesrepublik nie eindeutig gefaßt wurde, weder ein bestimmter Auftrag formuliert wurde, noch Entwicklungen registriert und hinterfragt wurden, um daraus ein einigermaßen logisches Gesamtkonzept zu organisieren, das sowohl die Interessen der ausländischen Studenten, als auch das Interesse der deutschen Hochschule und Gesellschaft befriedigend auf einen gemeinsamen Nenner bringen könnte.

Das alles ist für die ausländischen Studenten zunächst verblüffend, weil sie aufgrund ihrer Erfahrungen einfach angenommen haben, daß jemand, der sie einlädt, auch genau weiß, warum, und sich dann auch um die Sache kümmert. In der Regel sind die ausländischen Studienbewerber und Studenten ja in angelsächsischen oder französischen Bildungssystemen aufgewachsen mit ihren breit angelegten Förder- und Stützsyste-men, etwa den Tutoren und Tutorien. In Deutschland ist das anders: Jeder ist für sich allein und für sich allein verantwortlich.

Darauf nicht gefaßt und auch nicht vorbereitet, wird das Ganze für ausländische Studierende häufig deprimierend bis zur Handlungsunfähigkeit, nämlich dann, wenn die Last des Alltags zu groß wird, wenn eine menschliche Kommunikation nicht zustande kommen will, wenn schließlich eingesehen werden muß, daß menschliche Kommunikation in diesem Hochschul-System für sie überhaupt nicht vorgesehen ist, und eine intellektuelle nur dann, wenn sie mithalten können. Dabei heißt Studieren eben auch Kommunizieren, heißt kollektive Auseinandersetzung.

Jedoch: den ausländischen Studierenden fehlt es dabei häufig erst einmal an der sprachlichen Kompetenz.

Dazu aber später noch mehr ...

Dieses gegenseitige Mißverständnis der jeweiligen Absichten mit dem Schnittpunkt "Ausländerstudium", hier die reichlich selbstgerechte Darreichung eines Bildungsideals, dort die vorbehaltlose Entgegennahme der Gabe, ohne Skrupel gegenüber den wahren Absichten des "Spenders", besteht nun schon seit Jahrzehnten, wobei sich beide Seiten ständig übereinander wundern, die Hochschulen über die langen Studienzeiten und verhältnismäßig hohen Abbruchquoten der ausländischen Studierende und diese über die Uninteressiertheit, ja, Ignoranz der Hochschule ihren eigentlichen Problemen gegenüber.

Normalerweise wäre diesem Mißverständnis ganz einfach zu Leibe zu rücken, indem man der Sache auf dem Grund geht - schließlich sind ja die Hochschulen nicht zuletzt für diese Zwecke organisiert und werden mit riesigen Steuergeldern dafür unterhalten: die "Wahrheit" herauszufinden und ihr zu dienen. Aber anscheinend ist kein Mensch während der letzten 40, 50 Jahre auf die Idee gekommen, bei den ausländischen Studierenden zum Beispiel einmal systematisch nach ihren Absichten eines Studiums in Deutschland zu fragen, nach ihrem kulturellen, sozialen, politischen Herkommen - und wieweit das alles einander bedingt.

Man hätte dann unschwer herausfinden können, daß der "klassische" ausländische Student - also nicht der "Programm-Student" und auch nicht der "Bildungsinländer" - die Bundesrepublik als Studienland aus überwiegend pragmatischen Gründen frequentiert, nicht etwa wegen der Qualität von Lehre und Forschung, nicht wegen Goethe und Humboldt.

"Ausländerstudium" in der Bundesrepublik hat sehr viele Facetten und läßt sich nicht über einen einzigen Leisten schlagen

Ausländer studieren in der Bundesrepublik, weil sie hier Verwandte und Freunde wohnen haben, die ihnen den praktischen Einstieg in den deutschen Alltag erleichtern können: der Studienbewerber/Student kann möglicherweise bei ihnen wohnen, die Freunde sind ihm Hilfe beim Gang zu den Ämtern usw., oder der ausländische Studierende hat sich zu einem Studium in der Bundesrepublik entschlossen, weil er persönlich politisch hier einigermaßen sicher ist - das gilt nach wie vor für viele türkische und iranische Studierende, aber auch beispielsweise für koreanische oder indonesische StudentInnen. Er studiert hier, weil

(und dies ist ein weiterer sehr pragmatischer Gesichtspunkt, der viele der 60 oder 70000 "echter" ausländischer Studierender beflügelt, sich in das Abenteuer "Studium" einzulassen, der aber bei offiziellen deutschen Bildungspolitikern oftmals geradezu tabuisiert erscheint) in der Bundesrepublik keine Studiengebühren erhoben werden und weil eine (eingeschränkte) Arbeitserlaubnis besteht, also Möglichkeiten gegeben sind, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern.

Viele ausländische Studierende würden lieber an (ausländischen) Hochschulen studieren, deren Organisations- und Lehrstrukturen mit ihren eigenen entsprechenden Sozialisationen kompatibel sind, also an französischen oder englisch-nordamerikanischen Einrichtungen, und die ihren Heimatländern näher liegen. Für die verhältnismäßig große Gruppe der indonesischen StudentInnen chinesischer Herkunft beispielsweise, die bekanntlich in ihrer Heimat häufig Schwierigkeiten haben, einen Studienplatz zugestanden zu bekommen, wäre das Traum-Studienland natürlich die USA, ersatzweise Kanada oder Australien. Aber dieses Studium dort ist für sie oftmals unerschwinglich.

Deutschland als Studienort ist also in der Regel 2. Wahl, und das reduziert von vornherein die Motivation vieler ausländischer Studenten, sich auf das "Gastland" Deutschland einzulassen. Zusammen mit der sehr deutschen Gepflogenheit, allen und allem Fremden reserviert oder gar ablehnend gegenüberzustehen, jedenfalls nicht mit offenen Armen, ergibt das in der Beziehung zwischen den Ausländern und dem deutschen Umfeld, auch in der Hochschule, nicht gerade einen guten Nährboden für eine vorbehaltlose Kommunikation.

Diese deutsche Desinteressiertheit an einer gleichberechtigten Kommunikation mit den ausländischen Studierenden zeigt sich deutlich im Aufstellen der Hürden, über die einzig das Klassenziel "Studium" erreicht werden kann. Eine davon hat mit der deutschen Sprache zu tun: sie muß bis zu einem bestimmten Grad beherrscht sein. Und dieser Grad heißt PNDS (d.i. "Prüfung zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse") und ist ein Syndrom, das entscheidend dazu beiträgt, das Studium für den ausländischen Studienbewerber so zu erschweren, daß ein Scheitern stets latent ist. Das Interesse an einem Studienplatz in Deutschland wird nämlich seitens der offiziellen deutschen Stellen so hoch angesetzt, daß von dem ausländischen Studienbewerber gewissermaßen als selbstverständliche Vor-Leistung eine gewisse Kompetenz der Landessprache bereits bei der Einreise erwartet wird, die ausreichend etwa für den Unterricht in den Studienkollegs ist. Die Frage, wo der angehende Student in seinem Heimatland Tschad, Sri Lanka oder Indonesien Deutsch zu lernen in die Lage sein soll, wurde anscheinend nie gestellt, sei es aus grundsätzlichem Desinteresse an der Sache, sei es aus Phantasielosigkeit oder Sorglosigkeit.

So geschieht es, daß der ausländische Studienbewerber bei seiner Ankunft in der Bundesrepublik nicht nur - und aus mangelnder Information durch die einschlägigen deutschen Vertretungen im Heimatland oftmals völlig unerwartet - individuell Sorge für ein Dach über dem Kopf tragen muß, sondern auch dafür, wie und wo er am schnellsten Deutsch lernen kann: er ist gezwungen, sich unter den tausend Angeboten der kommerziellen Sprachschulen die geeignete herauszusuchen - eine Sache mit Haken und Ösen.

Das HIS (Hochschulinformationssystem) kommt in einer neuen Studie über die Situation der ausländischen Studierenden, die vom Studentenwerk (DSW) und dem Bildungsministerium in Auftrag gegeben worden war, zu dem Schluß, daß das Ausländerstudium am meisten unter den fehlenden Kontaktmöglichkeiten mit den Deutschen und den allgemeinen Beratungsmängeln leidet. Ein Dutzend Jahre zuvor hatte das HIS die eigentlichen Probleme der ausländischen Studierenden noch in ihren Sprachschwierigkeiten und finanziellen Engpässen gesehen!

"Fehlende Kontaktmöglichkeit" ist hier ein Synonym für soziale und intellektuelle Isolierung und persönliche Ausgrenzung.

Ich möchte an zwei Beispielen im folgenden die Ignoranz erläutern, mit der die Öffentlichkeit, eben auch die Hochschule, den Problemen der ausländischen Studierenden begegnet. Das eine Beispiel soll die Problematik ihrer (Deutsch)Sprachförderung sein, beziehungsweise der (fast) gänzliche Mangel, das zweite Beispiel beschreibt den "geheimen" Rassismus an den Hochschulen, kaum zur Kenntnis genommen, jedenfalls nicht öffentlich diskutiert ...

Am schnellsten Deutsch lernen könnte der Studienbewerber natürlich im Zusammenhang mit den Menschen seiner künftigen Arbeit, seinem Studium, mitten in der sozialen, intellektuellen, kulturellen Umgebung eines Studienplatzes - oder doch zumindest im Vorfeld, beispielsweise in spezifischen Orientierungsveranstaltungen "seiner" Hochschule mit sprachausbildendem Schwerpunkt. Aber von wenigen Ausnahmen abgesehen, wird diese erste Möglichkeit einer Interkulturellen Kommunikation gewissermaßen flächendeckend vertan: der Sektor des Fremdsprachlernens wird in den Privat-Sektor verlegt, der Studienbewerber auf Sprachschulen verwiesen, deren Aufgabe es vor allem ist, Gewinn zu erzielen - nicht etwa Bildung zu vermitteln. Interkulturelles von relevanter Kontinuität findet dann allenfalls mit dem Deutschlehrer in der Sprachschule statt. Es gibt Studienbewerber, die sich, falls sie ein eigenes Zimmer haben, von ihrem ersten schwarzverdienten Geld einen Fernseher kaufen und mit seiner Hilfe verzweifelt versuchen, in

die deutsche Sprache und das deutsche Normal-Leben einzutauchen, weil sie den Weg einer konkreteren Auseinandersetzung mit der deutschen Umwelt, sprich: zwangloser small talk mit dem Vermieter, dem Bäcker an der Ecke, mit Gleichaltrigen in der Disko, oder eben die gemeinsame Arbeit mit Kommilitonen und Professor kaum erleben. Ein ausländischer Studienbewerber ohne Deutschkenntnisse lebt hierzulande entweder allein, und dann ist wirklich niemand da, mit dem er reden kann, oder bei Freunden, Bekannten, Verwandten, mit denen er zwar kommunizieren kann - aber eben nur unter "seinesgleichen".

Erst wenn die ersten Grundkenntnisse des Deutschen - wie und in welcher Zeit auch immer erworben, auf jeden Fall "privat" - vorhanden sind und der Studienbewerber sich zu einem "normalen" Menschen verpuppt hat, könnte er die Chance haben, als gleichberechtigt akzeptiert zu werden; aber in der Realität ist dies nicht so:

"Die Kontakthemmung, die sich aus großer kultureller Distanz ergibt, besteht nicht so sehr in der gegenseitigen Fremdartigkeit, denn diese kann in Bezug auf das gemeinsame Wissenschafts- und Arbeitsgebiet oder einer Freizeitbeschäftigung gering sein. Viel wichtiger scheint das Gefühl, beim Kontakt nicht als gleichberechtigt anerkannt zu werden, das heißt, den gleichen Status als Mitglied einer Gruppe zu haben."

Diese Feststellung traf Dieter Danckwortt bereits vor über 30 Jahren in einer umfangreichen Studie über die Situation ausländischer Studierender in der Bundesrepublik Deutschland (2). Seine Einschätzung trifft heute immer noch zu - es hat sich am Dilemma nichts geändert.

Nicht nur das Ausländerstudium als Institution, auch die ausländischen Studenten werden also an der Hochschule nicht wahrgenommen - im wahrsten Sinne des Wortes. Das heißt, sie werden in ihrem spezifischen intellektuellen und kulturellen Habitus im Hochschulleben nicht berücksichtigt, geschweige denn respektiert: ein guter ausländischer Studierender ist ein Student, der nicht weiter auffällt. Entsprechend eingeschränkt ist übrigens auch die interkulturelle Kommunikation, weil sie als Voraussetzung eine gewisse gegenseitige soziale, intellektuelle und kulturelle Akzeptanz hätte. Sie ist allerhöchstens punktuell im privaten Bereich zu finden. Ausländische Studenten gelten gewissermaßen in jeder Hinsicht als nicht satisfaktionsfähig. Die "unschuldige" Vermutung dahinter: Die ausländischen Studenten kommen schließlich hierher, um sich "unser" Wissen anzueignen. Diese eher schlichte Vorstellung prägt immer noch das Verhalten der Hochschulen, ihrer Dozenten, der Verwaltung und ihrer deutschen KommilitonInnenen ihnen gegenüber; dies hat zur Folge, daß die Kommunikationsstrategien einseitig ausgerichtet sind, und anscheinend niemand von diesen Ausländern erwartet, daß in der Zusammenarbeit

mit ihnen auch die eigenen Erkenntnismöglichkeiten erweitert und bereichert werden könnten.

Diese Ignoranz gegenüber dem dialektischen Prinzip des Gebens und Nehmens gleichberechtigten Austauschs im Ausländerstudiums ist so ausgeprägt, daß die Verhältnisse in Deutschland geradezu als Beispiel dafür dienen könnten, wie Ausländerstudium als interkulturelle Kommunikation bestimmt nie stattfinden wird.

Hat das alles etwas mit Rassismus zu tun?

Während meiner hauptamtlichen Arbeit bei WUS war ich an einem Seminar für AuslandsreferentInnen (bei den ASten) beteiligt. Es ging um den "rassistischen Alltag" an der Hochschule und die Entwicklung von Gegenstrategien.

Es stellte sich heraus, daß fast jeder Seminarteilnehmer einen anderen Begriff von "Rassismus" hatte. Die Definitionen wurzelten allesamt auf bestimmten individuellen Erfahrungen, Erfahrungsgrundsätzen, allgemeinen oder subjektiven Einschätzungen usw. Dies wurde zunächst als ziemlich unfruchtbar und zeitraubend kritisiert - wobei jedoch die Begründung ziemlich diffus blieben: eine subjektive Beurteilung der Lage war ja zu Beginn der Diskussion ausdrücklich gefordert worden.

Die Vermutung liegt nahe, daß von vielen Seminarteilnehmern die Diskussion eines allgemeinen Begriffs deswegen als unbehaglich erlebt wurde, weil seine subjektive Beschreibung eigentlich nie den Kern des Problems zu treffen schien, nämlich den "offiziellen" Rassismus, der sich in dem alltäglichen Verhalten gegenüber den ausländischen Studenten zeigt, aber auch gleichzeitig verbirgt. Jeder ist sich darüber "klar", daß da eben noch etwas anderes ist, als diese subjektiv erlebten Anekdoten über den "ausländerfeindliche" Professor, der statt "Schwarzer" "Neger" sagt, oder die unfreundliche Mitarbeiterin im Studentenwerk, die die ausländischen Studierenden viel, viel länger auf einen Wohnheimplatz warten läßt als die Deutschen, die schlechtere Note bei der Hausarbeit usw. Dieses "andere" aber wurde erst einigermaßen deutlich, als diese einzelnen Erlebnisse im Verlauf der Diskussion auf einem gemeinsamen Hintergrund zusammengefaßt wurden: Leben und Lernen für ausländische Studierende an deutschen Hochschulen. Plötzlich wurden alle Bedingungen des Ausländerstudiums unter dem Vorzeichen der Ablehnung gesehen: Das Einreise-Procédere, der Kampf um die Zulassung zum Studium, die mangelnde Sprachförderung, die ständigen Auseinandersetzungen um die Aufenthaltsberechtigung, um die Arbeitserlaubnis, um einen Studienwechsel, die ineffektive Beratung, das zurückhaltende Verhalten vieler

Dozenten, die Uninteressiertheit der deutschen KommilitonInnen, kurz, die verweigerte Solidarität, alles das wurde jetzt unter dem nun sehr konkreten Oberbegriff eines Eurozentrismus, eines verkappten Rassismus, diskutiert.

Diese sehr auf ausschließlich persönliche Erfahrungen zurückgeführte Rassismus-Definition der Ausländerreferenten und Referentinnen bedeutet jedoch nicht, daß ihre Umsetzung in örtliche oder übergreifende Aktivitäten gegen Rassismus und/oder Ausländerfeindlichkeit nicht realisierbar sei, oder daß ihre Realisierung gar unpragmatisch oder unnütz wäre. Sie sind eben Ausdruck einer sehr subjektiv empfundenen individuellen Situation, die möglicherweise zunächst gar nicht auf ihrem allgemeinen gesellschaftlichen Hintergrund gesehen werden will - vielleicht weil mit diesem Gedanken eine als unerträglich empfundene persönliche Verletzung verbunden ist, die dem eigenen Selbstverständnis gegenwärtig noch allzu kraß entgegensteht.

Praktische Schlußfolgerung aus dieser Diskussion war schließlich, daß auch gegen derartig subjektiv erlebte Zumutungen auf jeden Fall und in jeder Situation vorgegangen werden muß, weil in diesem Agieren auch Möglichkeiten von Erkenntnis liegen. Und dabei spielt dann auch die Courage des einzelnen wieder eine Rolle, der persönliche Einsatz, das persönliche Bestehen auf eigener Lebensäußerung und ihrer (hochschul)öffentlichen Tolerierung.

Bis dahin scheint aber ein weiter Weg. Denn dies war eine andere Beobachtung in der Arbeitsgruppe, nämlich die Hilflosigkeit der ausländischen Studierenden, auf Zumutungen spontan und adäquat zu reagieren. So beschrieb eine Hamburger Studentin einen rassistisch argumentierenden Professor, gegen dessen Abfälligkeiten sie unbedingt etwas unternehmen wolle. Jedoch fielen ihr und den anderen keine anderen Strategien als juristische ein: die Beantragung eines Disziplinarverfahrens. Ein einziger Vorschlag in der Debatte deutete andere Möglichkeiten an: die Herstellung einer Hochschulöffentlichkeit zu diesem Problem, beispielsweise indem man die entsprechende Veranstaltung boykottiere oder auch einmal das Podium besetze. Aber dies wurde nicht etwa als Anregung begrüßt, sondern eher verständnislos zur Kenntnis genommen. Es ging auch keiner weiter darauf ein.

Und wie stehen die Hochschulen selbst zu dieser Kritik?

Das Fazit aus den Erfahrungen unseres Projektes ist ambivalent: Wir können jetzt zwar sagen, Rassismus an den Hochschulen existiert, müssen aber einräumen, daß er sich schwer personell zuweisen läßt: er äußert sich im wesentlichen in einem **allgemeinen** wissenschaftlichen und menschlichen Verhalten. Das schließt nicht aus, daß es auch ein

ausgesprochen persönliches diskriminierendes Verhalten gegenüber Ausländern an der Hochschule gibt, und zwar von seiten der Hochschullehrer ("Lernen Sie erst einmal richtig Deutsch, bevor sie ..."), wie von seiten der deutschen KommilitonInnen oder einzelner Angestellter. Insofern bestätigt dieser Schluß das Resultat des oben beschriebenen ReferentInnen-Seminars.

Zweitens: wir konnten darüber innerhalb der Hochschule frei informieren, aber wir trafen wenige, die uns zuhören wollten.

Drittens können wir Wege vorschlagen, wie die Hochschulen sich dem Problem "Rassismus" stellen können. Das kostet vor allem eine couragierte intellektuelle Auseinandersetzung über Aufgabe und Ziel unserer konkreten "europäischen" wissenschaftlichen Arbeit. Es sieht im Moment nicht so aus, als ob derzeit sich dazu jemand in der Lage sähe.

"Rassismus" an den Hochschulen der Bundesrepublik ist also eher eine Vielzahl von Verhaltensweisen persönlicher und sozialer Art, die kulturell bedingt sind - und viel mit der eigenen Tradition und Geschichte zu tun hat. Und damit, wie man mit Fremden im allgemeinen umgeht. Es ist möglicherweise eine spezifisch deutsche Art des "Umgangs", wenn ausländische Studierende in der Regel nur dann Aufmerksamkeit erfahren, wenn sie von ihrer Einstellung, Arbeitsweise und ihrem Arbeitserfolg her dem deutschen Standard entsprechen. Dabei spielt es keine Rolle, wie präzise diese Kriterien gefaßt sind und in welcher Konnotation sie individuell begriffen werden, es genügt der Schein der Ein- und Anpassung.

An deutschen Hochschulen schert man sich wenig um fremde Lebensformen und Vorstellungen und läßt sich ungern auf Vergleiche mit unterschiedlichen Lebensperspektiven ein - jedenfalls erfährt das Projekt außer einer "wohlwollenden" Duldung im allgemeinen nur wenig aktives Interesse etwa seitens der Hochschulleitungen, am wenigsten konkrete materielle und finanzielle Unterstützung - Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel.

In aller Regel existiert für sie nur eine einzige legitime Form wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens: die eigene, die abendländisch-westliche. Insofern gibt es auch im Ausländerstudium kaum Unterschiede zum Verhalten der deutschen Umwelt gegenüber den "ausländischen Mitbürgern" im normalen Alltag, die ja bekanntlich auch nach einem langen Leben in Deutschland keineswegs integriert sind, sich in ihr aufgenommen und heimisch sehen - gegenteilige Behauptungen von Politikern ändern daran nichts.

Ist das Rassismus? Auf jeden Fall widerspiegelt auch das Ausländerstudium die lange verhinderte Auseinandersetzung in Deutschland mit der eigenen Geschichte.

Woran liegt diese Blockade, diese freiwillige Einschränkung eigener demokratischer widerständiger Mittel?

Das Ausländerstudium und seine reduzierten Bedingungen wären nicht hinreichend definiert ohne eine kurze Reflexion des Ausländerrechtes, das jeden ausländischen Studierenden automatisch zu einem Menschen zweiten Grades deklassiert. Die ausländischen Studenten sind durch die Bestimmungen des Ausländerrechtes von vornherein dem deutschen Kommilitonen ungleich gestellt.

Die Bürgerrechte sind eingeschränkt, und es liegt auf der Hand, daß dies ein Studium, dessen wesentliches Ziel ja ist, Wahrheit zu suchen und zu beschreiben, grundsätzlich hintertreibt und in Frage stellt. Denn die Suche nach Wahrheit fordert ein hohes Maß an Eigenbestimmung. Wie kann dies aber entwickelt werden, wenn der individuelle Alltag verbaut ist mit bürokratischen Regulativen, wie zum Beispiel Studienzeitbegrenzung, die eine freie Entscheidung weitgehend verhindern und im Grunde einseitige politische Vorgabe bedeuten.

Ausländische Studierende müssen stets um ihre Aufenthaltsgenehmigung bangen, die ja nicht für die Dauer des Studiums "verliehen" wird, sondern in kurzen Zeitabständen erneuert werden muß. Das bedeutet, bestimmte Leistungen, bestimmte Vor-Prüfungen, in möglichst kurzem Zeitraum zu realisieren, und möglichst auf Anhieb, weil sonst Ausweisung erfolgen kann.

Aber das sind nur die formalen Regulierungen, die die Freiheit des Studiums einschränken. Es ist noch nichts gesagt von den Zumutungen der Behörden, die "nach Ermessen" bescheiden, nichts gesagt von den Uneinsichtigkeiten der Prüfer, einschlägigen Ignoranzen der (deutschen) KommilitonInnen usw., die den Alltag der Ausländer genauso materiell bestimmen und einengen, wie die Sorge um den Erwerb der deutschen Sprache, die Sorge um das Dach über den Kopf, um das tägliche Essen auf dem Teller.

Bei diesen Einschränkungen ist es tatsächlich ein kleines Wunder, daß überhaupt ausländische Studierende kontinuierlich in der Bundesrepublik studieren, ihre Scheine pünktlich erwerben, ihre Zwischenprüfungen befriedigend absolvieren, ihre Examen bauen. Aber es wird aus dieser Blickrichtung auch klar, welchen Aufwand an individueller Kraft dies alles bedeutet, und daß unter dem Strich wenig übrigbleibt, um sich mit anderen Dingen auseinanderzusetzen - beispielsweise mit

dem gemeinsamen oder individuellen Widerstand gegen die Zumutungen des Ausländergesetzes, gegen die Unverschämtheiten eines reaktionären Professors, gegen die Unwürdigkeiten eines Studiums zweiter Klasse ...

Noch immer ist "Ausländerstudium" in der Bundesrepublik ein Studium von Ausländern in Deutschland - beliebig, affinitiv, unspezifisch, möglichst unauffällig. Daß es Ausländer an deutschen Hochschulen gibt, und zwar weit über hunderttausend, wird dem Außenstehenden kaum bemerkbar. Die Chance, über sie und mit ihnen so etwas wie interkulturelles Lernen und Forschen zu konstituieren, fällt anscheinend niemanden ein. Blättert man in den Vorlesungsverzeichnissen, stößt man zwar auf Institutionen wie Akademisches Auslandsamt, aber **inhaltlich**: Fehlanzeige. Kaum jemals ein Thema, aus dem man schließen könnte, hier gäbe es ein spezifisches Lehrangebot, spezifische Formen des forschenden Miteinander ...

Das alles schließt übrigens nicht das Bestehen einer mittlerweile sehr umfangreichen Literatur über Situation und Befindlichkeiten des ausländischen Studenten in Deutschland aus. Aber auch Büchners Woyzeck war ja für die Wissenschaft ein hochinteressantes Studienobjekt, ohne daß sich an seiner persönlichen Misere irgendetwas geändert hätte.

(1) aus einem resümierenden Papier einer Fachtagung ("Bildungsstandort Deutschland: leistungsfähig und attraktiv genug für ausländische Studenten?") der Herbert-Quandt-Stiftung, Nov./Dez. 1995 in Bonn, S. 1

(2) Dieter Danckwortt, Probleme der Anpassung - Eine sozialpsychologische Analyse der Auslandsausbildung, o.O. und o.J. (1959), S. 170

**Verzeichnis der lieferbaren AUSZEIT-Hefte
(seit 1981)**

1995

AUSZEIT 33 Nr. 3/4

ZURÜCK ZU DEN WURZELN?

Zwischenheimreise als Studienbegleitung
im Ausländerstudium, 158 S.

AUSZEIT 32 Nr. 1/2

DAS FÜNFTE RAD

Studienberatung für Ausländer, 128 S.

1994

AUSZEIT 31 Nr. 3/4

ANGSTZEIT

Die Diaspora bosnisch-herzegowinischer
Studierender, 140 S.

AUSZEIT 30 Nr. 1/2

SEIN ODER NICHT-SEIN

Ausländische Studierende: Selbstverständnis und
Kulturarbeit, 108 S.

1993

AUSZEIT 29 Nr. 5

FREMD

Alltagserfahrungen ausländischer Studierender
in Deutschland, 90 S.

AUSZEIT 28 Nr. 3/4

Gertrud Achinger:

KURATEL UND FÜRSORGE

Studien- und Lebensbedingungen afrikanischer Studierender
in Leipzig und Ostberlin vor und nach der Wende, 148 S.

AUSZEIT 27 Nr. 1/2

DIE QUAL DES SISYPHUS oder:

Wie ausländische Studierende die deutsche Sprache lernen,
116 S.

- 1992
 AUSZEIT 26 Nr. 3/4
 FIN DE LA FIESTA oder: ABGEFEIERT?
 Diskussionsbeiträge zu Lateinamerika über die
 "500-Jahr-Feier" hinaus
- 1991
 AUSZEIT 24 Nr. 3/4
 DAS STUDIENKOLLEG AUF NEUEN WEGEN -
 oder: Ein Schritt vor - zwei Schritte zurück
- 1990
 AUSZEIT 22 Nr. 3/4
 ZWISCHEN DEN STÜHLEN - "BILDUNGSINLÄNDER"
 ... wenn Gastarbeiterkinder und Flüchtlingskinder
 studieren wollen ...
- 1989
 AUSZEIT 20 Nr. 1/2
 STUDIENBEGLEITPROGRAMME
- 1988
 AUSZEIT 19 Nr. 3/4
 BETR.: NOTFONDS
- AUSZEIT 18 Nr. 1/2
 AUSLÄNDISCHE STUDENTINNEN
- 1986
 AUSZEIT 16 Nr. 4/5
 AKTUELLE RETROPERSPEKTIVE DES
 AUSLÄNDERSTUDIUMS
- 1985
 AUSZEIT 11 Nr. ½
 ORIENTIERUNGSEINHEITEN FÜR AUSLÄNDISCHE
 STUDENTEN -
 PRAXISBERICHTE
- 1984
 AUSZEIT 9 Nr. 1
 STUDIENBERATUNG FÜR AUSLÄNDER
 Berichte aus der Praxis
- 1983
 AUSZEIT 7 Nr. 3
 SOZIALE SITUATION UND PROBLEME AUSLÄNDISCHER
 STUDENTEN

1982

AUSZEIT 5 Nr. 5

STUDIENKOLLEGS - Propädeutikum oder Kapazitätssteuerung

AUSZEIT 4 Nr. 3/4

NEUREGELUNG DER ZULASSUNG FÜR AUSLÄNDISCHE
STUDENTEN AUS

ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Analysen und Dokumente - II. Teil

AUSZEIT 3 Nr. 1/2

HOCHSCHULAUSSCHULUNG FÜR DRITTE WELT
STUDENTEN IN WEST EUROPA

Studie und Dokumentation

1981

AUSZEIT 1 Nr. 1

STUDIENBEGLEITENDE REINTEGRATION -
Konzepte und Modelle